

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 7. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8303. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Befragt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Centrum.

Wer ein guter Centrumsmann ist, schwört darauf, daß die Socialdemokraten die Religion ausrotten wollen. Von allen Glaubenssätzen der modernen Centrumreligion ist das der allerwichtigste.

Die Socialdemokratie, so liest man jetzt überall, will alles Eigentum öffentlich, die Religion aber zur Privatsache machen. Daraus geht hervor, daß man in Zukunft keine Kirchen mehr wird bauen dürfen. Denn aller Boden wird der Gesellschaft gehören, und alle Bauten werden von der Gesellschaft aufgeführt werden. Da die Religion aber Privatsache ist und alle Zuwendungen des Staates an die Kirche aufgehoben werden sollen, wird es in der socialistischen Gesellschaft keine Kirche mehr geben können.

Daraus folgt mit gleicher Logik weiter: da es offenbar Privatsache ist, ob jemand am Besuche von Theatern oder von Paris oder von Versammlungen aller Art Vergnügen findet, werden die Socialisten alle Theater, alle Parks und alle Versammlungsorte abschaffen.

Daß sie aber das wollen, wird nicht einmal Herr Bachem behaupten wollen. Wo steht also der Trugschluss?

In demselben Teile unseres Programms, in dem von der Behandlung der Religion als Privatsache die Rede ist, werden z. B. auch Vermögens- und Erbschaftssteuern gefordert. Wie? Wenn es kein Vermögen mehr giebt? Wenn das Erbrecht abgeschafft ist? Wenn niemand mehr — so Centrumblätter — ein Haus, eine Kuh, einen Pflug, ein Buch besitzt?

Das Rätsel löst sich also sehr einfach: die Forderung nach Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken ist an den kapitalistischen Gegenwartszustand gerichtet, sie setzt den Bestand des Privateigentums voraus und bezweckt nichts anderes, als daß niemand für Zwecke einer ihm fremden Religion zur Tributpflicht gezwungen werden kann. Daraus hat man das Märchen gemacht von dem teuflisch verheimlichten Plan, durch den die Socialdemokraten den religiös Ueberzeugten ihre Versammlungsorte abstreifen wollen.

Vorläufig baut man aus öffentlichen Mitteln fleißig Kirchen, und zwingt die Socialdemokraten, im wilden Wald, in trodenen Flussbetten oder jenseits der Grenzen ihrer Versammlungen abzuhalten. Man bedroht Wirte mit dem Voyott, wenn sie ihre Lokale zu socialdemokratischen Versammlungen hergeben und legt die Bauern auf, mit Dreschseglern auf die Socialdemokraten loszugehen. Wie der Schein ist, denkt er von andern!

Aber, sagt das Centrum, die Religion soll keine Privatsache sein. Der Geist des Christentums soll die ganze Politik der Staaten durchdringen.

Aber was ist der Geist des Christentums? Die katholischen Arbeiter fassen ihn anders auf als die katholischen Laifundienbesitzer, die Bauernbändler anders als die Centrumsbauern, die katholischen Grundbesitzer anders als die katholischen Bergleute. Unter gläubigen Christen mögen Zweifel berechtigt sein, ob ein Konzil von Bischöfen und Oberhirten oder eine Versammlung evangelischer Pastoren berufen sei, den Geist des Christentums richtig anzulegen; daß die Fraktions-Obleute des Centrum zur Entscheidung dieser schwierigen Frage nicht berufen sind, muß für alle Christen selbstverständlich sein. Wenn die Abgeordneten des Centrum ihre Wiederwahl gewissermaßen als eine persönliche Angelegenheit des lieben Gottes ansehen, so handeln sie nicht wie gottesfürchtige Christen, sondern wie die Medizinmänner und Geistesbeschwörer bei den wilden Heiden. Wenn sie nun gar alle ihre Dummheiten, Fehler und politischen Verbrechen, alle Plottenbewilligungen, alle Vieheinführ-Entschwerungen, alle Nahrungsmittelzölle als direkte Ausflüsse des christlichen Geistes hinstellen, wenn Geisliche jedem Wähler mit der Ungnade Gottes drohen, der ihnen die Mittel zur Fortführung dieser christlichen Politik verweigern will, wenn in den Kirchen für gute Wahlen gebetet wird — so ist das ein Verfahren, das nicht so sehr auf die glaubensstarken Herzen als auf die gedankenschwachen Köpfe berechnet ist. Christentum ist ein Begriff, dem Zeit und Ort verschiedenen Inhalt verleiht. Centrumschristentum ist Schwindelchristentum, ist Nord- und Hungerchristentum. Und nun auf, Centrumsdogmatiker! Geht in die Versammlungen und sagt, der „Vorwärts“ habe das Christentum verästelert!

Ein annäherndes Beispiel von Wahrscheinlichkeit*) haben neuere Vorgänge in Süddeutschland geliefert. Rasch berühmt geworden ist ja der Ausspruch eines katholischen Pfarrers: niemand könne in den Himmel kommen, wenn er nicht in der einen Hand einen Rosenkranz, in der andern einen Stimmzettel mit dem Namen des Centrumsländlichen trage. Diese Meinung wird jetzt von einem badischen Centrumblatt, dem „Beobachter“, ein wenig modifiziert. Der „Beobachter“ kritisiert ein Flugblatt seiner Partei, das die Frage, ob ein Christ socialdemokratisch wählen könne, anwirft, dahin, ein Christ könne zwar kein Socialdemokrat sein, wohl aber unter Umständen socialdemokratisch wählen. Man kann also, Herr Pfarrer, auch in den Himmel kommen mit

*) Wahrscheinlichkeit ist jene katholische Lehre, durch die der Dogmatismus aufgelöst wird. Man erklärt Handlungen und Anschauungen nicht für gut oder schlecht, für wahr oder falsch, sondern man schaut in jedem einzelnen Fall ab, was besser und richtiger sei. Die Abschätzung geschieht durch die Geistesfreiheit, die dadurch zum höchsten willkürlichen Gesetzgeber über Gut und Böse wird.

dem Rosenkranz in der einen und dem socialdemokratischen Stimmzettel in der andern Hand.

Aber auch über die Notwendigkeit der Rosenkränze sind die Meinungen im Centrum geteilt. In der Budgetkommission des Reichstages hat sich der Centrumsführer Speck darüber beschwert, daß veraltete Rosenkränze aus Glas jetzt nicht mehr mit den hohen Silberzollfäden, sondern mit den niedrigen Glasfäden verzoht würden. Ein protestantischer Geheimat hat ihm darauf erwidert, das geschehe deshalb, weil man der frommen katholischen Bevölkerung die Rosenkränze nicht verteuern wolle. Ginge es nach Herrn Speck, so wäre es möglich, daß jemand ohne Rosenkranz an der Himmelschüre anläme, weil er keinen mehr bezahlen konnte.

Für das Socialistengesetz haben gestimmt: 1878: 12 Centrumsmitglieder (darunter Herling und Valleiren), 1884: 39, 1886: 27, 1888: 8. Die andern Fraktionsgenossen drückten sich zum Teil von den Abstimmungen, zum Teil stimmten sie gegen das Gesetz. Wo war da der Geist der christlichen Politik?

Gegen das Jesuitengesetz stimmten in allen Abstimmungen die Socialdemokraten. „Liebet eure Feinde und thut wohl jenen, die euch hassen!“ Wo war da der Geist der christlichen Politik?

Der Wille Gottes soll es sein, daß die bestehenden Einrichtungen des Kapitalismus und der Monarchie aufrechterhalten bleiben. Aber ist das so gewiß? Die französische Republik, die aus der Revolution, der gewaltsamen Beseitigung der Monarchie entsprungen ist, kam, wie der Papst erklärt hat, eine gottgewollte Einrichtung sein. Wie läßt sich also beweisen, daß der Zustand, dessen Erreichung wir mit weit milderen Mitteln anstreben, dem Willen Gottes widerspreche? Einzelne Centrumsländer sind sogar auf den Einfall gekommen zu erklären, der Socialismus verstoße gegen ein göttliches, nämlich gegen das zehnte Gebot: „Laß Dich nicht gelüsten Deines nächsten Hauses“ usw. Wie läßt sich aber beweisen, daß alle Verschreibungen der Eigentumsverhältnisse, die seitdem in den verschiedensten Jahrtausenden vor sich gegangen sind — z. B. die Eingeziehung von Kirchengütern durch den Staat! — dem Willen Gottes entsprochen hätten, so daß die jetzigen Eigentumsverhältnisse, bei denen der eine prahlt und der andre hungert, heilig und unantastbar seien?

Soeben veröffentlicht der neue Oberhirt der Kölner Diözese, Erzbischof Dr. Fischer, einen Erlass an die ihm unterstellten Geistlichen, darin es heißt:

„Ich finde mich veranlaßt, den Herren Pfarrern sowie den Kirchenvorständen der Erzdiözese die Einfachheit und das Maßhalten bei kirchlichen Bauten ans Herz zu legen. Das gilt zunächst und namentlich in Bezug auf die für die Geistlichen bestimmten Wohnungen. Es läßt sich nicht leugnen, daß hier und da in der Erzdiözese Pfarrhäuser errichtet worden sind, die sowohl in Bezug auf die Ausdehnung als auch in Bezug auf die äußere und innere Ausgestaltung das rechte Maß überschreiten. Ich wünsche den Herren Geistlichen und besonders den Herren Pfarrern hinreichend große Räumlichkeiten, zum eignen Gebrauch wie auch zur Verbergerung des einen oder anderen Fremden, gegenüber welchem Gastfreundschaft zu üben ist. Auch mag und soll das geistliche Haus in seiner äußeren Herstellung wie inneren Ausstattung nicht gerade den Charakter eines gewöhnlichen bürgerlichen Hauses tragen. Aber überall ist das rechte Maß zu halten. Ueberall sind großartige Bauten, die man fast Kalosse nennen möchte, Wohnungen, die durch reiche äußere — architektonische — Ausgestaltung in die Augen fallen, die im Innern mit allem Comfort der Weltzeit ausgestattet sind und in fast raffinierter Weise alle neuen und neuesten Erfindungen auf dem Gebiete der Technik verwenden, zu vermeiden. Sie widersprechen dem Geiste der Armut, den die Priester des Herrn anerkennen, auch in der Art und Weise ihrer Wohnung und Wohnungseinrichtung, üben sollen; sie geben unsrem braven katholischen Volke Aergernis, und zwar nicht bloß den Armen, die kaum wagen, in solche Häuser einzutreten, sondern auch den Bessergestellten, die vom Priester mit Recht priesterliche Einfachheit und Selbstbeschränkung verlangen; sie vermindern und untergraben dadurch den seelsorglichen Einfluß des Priesters, belassen vielfach in drückender Weise die Gemeinden und rufen die Kritik der Uebelwollenden geradezu heraus. Ich werde in Zukunft solchen Plänen für geistliche Wohnungen, bei denen die vorstehend niedergelegten Grundsätze nicht beobachtet sind, unweigerlich die Genehmigung verweigern.“

Wenn die Gläubigen ihren Seelsorgern die Mittel dazu gewähren, so hat kein Socialdemokrat etwas dagegen, daß ein Pfarrer schön wohnt und gut lebt. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, daß alle Leute, die ehrlieh ihre Arbeit thun, so schön wohnen und so gut leben sollen wie diese Pfarrer. Das ist das ganze Geheimnis der Socialdemokratie.

Uebrigens denken die Centrumschristen sehr unchristlich, wenn sie glauben, die Expropriation der Expropriatoren könne sich nicht anders als durch Gewalt vollziehen. Wir werden einfach, weil wir arm sind, bitten, und uns wird gegeben werden. Die Valleiren, Arenberg, Savigny usw., sie wissen ja, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als daß ein Reicher in den Himmel kommt. Wir werden also bitten, und dann wird man doch von keinem von ihnen wie vom reichen Jüngling, an den Christus die gleiche Aufforderung richtete, sagen dürfen: „Er aber ward nunmt über die Rede und ging traurig davon; denn er hatte viele Güter.“ (Ev. Marc. 10, 22.)

Sonderbar, wahrscheinlich sehr sonderbar, daß das Centrum nicht schon längst auf diese einfache Lösung der socialen Frage, die doch ganz „im Geiste des Christentums“ liegt, gekommen ist!

Wahlkampf.

Als Universalgabe gegen die Socialdemokratie die bürgerliche Broschüre (Heinrich Fränkel). So gut wie der erste beste Scharfmacher verteilt auch die freisinnige Volkspartei diese Schrift zugleich mit einem zur Wahl des Stadtrats kämpf auffordernden Flugblatt, das beginnt:

„Die Socialdemokratie kämpft mit verdeckten Fahnen. Sie verheimlicht im 1. Wahlkreis ihre wahren und wirklichen Ziele, indem sie als radikal-liberale Partei auftritt, ohne die unüberbrückbare Kluft“ zu erwähnen, welche sie vom gesamten Bürgertum trennt. Diese unabweisliche Kampfweise ist bestimmt, die „Dummen“ zu fangen und durch nicht socialdemokratische Mittläufer aus den bürgerlichen Parteien zu gewinnen, ohne diesen die Augen zu öffnen, wohin die Reise geht.“

Dieses Flugblatt wurde uns heute in vielen Exemplaren mit Begleitbriefen zugesandt, deren eines wir zur Kennzeichnung der Wirkungen freisinniger Agitationsmethoden hier abdrucken:

„Unliegender Appell ging mir heute zu und als Kompott das bürgerliche Flugblatt, das Ihr Leitartitel gerade beleuchtet hatte. Die Stimmung in meinem Besantenteele — meist Herren mit akademischer Bildung — veranlaßt mich nach Verluste des vorkonventionellen Flugblattes, Ihnen trotz Nichtzugehörigkeit zu Ihrer Partei unsern Standpunkt, also den „der Dummen“ (laut Flugblatt) kurz zu präzisieren.“

Daß die Konserverativen noch eine verhältnismäßig bedeutende Gefolgschaft haben, nimmt bei der totalen Unkenntnis der Wähler über die politischen Principien dieser Partei nicht Wunder und die „Weisten der Nation“ werden an der politischen Karriere ihrer Anhänger gewiß ihre Freude haben. Die liberalen Parteien aber, die doch zu selbständiger Denkartweise befähigt sind, geben sich zu Handlungen der Reaktion her und verschärfen sich durch Auferschließung der von ihnen sonst so beliebten „höheren Gesichtspunkte“ die Sympathien der Intellektuellen, denen ich die „geistigen Arbeiter“ — Patent Schip-Bundkern — allerdings nicht zurechne.

Daß die freisinnige Volkspartei anfangs erwähnte Broschüre im Dienste der Scharfmacher verbreitet, ist bezeichnend, erregt aber nach Euzens Kraftleistungen keine Verwunderung mehr.

In diesem Wahlkampfe, der von Rechts wegen bestimmt war, eine große liberale Partei (zu gemeinsamer Arbeit mit der Socialdemokratie) zu schaffen, stehen bei der Lage der Dinge die „Dummen“, welche sich der Konsequenzen einer reaktionären Reichs-Majorität bewußt sind, nicht an auch hinter der „verdeckten“ Fahne der Socialdemokratie zu marschieren, zumal sie die vielfach vorgezogene Wahlenthaltung, eine Indifferenz in Ausübung des höchsten Bürgerrechtes, als geistige Klugheitsweisheit betrachten.

Unterjchrift: Geistige Waffen der Socialdemokratie. Unter dieser Epithete teilt die „Staatsbürger-Zeitung“ die ungeheuerliche Thatsache mit, daß ein socialdemokratischer Zettelverteiler einen Mord begangen habe. Sie schreibt:

„Eine Bluttat, von socialdemokratischem Fanatismus entzündet, hat sich in dem Dorfe Volkow bei Pölsin abgepielt. Dort erschien am zweiten Pfingstfesttage als socialdemokratischer Flugblattverteiler der Maurer Karl Riecke von Pölsin, welcher mit einem Messer auf den Gastwirt Felsch einfiel, als dieser ihn mit seinen Flugblättern vor der Stelle wies. Zur Feststellung des Thatbestandes hat sich schon am Mittwoch eine Gerichtskommission an Ort und Stelle begeben.“

Ob die Mitteilung richtig ist, wissen wir nicht; wir werden Erkundigungen darüber einziehen. Ist die That geschehen, so wird sie von uns ebenso entschieden verurteilt wie jedes andre Verbrechen, gleichviel wer es begangen hat. Man hat aber Socialdemokraten in dem jetzigen Wahlkampfe schon so viel Gewaltthaten der Wahrheit zuwider nachgesagt, daß wir uns nicht wundern würden, wenn sich auch diese Mitteilung als erlogen oder doch falsch dargestellt erwiese. Doch das bleibe vorläufig dahingestellt. Wir müssen nur mit allem Nachdruck dagegen protestieren, daß man eine verbrecherische Gewaltthat als Ausfluß socialdemokratischer Gesinnung hinstellt. Die socialdemokratische Partei hat bewiesen und beweist es jeden Tag, daß sie ihre Sache mit des Geistes Waffen zu verfechten versteht. Die ganze Existenz der Socialdemokratie, die sich aus einer kleinen verachteten, mit allen Nachmitteln des Polizeistaates und der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitals bekämpften Gruppe zur stärksten Partei des Reiches herausgearbeitet hat, ist eine Manifestation geistiger Macht. Keine Gewaltthat mißbilligen wir freis, und wir werden es auch thun, wenn irgendwo ein Anhänger unserer Partei sich ihrer schuldig macht. Dagegen haben wir schon eine Reihe von Höheisthaten gegen socialdemokratische Zettelverteiler berichtet; wir haben aber bisher noch in keinem Blatte der in Frage kommenden Parteien eine Nichtigstellung oder eine Mißbilligung darüber gesehen.

Ueber socialdemokratischen Terrorismus in bürgerlichen Versammlungen weiß die „Freisinnige Zeitung“ täglich einige Geschichten zu erzählen, deren wir schon eine ganze Reihe als erlogen kennzeichnen konnten, ohne daß die „Freisinnige Zeitung“ bisher jemals ein Wort von diesen Nichtigstellungen erwähnt hätte. Daß die freisinnigen früher das Sprengen von Versammlungen als Sport betriebe haben, ist von uns schon mitgeteilt worden. Jetzt beschwert sich der anhaltische „Staats-Anzeiger“ über die Thätigkeit einer freisinnigen Sprengkolonne in einer reichstreuenden Handwerker-Versammlung in Dessau. Wir haben nicht die Hoffnung, daß die „Freisinnige“ davon Notiz nehmen wird; dazu ist sie zu — freisinnig.

Wendsterns letzte Postkarte. Im zweiten Berliner Wahlkreis werden in der nächsten Woche die Konserverativen ihr letztes Wahlflugblatt herausgeben. Es ist vier Seiten lang und strotzt von Wendsternscher Poesie.

Der Edle steht nicht an zu erklären, daß er an dem guten Willen seiner Gegner nicht zweifelt. Nur taugen sie leider nichts, und zwar deshalb, weil „die politischen Gedanken der Socialdemokratie unausführbar sind“ und weil ferner „die freisinnige Volkspartei sich in den wichtigsten politischen Fragen geradezu nachahmend und nachhinkend auf den Standpunkt bewegt hat, welchen die rechts stehenden

Parteien von jeder eingenommen haben, so daß die Wahl eines freimüthigen Volkstheilers an Stelle eines Konserbativen daselbst bedeutet, als wenn man statt einer Stahlklinge einen Messerfaß aufsteckt. Wie schief ist — armer Eugen, das ist der Dank für so viel Liebesmühen!

Herr v. Wendstern aber will das gleiche geheime allgemeine und direkte Wahlrecht, die Freizügigkeit, das Koalitionsrecht der arbeitenden Klassen, die Arbeiterfrage und Versicherungsgesetzgebung erhalten und ausbauen. Der Professor ist wirklich ein Vorkämpfer der Wahrheit: Erhalten will er das Koalitionsrecht der Landarbeiter, denn es existiert nicht. Erhalten will er den Arbeiterfrage der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, den es nicht gibt; erhalten will er die Freizügigkeit der Standesherren. Dagegen will er „ausbauen“ das Reichstags-Wahlrecht durch Veseitigung der geheimen Abstimmung, der Heranzüchtung des Alters usw. Ausbauen will er die Freizügigkeit der Arbeiter durch allerlei Erschwerungen des Fortzugs, Vertenerung der Eisenbahnfahrten, Nachweis eines Unterhalts. Ausbauen will er das Koalitionsrecht durch Zuchtstausvorlagen. Niemand kann danach Herrn v. Wendstern noch einen Vorwurf machen, daß er seine Ansichten verhehlt. Er verschweigt lediglich als vorsichtiger Mann, was und wie er erhalten und ausbauen will.

Aber Herr Wendstern hat auch ein kräftiges Wort gegen das schrankenlos herrschende Großkapital. Will er es erproben? Ich nein, er will nur Rudolph Herzog von der Konkreten Vertreibung befreien; denn der Schwiegerjohn des Herzoglichen Verbandschäfts landidiert im Raabstkreis.

Auch eine originelle Wahlparole hat Herr v. Wendstern: Bei der bevorstehenden Revision des Strafgesetzbuches wird Herr v. Wendstern dafür eintreten, daß jeder Ausdeutung (durch socialdemokratische Heher, Red. des „V.“), jeder gemeinen Gesinnung (Majestätsbeleidigungen, Ministerbeleidigungen, Wendsternbeleidigungen, Red. des „V.“), wirksamer als bisher begegnet wird, und daß die Härten gemildert werden, welche bei der Bestrafung nicht aus ehrofer Gefinnung begangener Straftaten (Duell, Soldatenmishandlungen, Gefindepögeleien, Red. des „V.“) und vielfach bei Freyvergehen (der „Staatsbürger-Ztg. N. d. V.“) hervorgetreten sind. Arbeitskraft (der arbeitswilligen Streikbrecher, (Red. des „V.“) und Ehre (Schutz gegen unangenehme socialdemokratische Wahrheiten, Red. des „V.“) müssen besser geschützt werden als bisher.

Wir haben uns erlaubt, die Leeren Anrisse der Wendsternschen Verändrungen in Klammern zu ergänzen.

Der Kandidat wendet sich dann an die Angestellten in den Privatbetrieben, an die Unterbeamten und Lehrer, denen er fundthum läßt, daß er, selbst Sohn eines Beamten, durch eigene Lebenserfahrung weiß, daß gegenüber den Lehrern, den mittleren und unteren Beamten in Reich, in Preußen und in den Gemeinden politische Fehler gemacht worden sind. Herr v. Wendstern wird allen helfen, wie auch besonders den gesamten „geistigen Arbeitern“. Schließlich bittet er die deutschen Arbeiter:

„Wegen die deutschen Arbeiter und alle Wähler dieses Wahlkreises II Berlin sich gemüthlich halten, daß nur der Konservative v. Wendstern im Unterschied vom Socialdemokraten Fischer und freimüthigen Volksparteiler Kreiling, entschlossen ist, der ungeheuren Gefahr des Ueberwucherns des Judentums mit all seinen bekannten schlechten Seiten durch die Gestaltung unsrer Gesetzgebung im national-deutschen Sinne entgegen zu treten.“

Das ist der professorale Weisheit letzter Schluss: der Dreißigjahr!

Eugen Richters Frauen.

Karla Augspurg und ihr Fräulein lassen es an eifrigem Bemühen nicht fehlen, die bürgerliche Frauenbewegung bis in die Knochen zu blamieren und der Lächerlichkeit preiszugeben. Dazu scheint ihnen auch die bevorstehende Reichstagswahl ein willkommenes Anlaß. Sie haben nie ein Wohl aus unsrer Ueberzeugung gemacht, daß die bürgerliche Frauenbewegung die Mission einer über den Willen schwebenden Parteifügigkeit auf die Dauer nicht wider aufrecht erhalten können und ihre Klaffenempfinden sich stärker entwickeln wird als alle Ideologie. Die Art aber, in welcher die Frauenrechtlerinnen jetzt vor der bürgerlichen Klassenolidarität lapidieren, hat etwas unfagbar Klägliches an sich. Fräulein Dr. Augspurg hatte im Auftrag des Hamburger Vereins für Frauenstimmrecht Freitag eine Frauenversammlung im zweiten Berliner Wahlkreise einberufen, um die bürgerlichen Frauen über ihre politischen Pflichten im gegenwärtigen Wahlkampf aufzuklären. Sie klagte über die politische Rechtslosigkeit der Frauen, die die Folge einer rechtserkämpften Interpräsentation des Wahlgesetzes sei, welche sich irrtümlich darauf stütze, daß es im Gesetz heiße: Jeder Deutsche, der das fünfundzwanzigste Lebensjahr erreicht hat, hat das Wahlrecht für den Reichstag. Mehrere Frauen hatten jetzt gegen diese falsche Auslegung protestiert und ihre Enttäugung in die Wählerlisten reklamiert; es sei abzuwarten, ob das helfen werde! In gleich kläglichem und urteillosen Weise unterchied das Fräulein dann zwischen einseitigen „Interessenparteien“ und „idealen Parteien mit idealen Zielen“. Zu ersteren gehören die Agrarier, das Centrum und die Socialdemokraten, zu letzteren die Nationalliberalen, die allerdings ein diktatorisches Entree seien, die Nationalsocialen, die freimüthige Vereinigung und vor allem die freimüthige Volkspartei. Die Socialdemokratie überspanne ihre Forderungen; sie möge mit dem Klassenkampf einhalten und gemeinsam mit den freimüthigen Parteien vorwärtsschreiten auf dem Wege zur sozialen Reform. Fräulein Augspurg baute in so beleidigender Weise auf die Unwissenheit ihrer bürgerlichen Zuhörerinnen, daß sie ihnen das Märchen erzählte, in Belgien sei das Frauenwahlrecht an dem Widerstand der Socialdemokraten gescheitert; sie verschwie, daß die Liberalen unsrer belgischen Genossen zum Zurückstellen dieser Forderung gezwungen hatten. Die freimüthige Volkspartei sei die einzige Partei, die durch die Thätigkeit die Forderungen der Frauen unterstützen.

Die Jeanne d'Arc (Jungfrau von Orleans) des Freisinn gab zwar zu, daß „vielleicht“ in Bezug auf die sociale Gesetzgebung der Freisinn etwas zu wünschen übrig gelassen habe, aber — „Menschen, Menschen sind wir alle, Fehler hat ein jeder genug.“ Auch andre Parteien seien nicht frei von Sünden, und der Freisinn werde sich gewiß bessern.

Als zweiter ergriff Herr Stadtverordneter Kreiling das Wort, um neben dem Freisinn im Allgemeinen auch seine Kandidatur im besondern den anwesenden Frauen, jungen Mädchen und jungen Damen ans Herz zu legen und die Anwesenden zu versichern, daß er nicht nur für die Wünsche, sondern auch für die berechtigten Forderungen der Frauen eintreten werde. Er sprach noch einiges von der deutschen Frau, die im Gegensatz zur Französin bei allem berechtigten Interesse für das öffentliche Leben doch die Familie nicht vernachlässigen dürfe und verlor sich dann in Jugend- und Kindheitsentwässerungen, die wohl nur für seinen engeren Familienkreis von Interesse waren. Nur eine Erklärung, daß seine Partei für das allgemeine Frauenstimmrecht eintreten werde, vermied er, abzugeben. An die beiden Referate knüpfte sich eine lebhaftere Diskussion, in deren Verlauf Genossin Lily Braun dem oben Wortgeplänkel der Freisinn-Amazonen eine kräftige Antwort zu teil werden ließ. Sie erinnerte die Frauenrechtlerinnen an frühere Zeiten. Damals sei sie befehdt worden, als sie der frauenrechtlerischen Ideologie der Solidarität aller Frauen entgegentrat. Es sei ja selbstverständlich, daß die bürgerlichen Frauen sich den bürgerlichen Parteien zuwenden. Aber man höre dann mit dem Gesafel auf, daß der Klassenkampf bloß eine socialdemokratische „Erfindung“ sei. Es sei eine harte Thatsache. Wenn man auch den bürgerlichen Frauen das Recht nicht bestritte, sich den Parteien ihrer Klasse anzuschließen, so müsse es als eine strafbare Unflugheit bezeichnet werden, als ein Verrat, daß Frauen, die angeblich für Frauenrechte kämpfen, die freimüthige Volkspartei gerade in solchen Kreisen unterstützen, wo ihr Socialdemo-

kraten gegenüberstehen. Fräulein Augspurg habe selbst betont, daß der augenblickliche Feind, gegen den sich alle zusammenzuschließen müssen, das Agrarierthum sei. In Wahlkreisen, wo dieses gegen die Freimüthigen auftritt, hätten die Frauenrechtlerinnen Arbeit genug. Statt dessen kämpften sie in Berlin und in Hamburg gegen die Socialdemokratie, in Hamburg, wo Augustin Webel aufgestellt ist, dessen Name jede denkende Frau mit Liebe und Verehrung nennt, der für die Emanzipation der Frauen gewirkt und gekämpft hat, als die Freimüthigen nur den stumpfsinnigen Spott des Philisters für sie hätten. Und nun sauste unter dem Jubel der Versammlung Hieb auf Hieb gegen den Freisinn und seine Patronessen; verlegen rüde Herr Kreiling auf seinem Stuhl, der zur Anlagelant geworden war, als Lily Braun mit Worten leidenschaftlicher Empörung die Missethaten des Freisinn aufzählte: von der Begnerchaft Eugen Richters gegen das „viel zu weit gehende“ Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgezet bis zur Begnerchaft gegen den Keimvater-Ladenschluß und die Verhinderung der Ausdehnung des Kindererziehungs-Gesetzes auf die bei der Landarbeit beschäftigten Kinder. Nicht darin, daß ein paar Dugend Frauen Vergeltungen usw. werden, liegt die Lösung der Frauenfrage; die Millionen von Arbeiterinnen müssen befreit werden. Unter Jubelender Zustimmung schloß Genossin Braun ihre tapfermüthige Erwiderung mit dem Ausdruck der Zuberfist, daß der Sieg der Socialdemokratie uns auch der Emanzipation der Frau näher bringe.

Fräulein Augspurg und Herr Kreiling bemühten sich in ihrem Schlußwort vergeblich, den Eindruck der Worte Lily Brauns zu verwischen; weder das gruselige Gespenst des socialdemokratischen Kindererziehungs im Zukunftsstaat, das Herr Kreiling heraufbeschwor, noch die fahnen und kalten Apophonyumbilge, die Fräulein Augspurg gegen Lily Braun und die Socialdemokratie schlenkerte, verfangen. Die vernünftigen unter den anwesenden bürgerlichen Frauen konnten sich dem Eindruck nicht entziehen, daß Fräulein Dr. Augspurgs Ueberreifer und Kurzsichtigkeit ihr eine lächerliche Blamage zugezogen haben.

Freimüthige Juden. Einige Tage lang wiederholte die freimüthige Zeitung die Enthüllung, die Socialdemokratie sei antisemitisch, weil ein von ihr verbreitetes illustriertes Flugblatt den Kapitalismus mit krummer Nase darstellte. Die freimüthige Volkspartei aber nimmt so sehr auf den abernsten antisemitischen Instinkt Rücksicht, daß sie nicht einmal jüdische Kandidaten aufzustellen wagt oder, wenn sie es thut, diese ihre eheliche Abstammung verleugnen müssen.

Ein widerwärtiges Beispiel dieser verächtlichen Feigheit bietet die „Wahlleitung für Torgau-Liebenwerda“, wo Dr. Arthur Bernstein-Charlottenburg für die Volkspartei landidiert. Dort heißt es:

Dr. Arthur Edmund Adolf Joachim Bernstein wurde 1862 zu Potsdam geboren, evangelischer Konfession. Er besuchte das Augustaschule zu Charlottenburg und das Stanislaw Gymnasium zu Berlin, welches er im Jahre 1878 nach abgelegtem Abiturientenexamen verließ.

Und im „Dreißigsten“ wird dann noch entrüstet beteuert:

Herrn W. K. in Liebenwerda. Aus dem oben mitgetheilten Lebenslauf des Herrn Dr. Bernstein erhellen Sie, daß es eine von gegnerischer Seite wissentlich verbreitete Lüge ist, daß der liberale Kandidat Jude sei. Dr. B. ist von Geburt an christlicher Konfession (evangelisch). Den besten Beweis für die Unwilligkeit jenes Gerüchtes erhellen Sie daraus, daß Herr Dr. B. Mitglied der Kirchenverwaltung in der evangelischen Trinitätsgemeinde in Charlottenburg ist. Jeder, der nur einigermahen in derartigen Fragen bewandert ist, weiß, daß Dr. B. dort sogar eine führende Stellung in der liberalen kirchlichen Bewegung einnimmt. — Man merkt bei derartigen Ausfährungen, die doch nur wider besseres Wissen erfolgen können, wie gefährlich unsern Gegnern die Persönlichkeit unsrer Kandidaten erscheint, dessen Ansehen und Beliebtheit von Versammlung zu Versammlung steigt, sonst würden sie nicht zu solchen gemeinen Verleumdungen ihre Zusucht nehmen.

Das hat der brave „Dolls-Zeitung“-Versteiner, der bis zum Tode ein treuer Jude blieb und auch seinen Sohn Arthur niemals hat taufen lassen, wahrlich nicht verdient, daß einer seiner Söhne sich des Glaubens seines Vaters schämen und die Behauptung jüdischen Bekenntnisses als „gemeine Verleumdung“ empfinden würde.

Fast wären wir angeführt solcher Feigheit verurteilt, deutlicher zu werden „über seine von Geburt an christliche Konfession“.

Nationale Wählerversammlung in Friedenan. Zu einer wichtigen Versammlung gestaltete sich am Freitagabend die nach dem Hohenzollern einberufene Versammlung aller nationalen Wähler von Friedenan und Umgegend. Malermeister Fritz Hammer sollte sich laut Säulenankündigung seinen Wählern vorstellen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, zu drei Vierteln von Socialdemokraten. Der Oberlehrer Dr. Kleinmede erhielt das Wort. Er begann mit dem Ablichen Kaiserhoch. Zur Geschäftsordnung verlangte Genosse Jubel unbeschränkte Redefreiheit in der Diskussion, zum mindesten 1/2 Stunde; dies wurde jedoch verwehrt und nur 1/4 Stunde Redefreiheit zugesprochen. Hiermit waren die Genossen keineswegs zufrieden und machten Herrn Dr. Kleinmede darauf aufmerksam, daß er selber bei unsrer öffentlichen Versammlung, als Genosse Jubel sprach, sogar viermal volle Redefreiheit erhalten hatte. Auch hätte er fest versprochen, bei der nächsten Versammlung seiner Partei sollten auch wir volle Redefreiheit haben. Dr. Kleinmede hielt trotzdem sein Wort nicht und vollständig geschlossen verließen die Parteigenossen, ca. 400 Personen, unter braulenden Hochrufen auf die Socialdemokratie und auf Genossen Jubel den Saal. Als die Genossen vollständig aus dem Saale waren, hörte der letzte Genosse nur noch den Anfang des Herrn Dr. Kleinmede: „Endlich allein“. Nur 100 Männchen waren zurückgeblieben.

Donnerstag, den 11. Juni 1903, abends 9 1/2 Uhr, wird im Gesellschaftshaus zu Friedenan, Rheinstr. 14, eine öffentliche Wählerversammlung abgehalten, in welcher Dr. Albert über „Die frige Kampfesweise unsrer Gegner und Herrn Hammers Kandidatenrede“ sprechen wird. Die Gegner, besonders die Herren Hammer und Dr. Kleinmede, sind hierzu eingeladen.

Konservative Banerträger. Den von uns bereits mitgetheilten Proben über die Fälschungen der Wahrheit in Flugblättern von Konservativen, Centrumsleuten, bereinigten staatsverhaltenden Parteien“ gefolgt wird eine weitere bei. In dem nebenstehenden auch von einer Reihe Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher, Polizeisekretäre und Bürgermeister unterzeichneten Flugblatt für den Niederbarnimer Kreis heißt es u. a.:

„Auf dem Parteitage in Hannover (Oktober 1899) hob Webel die gewaltthätige Aufhebung des dauerlichen Besizes als durchaus notwendig hervor.“

Das Gegentheil ist die Wahrheit. Auf dem hannoverschen Parteitag führte Webel (Protokoll S. 121) am 10. Oktober 1899 an:

„Wir haben es nicht nötig, mit Gewalt vorzugehen. Ich habe immer gesagt: Schade um jeden Kopf, der bei alle den Auseinandersetzungen sich auf die Köpfe kommt es mir gar nicht an, es kommt nur auf die Sachen an. Ich wünsche im Gegentheil, daß alle, die es angeht, dabei sind und zusehen, wie gut wir es machen. (Weiterle.) Wie wir über die gewaltthätige Revolution denken, darüber kam doch in der Partei niemand im Zweifel sein. Es ist unnütz anzunehmen, daß auch nur ein einziger Mensch in unsrer Partei ist, der die Meinung hätte, eine Revolution zu machen, wenn er der Meinung ist, daß er seinen Zweck viel besser, leichter und einfacher erreichen kann. Nicht die Revolutionäre sind es, die die Revolution machen, sondern zu aller und jeder Zeit die Reaktionen. (Lebhafte Verfall.)“ Gerade das Gegentheil dessen, was in dem Flugblatt behauptet wird,

ist also die Wahrheit. Der Zweck der Kolportage folget und ähnlicher Unwahrheiten seitens der bereinigten Reaktionen ist klar: es gilt, die Aufmerksamkeit der Wähler von dem drohenden Ansturm auf den Besitz der erwerbthätigen Bevölkerung durch Pöle und neue Steuern und auf die Volksrechte (Koalitionsrecht, Versammlungsrecht, Wahlrecht) abzulenken.

Wahlgebete und Wahlmesen. In Obersachsen wird in großem Umfange die Wahlbeterei und das Leuten von Meffen für den „guten“ Wahlausgang betrieben. Die Geistlichen treiben diesen Unfug und diese Gotteslästerung, wie früher noch nie. Das Mittel der Wahlpredigt scheint zu versagen, deshalb wendet man jetzt stärkere Mittel an. Vor allem wendet sich die Geistlichen an die Frauen und beschören sie, künftigen ihnen schweres Unglück, einen großen Krieg und sonstige Dinge an, wenn nicht die Wahl im Sinne der katholischen Kirche ausfällt. Die letzten Niemande tragen manche Weiber zum Pfarrer, es ist aber auch vorgekommen, daß die Männer dem Pfarrer auf die Bude rücken und die Weiber zurückerlangen. In einem dieser Fälle riet der Pfarrer der darüber weinenden Frau, sich „von einem solchen Mann“ scheiden zu lassen.

Hirsch-Dundersche Gewerkschaft für konservative Wahlen. In Rathbor in Obersachsen hat der Vorstand des Ortsverbandes Hirsch-Dunderscher Gewerkschaft einstimmig beschloffen, für den konservativen Kandidaten, Fabrikbesitzer Profesch einzutreten, wenn derselbe für Erhaltung des Wahlrechts und langjährige und „günstige“ Handelsverträge sich erklärt. Der Herr Profesch ist aufgestellt von den deutschen Beamten, ehemaligen Offizieren, Rittergutsbesitzern und Fabrikbesitzern.

Im Wahlkreise Opyeln soll dem Centrums-Kandidaten Synula auch ein deutscher Centrums-Kandidat entgegengestellt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juni.

Der Halleische Inquisitionsprozeß.

Einem Monat Gefängnis für den einen, 300 M. Geldstrafe für den andern wegen Beleidigung. Keuchel nicht allzu Erhebliches und dabei doch nach den übvaltenden Umständen ein Vergang, der Rechtszustände, politische Zustände, gesellschaftliche Zustände kennzeichnet und helles Licht in ihre Tiefen wirft.

Die mündlich gegebene Urteilsbegründung, die in unserm Halleischen Parteiblatt veröffentlicht wird, ist ziemlich inhaltlos; jedenfalls schrumpft die Bedeutung dessen, was an ihr anzusehen ist, sehr zusammen neben den allgemeinen Kennzeichen dieses Prozesses. Daß er überhaupt angestrengt werden konnte, daß die ihm zu Grunde liegenden Behauptungen oder Annahmen als Beleidigung aufgefaßt und bestraft werden konnten; das ist es, was festzuhalten und worauf die Wäde zu lenken sind. Daneben ist noch von Bedeutung die Art der Durchführung des Prozesses. Es ist ein politischer Tendenzprozeß der handfestesten Art und mehr wie irgend ein anderer zu zeigen geeignet, welche Klust die herrschende Klasse vom Proletariat scheidet.

Aus der Beweisaufnahme, besonders aus den Aussagen des Zeugen Bürgermeister v. Holly ergibt sich, daß die Beleidigung der Polizeibeamten, deren unsre Parteigenossen Krüger und Cammer schuldig erklärt worden sind, in der Interstellung gefunden wird, die Beamten hätten sich bei socialdemokratischen Stadtverordneten besprochen. Dieser Herr Bürgermeister erzählte, daß Genosse Krüger in einer Sitzung der Stadtverordneten gesagt habe, Polizeibeamte hätten sich bei ihm über schlechte dienstliche Behandlung beschwert. Der Bürgermeister habe das nicht geglaubt und darauf hingewiesen, daß ein Beamter, der sich beschwerdeführend an einen socialdemokratischen Stadtverordneten wende, den Eid der Treue verleihe. Die Beamten seien dazu da, Staat und Gesellschaft zu schützen, und da ginge es doch nicht, daß sie mit Personen in Verbindung treten, die darauf hinarbeiten, den gegenwärtigen Staat und die Gesellschaft zu beseitigen.

Das ist die Grundlage des Prozesses und der Verurteilung, die erfolgt ist auf Grund des § 187 des Strafgesetzbuches; verleumderische Beleidigung, d. h. Behauptung von Thatsachen, die geeignet sind, den andern, das sind hier die Polizeibeamten, verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Verächtlichmachung bedeutet, daß die Behauptung geeignet ist, dem andern die Achtung gänzlich zu entziehen. Die Herabwürdigung (Schmälerung der Achtung) muß in der öffentlichen Meinung, das heißt bei einem nicht begrenzten Personentreise, bei der Allgemeinheit, eintreten infolge der Behauptung. Welche der beiden Annahmen das Gericht gemacht hat, konnten wir bis jetzt nicht erfahren; es ist auch nebensächlich. Vermuthlich ist Herabwürdigung in der öffentlichen Meinung angenommen worden.

Zur Socialdemokratie bekennt sich jetzt etwa der fünfte Teil des deutschen Volkes. In den Augen dieses Volksteils ist es selbstverständlich keine Herabwürdigung irgend eines andern Menschen, wenn von ihm behauptet wird, er verlehre mit Socialdemokraten. Die öffentliche Meinung, die den Richtern und den Anklägern in Halle vorgezwungen hat, ist also höchstens die öffentliche Meinung des andern Bevölkerungsteils, vermuthlich aber nur ihre eigne persönliche oder doch nur die Meinung der engen Kreise, die ihnen die Welt bedeuten. Die socialdemokratische Wahrheit von heute wird aber die Mehrheit von morgen sein.

„Ehre ist die der Stellung im Kreise der Rechtsgenossen entsprechende persönliche Geltung.“ Wenn es als ehreverlegend bezeichnet wird, mit einem Socialdemokraten zu verkehren, so schließt das, da Socialdemokraten selbstverständlich die entgegengeetzte Auffassung haben, die Socialdemokraten aus dem Kreise der Rechtsgenossen aus. Das Recht wird als Recht der Mehrheit proklamiert und alle die schönen Redensarten von dem objektiven Recht werden wie Dunst. Fürchtet man nicht für den Bestand des Rechts, wenn man den fünften Teil des ganzen Volkes, der alle Aussicht hat, in absehbarer Zeit die Mehrheit des Volkes zu bilden, außerhalb dieses Rechtes stellt? Da wirft man uns vor, wir achteten nicht Autorität, nicht Recht und Gesetz! Kann denn ein Recht Anspruch auf unsre Achtung erheben, nach welchem es möglich ist, den Verkehr mit uns als eine verächtliche Handlung zu kennzeichnen? Da erzählen uns Schönwärdner von einer Solidarität der Klassen, von der Einheit der Volkinteressen und in demselben Augenblick können Richter im Namen des Gesetzes ein Urteil fällen, durch das Millionen Volksgenossen als eine verächtliche Bande hingestellt werden, mit der zu verkehren für einen Beamten unwürdig sei. Es ist nicht nur die Klust der wirtschaftlichen Gegensätze, die das Proletariat von der herrschenden Klasse scheidet; auch die Moral- und die Ehrbegriffe in beiden Lagern sind so grundverschieden, daß keine Brücke mehr von der einen zur andern führt.

Gegenüber dieser grundsätzlichen Bedeutung des Prozesses wird es eigentlich ziemlich nebensächlich, daß er auch sonst noch zu verschiedenen Einwendungen Anlaß giebt. Die beiden verurteilten Parteigenossen haben die für strafbar erklärten Äußerungen in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnete gethan. Sie haben in Wahrnehmung ihrer öffentlichen Pflichten Mißstände bei einer Behörde kritisiert und nur zur Bekräftigung ihrer Behauptungen gesagt, daß sie von Beteiligten informiert seien. Die Mißstände haben thatsächlich bestanden. Das ist vor Gericht erwiesen worden. Daß man für eine in Wahrnehmung der Pflichten als Stadtverordneter gethane Äußerung bestraft werden kann, zeigt die Veringschätzung der städtischen Volksvertretung in unserm Strafrecht.

Es ist aber ferner vor Gericht erwiesen worden, daß der eine der beurteilten sozialdemokratischen Stadtverordneten mindestens von einem Polizeibeamten Informationen erhalten hat; der Sergeant Oesterreich hat als Zeuge zugegeben, daß er dem Parteigenossen Emmer Mitteilungen gemacht hat. Die Differenz besteht nur darin, daß die Anklage dem Genossen vorwirft, gesagt zu haben, es seien ihm „Bescherden“ zugegangen, während Sergeant Oesterreich nur auf Emmers Verlangen „Informationen“ gegeben haben will. Zur Verurteilung aus § 187 Str.-G.-B. ist nötig, daß die behaupteten Thatsachen auch unwahr sind, und da hängt sich denn das ganze Urteil auf den Unterschied zwischen Beschwerde und Information. Emmer hat nur bewiesen, informiert worden zu sein, nicht aber, daß ihm Beschwerden zugegangen seien. Zuguterletzt aber beschränkt der Beurteilte, von Beschwerden gesprochen zu haben und beweist, nur von Informationen gesprochen zu haben. Die Beweisaufnahme hat in diesem Punkte keine Klarheit ergeben. Das Gericht muß erst sagen, daß es des Angeklagten Angabe trotz der zweifelhaften Beweisaufnahme als eine „leere Entschuldigung“ ansieht. Auf eine so keine Untercheidung und eine so gewagte Konstruktion hin ist erst die Verurteilung der Angeklagten möglich gewesen.

Schließlich das prozessual Erstaunlichste, die Zurechnung sämtlicher Polizeibeamten Falles. Man kann die Vermutung nicht abweisen, daß die Klage gegen die zwei sozialdemokratischen Stadtverordneten und ihre Verurteilung nicht die Hauptsache in dem Verfahren war. Man hat in Halle schon mehrfach Versuche gemacht, zu erfahren, ob Beamte das „Vollblatt“, unser dortiges Parteiblatt, informierten; immer erfolglos. Jetzt werden — nicht etwa vom Angeklagten zum Beweise der Wahrheit seiner Behauptungen — sondern vom Ankläger auf Antrag der interessierten Behörden zum Beweise der Unwahrheit der Behauptungen des Angeklagten — sämtliche Beamte vor Gericht citiert und auf ihren Zeugnissen befragt, ob sie sich bei den Angeklagten beschwert haben; sie werden also in die Zwangslage versetzt, entweder einen Meineid zu leisten oder bei der ihnen bekannten Auffassung ihrer Vorgesehenen sich einer Bestrafung, wohl gar der Entlassung, der Protokollmachung auszusetzen. Sie haben zwar vielleicht das Recht, die Aussage zu verteidigen; das aber läßt in den Augen ihrer Vorgesehenen einem Jugendknaben gleich. Also ein wahrhaftes Inquisitionsverfahren, das zwar formell nicht gegen das geltende Recht verstößt, seinem Geiste aber entschieden widerspricht. Im alten Inquisitionsprozeß, der auf dem Beständnis des Angeklagten ruhte, wandte man Inquisitorien zum Geständnis-erpressung an. Der moderne, auf dem Zeugenbeweise beruhende Prozeß schließt das aus; niemand soll gezwungen werden, sich selbst zu belasten. Das in Halle eingeschlagene Verfahren läuft aber gegenüber den Zeugen auf nichts weiter als einen Zwang zur Selbstbelastung hinaus und wird in den Zeugen gewiß keine freundlichen Gefühle erwecken.

So ist ein selbst vom Standpunkte des bestehenden Rechts höchst bedenkliches Verfahren angewandt worden, das geeignet ist, die Rechtsprechung zu diskreditieren, und der Erfolg ist eine Verleumdung des Rechts, die Tausenden die Augen öffnen wird über den Klassencharakter der bestehenden Gesellschaft und dem Bestände der bürgerlichen Gesellschaft nicht nützlich sein wird. Das Halle'sche Urteil läßt keinen Zweifel darüber, daß das Recht ein Klassenrecht ist, das nur dem Interesse der herrschenden Klasse dient.

Deutsches Reich.

Vollmar über die Handelsverträge. Die „Münchener Post“ teilt jetzt mit, was Genosse v. Vollmar über die Frage der Handelsverträge wirklich gesagt hat. Vollmar wandte sich gegen die böswillige Fälschung unfreier Wahlausruß in der Behauptung, daß die Sozialdemokratie handelsvertragsfeindlich sei. Das ist, wie Vollmar ansführte, ein durchaus falscher Schluß. Wir suchen, wie immer, jede Verschlechterung hintanzuhalten und, so weit dies nicht möglich, sie auf ein Minimum zu beschränken. Je nach Ausfall der Wahlen ist dies auch möglich. Die Regierung hat die Minimalzölle nie als unantastbar bezeichnet, und darum kann deren Fortlassung aus den Verträgen erzwungen werden. Für uns hängt alles von der Form der vorgeschlagenen Verträge ab. So sehr wir Handelsverträge wünschen, können wir nicht für Handelsverträge um jeden Preis sein, das wäre ja geradezu eine Prämie auf jede Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Außerdem wäre es unrichtig, das Wortum der Sozialdemokratie immer zum Voraus zu diskontieren und das Gewicht ihrer Stimmen ohne weitere Verhandlung in Rechnung setzen zu lassen. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß kein Zeitpunkt für Inkrafttreten des neuen Zolltarifs vorgesehen ist, und daß beim Nichtzustandekommen von Verträgen der alte Tarif in Kraft bleibt. Es ist daher möglich, daß, je nach dem Ausfall der Wahlen, dieser Zolltarif überhaupt nicht Geltung erlangt. Von allen Gesichtspunkten aus ist darum die einzig richtige Politik; entschiedene Bekämpfung jedes schlechten Vertrages.

Die Wähler haben die Gestaltung der Verträge noch ganz in ihrer Hand. Die Sozialdemokratie sagt sich, wenn die von den Agrariern gewünschten Verschlechterungen in die Verträge hineinkommen, dann können die Sozialdemokraten nicht für solche Verträge stimmen. Wenn aber die Wähler dafür sorgen, daß die künftige Mehrheit möglichst wenig hochschutzzöllnerisch ist, dann werden Verträge zu Stande kommen, für die auch die Sozialdemokraten stimmen können.

Vollmar befindet sich also in vollständiger Uebereinstimmung mit der gesamten Sozialdemokratie.

Der schlichte Mann in der Musik. Wilhelm II. hat in Frankfurt a. M. beim Gefangenschaftsstreit seine Anschauungen über Männergesang vorgetragen und zugleich angekündigt, daß er eine Sammlung von Liedern veranstalten werde, die künftig für Männergesänge maßgebend sein sollen. Er meinte, man müsse sich fragen, wie viele schlaflose Nächte haben Sie opfern müssen, um auf diese Höhe der Technik zu gelangen, und hier setzt das ein, was ich gegen Ihre Leistungen einzutenden habe. In der Instrumentalmusik sind wir schon auf dem Gipfel der Kompliziertheit angelangt. Das mag charakteristisch sein, das gebe ich sehr gern zu, aber ich bin nicht so. Wenn aber diese Art noch auf den Gesang übertragen wird, so vergessen Sie, daß die menschliche Stimme ihre Grenzen hat. Beweis dafür, wohin diese Art zu komponieren führt, ist, daß die meisten Vereine den Preischor schon einen halben Ton zu hoch angefangen haben, weil ihnen die Aufregung, ob sie technisch die Sache beherzigen würden, nicht die Nähe liegt, die richtige Höhe zu finden. Sie dürfen nicht Dinge machen wollen wie der Philharmonische Chor in Berlin. Sie müssen sich auf den Vollsatz beschränken, nicht auf die Musik im großen Stil; das überlassen Sie andern. Ich verlange nicht von Ihnen, daß Sie nur Vollsätze singen, aber diese müssen mehr gepflegt werden. Hier in Frankfurt a. Main ist im Jahre 1888 von Kallitwoda das schöne deutsche Lied komponiert worden, keiner von Ihnen hat es gesungen. In der Höhe haben Sie hier den Rhein. Wer von Ihnen hat ein rheinisches Volkslied gesungen? Bei allem, was wir gutes gehört haben, kann ich Ihnen nur sagen, wenn ein einziger von Ihnen Mendelssohn's „Wer hat dich so schöner Bald“ gesungen hätte, es wäre eine reine Erlösung für uns gewesen. Meine Herren! Ich sage noch einmal: Ich kann Ihre Leistungen nur bewundern, aber Sie befinden sich nicht auf dem richtigen Wege. Ich werde jetzt eine Volkslieder-Sammlung veranstalten lassen, die Sie für wenig Geld besorgen können. Die studieren Sie, und zeigen Sie dann auf dem richtigen Wege, wenn wir das nächste Mal versammelt sind.

Deutschland und dem Auslande, welche eine Fülle von Poesie und Kunst in deutschen Volksliedern vorhanden ist.“

Es ist sicher nicht ganz unzutreffend, was der Kaiser in diesem Falle gesagt hat. Allerdings steht seine Vorliebe für musikalisch-vollkommene Einfachheit im unerbittlichen Gegensatz zu seinen Ideen von lebender Kunst; denn die von ihm bevorzugten Künstler suchen ihren Stolz in leeren alexandrinischen Bombast.

Die Vielseitigkeit Wilhelms II. aber ist in der That überraschend. Trotz der gepönbten handelspolitischen Situation, trotz neuer Plotten und Militärvorlagen, trotz seiner Studien über Äthnologie, Offenbarung, Burgenbau, trotz seiner Anteilnahme an Conzissen-Entwürfen, Denkmäler-Entschlüssen, Paraden und Regatten, trotz seiner zahlreichen Reisen, fürstlichen Städtebesuche, trotz seiner Protection Wägenstein'scher Delirien und seiner Studien mit Glanz wird der Kaiser nun auch noch ein Vollsieder-Album herausgeben, das künftig für alle Männergesangsvereine — wir wissen nicht, ob auf gesetzgeberischem Wege — obligatorisch eingeführt werden wird. Des Kaisers Wille ist das oberste Gesetz in der Politik, und sein Beschluß das oberste Gesetz in der Kunstübung. Auch Friedrich II. deklarierte ja seine Anschauungen über deutsche Litteratur, nach der sich freilich weder Lessing, noch Goethe, noch Schiller gerichtet haben. Deute wäre solche Unbotmäßigkeit undenkbar.

Der Zweck der Uebung. In einer Wahlrede hat Herbert Bismard die Rederzwecken Andeutungen aus den Dezembertagen näher erläutert, daß es damals gar nicht dem Zolltarif gegolten hätte, sondern in erster Linie einem Staatsreich gegen das Proletariat, das man 1878 hüten wollte, um dann den Vertrag zu vollenden. Er schalt deshalb die „erstmalige Jagdhaftigkeit“ der Regierung, die die günstige Gelegenheit verpaßt habe: „Nicht Unrecht ist dem zu geben, daß die Regierung jetzt eine Politik der „verpaßten Gelegenheiten“ treibe. Im vorigen Herbst hätten sich etwa dreiviertel aller Mitglieder des deutschen Reichstages der Regierung zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt, aber diese glänzende Gelegenheit sei unbenutzt gelassen und damit eine der wirksamsten Wapparden verloren worden.“

Daher also die gewaltsamen Provolationen, die niederträchtigen Brutalitäten. Man wollte Blut sehen! Aber Herbert Bismard ist nur der Affe des Vaters, und der proletarische Löwe ist noch unüberwindlicher geworden, als daß er sich vor dem Affen fürchtet.

Die internationale kriminalistische Vereinigung (Landesgruppe Deutsches Reich) hält jetzt in Dresden eine Sitzung ab, deren erster Beratungsgegenstand die Reform der Voruntersuchung war. Als Referenten dazu sprachen die Herren Professor Ruder aus Prag, Professor W. Rittermeier aus Gießen und Landgerichtsrat Kulemann aus Braunschweig. Aus den Ausführungen Kulemanns heben wir hervor:

Die beiden Gutachten (Ruders und Rittermeiers) berühren sich in der Forderung, die Voruntersuchung zu beseitigen, aber während Ruder sie mit dem vorbereitenden Verfahren verschmelzen will, schlägt Rittermeier vor, ihre Aufgaben auf das Hauptverfahren zu übernehmen. Rittermeier will möglichst rasch zur Hauptverhandlung gelangen und erklärt ausdrücklich, daß das Vorverfahren nicht gründlich zu sein brauche. Dafür soll in der Hauptverhandlung, deren Kontinuität er fallen läßt, falls sich eine ungenügende Vorbereitung ergibt, die Einleitung einer Voruntersuchung angeordnet werden können. Das Vorverfahren soll überwiegend polizeilichen Charakter tragen, insbesondere schriftlich und geheim sein. Den Eröffnungsbeschluss will Rittermeier abschaffen, dagegen lehnt er es ab, dem Staatsanwalt die Befugnis zu Zwangsmitteln zu übertragen. Ein Verteidiger soll möglichst früh bestellt werden. Für das schlichtgerichtliche Verfahren macht Rittermeier besondere Vorschläge. Er, Kulemann, lege seine Gedanken hierzu in folgenden Leitsätzen nieder: I. Ueber Verhaftung oder Abschaffung der Voruntersuchung kann erst dann eine Entscheidung getroffen werden, wenn feststeht, wie sie in einzelnen zu gestalten sein würde. II. Oeffentlichkeit. 1. Von der Mitwirkung der Bevölkerung an der Entdeckung einer Straftat ist im allgemeinen eine Förderung des Untersuchungsziels zu erwarten. Deshalb ist die Beschränkung auf die bloße Parteioffentlichkeit zu verwerfen. 2. Das einzige gegen die Oeffentlichkeit zu erhebende Bedenken besteht in der Kenntnisaufnahme des Untersuchungsmaterials durch den Angeklagten und die ihm nahestehenden Personen. Dieses Bedenken ist aber nicht ausreichend, um die Vorteile der Oeffentlichkeit aufzuwiegen. 3. Die Richtigkeit auf die Verteidigung des Angeklagten erfordert, daß das gesamte Belastungsmaterial vor der Hauptverhandlung zu seiner Kenntnis gebracht wird. Dies geschieht am besten durch die Oeffentlichkeit der Voruntersuchung. 4. Oiemach ist die Oeffentlichkeit der Voruntersuchung als Regel zu fordern. III. Mündlichkeit. 1. Der Grundgedanke der Mündlichkeit, der das Hauptverfahren beherrscht, ist auch für die Voruntersuchung als maßgebend anzuerkennen, indem alle Personen, die auf sie als Erkenntnisquelle angewiesen sind, an ihr unmittelbar beteiligt werden. 2. Protokolle sind nur da zu führen, wo die Beweishebung in der Hauptverhandlung nicht vorgekommen werden kann. Im übrigen ist das Beweisergebnis in kurzen Notizen niederzulegen, deren Hauptzweck darin besteht, einerseits dem Vorsitzenden für die Leitung der Hauptverhandlung einen Anhaltspunkt zu bieten und andererseits eine Unterlage für die Beurteilung darüber zu gewähren, ob der Zeuge zu der Hauptverhandlung zu laden ist. 3. Der Eröffnungsbeschluss ist zu beseitigen. Die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens ist dem Untersuchungsrichter zu übertragen. IV. Anklageverfahren. Für die Voruntersuchung ist ebenso, wie es für die Hauptverhandlung gilt, das Anklageprinzip zu verwerfen, aber die Anklageform einzuführen. In der Debatte hierzu kam zum Ausdruck, daß die ganze Frage doch noch nicht genügend geklärt ist, um eine endgültige Beschlussfassung herbeiführen zu können. Die zum Wort kommenden Redner erwärmten sich sowohl für diesen wie jenen Referenten und zum Teil schlugen sie neue Wege zur Besserung vor. Angesichts dieser Sachlage wurde einstimmig beschlossen, einen Antrag des Herrn Geh. Rat Professor B. Vilsenthal-Heidelberg auf Ueberweisung des gesamten Materials an eine Kommission zur Verfassung eines Vorschlags zur Abänderung des Voruntersuchungs-Verfahrens anzunehmen. In die Kommission wurden gewählt die Herren Landgerichtsrat Kulemann-Braunschweig, Geh. Rat Professor v. Vilsenthal-Heidelberg, Landgerichtsrat Justizrat Dr. Weingart-Dresden, Rechtsanwält Dr. Heilmann-Berlin und Staatsanwalt Rosenberg-Strasbourg.

Die Versammlung des Vereins der deutschen Strafanstalts-Beamten, die in Stuttgart tagte, beschäftigte sich mit der Frage der Strafmündigkeit und nahm eine Resolution an, die die Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre fordert.

Das Dogma der unbedenkten Empfängnis wird im Jahre 1004 fünfzig Jahre alt. Dieses Ereignis soll nach einem päpstlichen Dekret in der ganzen katholischen Welt feierlich begangen werden als eine Manifestation fünfzigjähriger Vermählung von Glaube und Wissen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im kroatischen Abgeordnetenhause kam am Freitag der kroatische Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung, welcher die Regierung anfordert, die wahren Gründe der vom Ministerpräsidenten bewirkten Abweisung des Audienzgesuches kroatischer und slovenischer Abgeordneter beim Kaiser darzulegen, das Resultat der schleimig durchgeführten Untersuchung über die Ausschreitungen in Laibach am 24. Mai bekannt zu geben und endlich bei der ungarischen Regierung wegen der Verletzung des Vriegeheimnisses in Kroatien vorstellig zu werden. Abg. Vorci greift bei der Begründung der Dringlichkeit den Ministerpräsidenten sehr heftig an wegen seiner jüngsten Erklärungen in dieser Angelegenheit und seines Verhaltens zu den kroatischen Abgeordneten.

Ministerpräsident v. Koerber erklärte in seiner Erwiderung, die Regierung werde sich niemals zwischen die Krone und einen der vielen Volkstämme dieser Reichshälfte stellen, sobald es sich um heimische Fragen handle. Sie werde jedesmal ihre Stimme gegen ein Vorgehen in Oesterreich erheben, wenn rechtlich bestehende Verhältnisse zwischen den Ländern der ungarischen Krone in Betracht kommen. Sonach sei die Stellung der Regierung gegenüber dem Audienzgesuch der kroatischen Abgeordneten gegeben gewesen, zumal nichts so sehr geeignet sei, Mißtrauen zwischen den beiden Reichen zu erwecken, als die Einmischung des einen in die inneren Angelegenheiten des andern. Dagegen sei die Regierung gern bereit, nach Abschluß der beschleunigten Erhebungen über die Ausschreitungen in Laibach dem Hause Mitteilung zu machen. Die Angelegenheit sei als abgeschlossen anzusehen, da die kroatische Bevölkerung Oesterreichs völlige Besonnenheit bewahrt und die Ausschreitungen sich nicht wiederholt hätten. — Nach längerer Debatte wird der Teil des Antrags, welcher Mitteilung von dem Ergebnis der schleimig eingeleiteten Untersuchung verlangt, angenommen, der Rest abgelehnt.

England.

Gegen den Zollverein. London, 4. Juni. (Fig. Ver.) Der Genossenschafts-Kongress in Doncaster nahm gestern folgende Resolution an: „Dieser Kongress, der zwei Millionen Konsumenten aus der Arbeiterklasse vertritt, protestiert in nachdrücklichster Weise gegen jede Verletzung des Freihandels durch ein System von Vorzugsstarifen. Er ist der Ansicht, daß die Folgen einer handelspolitischen Aenderung sein würden: Vertheuerung der Nahrungsmittel, Verringerung der Löhne und der Arbeitsgelegenheit, Zunahme der internationalen Eifersucht und Wachsen des Militarismus. Der Kongress verurteilt auf entschiedenste jeden Versuch der Ausbeutung der Kräfte und der Vaterlandsliebe zu Gunsten einer Politik, die den Krieg erzeugen und tiefe Mißverständnisse zwischen dem Mutterlande und den Kolonien herbeiführen muß.“ Mehrere Redner unterstützten die Resolution, während nur ein einziger Delegierter gegen sie sprach. Die heftigen Unterbrechungen, die dieser Redner von seiten der großen Mehrheit der Delegierten erfuhr, zeigen, daß Mr. Chamberlains Plan auf leidenschaftlichen Widerstand stoßen wird.

Der liberale Abgeordnete Mr. Dalbone sprach gestern in seinem Wahlkreis über Vorzugsstarife. Er sagte: „In den letzten Wochen hat einer unserer fähigsten und verdienstvollsten Staatsmänner dem Lande eine große Frage vorgelegt. Diese Frage ist sofort in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten. Es ist schon jetzt schwierig, das Publikum für etwas andres zu interessieren, als für den Zusammenschluß des Reiches auf handelspolitischer Grundlage. Das Nationaleinkommen Englands beträgt 1650 Millionen Pfund Sterling, Deutschlands nur 1300 Millionen Pfund Sterling. England hat eine Bevölkerung von 41 Millionen, Deutschland eine von 55 Millionen. Unser Nationaleinkommen giebt uns die Möglichkeit, die Flotte zu erhalten, die Jinsen für unsere Nationalschuld zu zahlen und die Kosten der gesamten Reichsverteidigung zu tragen. Diese enormen Lasten werden von uns ohne besondere Beschwerden getragen. Wobon hängt unser Einkommen ab? Wir sind nicht reich an billigen Mineralien noch an Rohmaterialien, aber wir haben große Vorteile als industrielle Nation, da wir im Gegensatz zu andern Völkern die nötigen Rohmaterialien kostenfrei aus den billigsten und besten Märkten einführen, ebenso billige und gesunde Nahrung für unsere Arbeiterklasse, die die Arbeitskraft liefert, mit welcher die Rohmaterialien in Tauschwerte verhandelt werden. Ich bin gegen jede Aenderung der gegenwärtigen Handelspolitik. Der Plan ist ein Sprung ins Ungewisse.“

Campbell-Bannerman sagte in einer Ansprache, die er in einer liberalen Versammlung in Perth hielt, England habe das Freihandels-System erprobt, und jeder Tag in den letzten 50 Jahren habe einen neuen Beweis für die Segnungen, die es bringe, geliefert. Das Ziel des Planes Chamberlains sei, das Reich durch die Bande des Eigenwunsches zusammenzuführen; aber er — Campbell-Bannerman — glaube nicht, daß solche schmachtigen Bande nötig seien, um das Reich zu erhalten. Nach Zolltarifen würden Trusts kommen und das Ende werde der nationale Verfall sein.

Die englischen Genossenschaften gegen die Trusts. London, 4. Juni. (Fig. Ver.) Auch mit der Trustfrage beschäftigte sich gestern, ehe er seine Beratungen schloß, der Genossenschafts-Kongress in Doncaster. Er nahm folgende Resolution an: „Angesichts des raschen Wachstums der Trusts und anderer kapitalistischen Verbindungen, die sich in verhältnismäßig wenigen Händen befinden, spricht der Kongress die Ansicht aus, daß alle derartigen Monopolisierungsversuche die allgemeine Wohlfahrt gefährden und fordert die Genossenschaften auf, in ihrer Propaganda auch gegen die Trustbildungen zu wirken und unsere Bewegung zu härten gegen alle Versuche, die Genossenschaften zu schädigen.“ Ferner wurden Resolutionen angenommen zu Gunsten internationaler Schiedsgerichte, sowie zu Gunsten der Gründung von bürgerlichen Genossenschaften als Mittel der Hebung der Landwirtschaft.

Norwegen.

Das Fachvereinsgesetz ist nun endgültig begraben worden. Nachdem das Lagthing die Strafbestimmungen gegen die Arbeiterorganisationen ablehnte und den Entwurf an das Odelsthing zurücksandte, hat nun auch dieses Thing beschlossen, das ganze Gesetz zurückzustellen. Wenn nun nicht die norwegischen Arbeiter bald für eine starke Vertretung ihrer Interessen im Parlament sorgen, wird es jedenfalls sehr lange dauern, bis ihnen der in jenem Gesetz versprochene Schutz des Koalitionsrechts wirklich zu teil wird.

Rumänien.

Steueraufhebung. Bukarest, 4. Juni. (Fig. Ver.) Nachdem die Regierung durch die letzten Wahlen erfahren hat, daß sich ihre Anhänger im Volke stark liked, will sie die Steuer von 5 Proz., welche sie auf alle Arbeitseinkommen gelegt hat — eine Steuer, die die Kaufkraft des Publikums beeinträchtigte, was bei der noch immer andauernden wirtschaftlichen Krise doppelt verhängnisvoll für Handel und Wandel war — wieder aufheben. Sie hofft dadurch von neuem an Popularität zu gewinnen. Begründet soll die Aufhebung damit werden, daß die Staatsfinanzen sich wesentlich gebessert hätten, so daß die Beibehaltung der Steuer kein Bedürfnis sei.

Amerika.

Der deutsch-englisch-italienische Konflikt mit Venezuela. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus dem Haag: Die Protokolle zwischen Venezuela und England, Deutschland, Italien bestimmen: Der Haager Hof wird aus den Mitgliedern des Schiedsgerichtshofes drei Schiedsrichter ernennen, welche über die Frage der Bevorzugung dieser Mächte in der Bezahlung ihrer Schuldforderungen zu entscheiden haben. Die Schiedsrichter werden nicht Unterthanen der Gläubiger-Mächte sein dürfen. Sie werden am 1. September im Haag zusammentreten. Der Urteilspruch wird innerhalb von sechs Monaten erfolgen. Die Mächte, welche sich einer Bevorzugung widersetzen, werden in die Verhandlung eingeleitet können.

Afrika.

Die **Blancfontainer Zollkonvention** ist heute, wie telegraphisch gemeldet wird, den Parlamenten sämtlicher südafrikanischen Kolonien zur Ratifikation eingebracht worden. Unter den in der Konvention vorgesehenen Zolltarifen sind folgende hervorzuheben: Der Zoll auf Bier soll 18 Pence für die Gallone plus 10 Prozent vom Werte betragen. Die bestehenden festen Wamtwenczölle bleiben unverändert mit Ausnahme der Zölle auf Spirituosen von mehr als 3 Proz. proof, welche um einen Schilling für die Gallone erhöht werden; außerdem wird von allem Branntwein ein Wertzoll von 1 Proz. erhoben. Die übrigen Tarifsätze zeigen nur eine geringe Erhöhung oder Herabsetzung gegenüber dem jetzigen Zustand. Eine besondere Liste führt eine Reihe von Waren auf, welche, wenn sie außerhalb des Vereinigten Königreichs hergestellt sind, einen Wertzoll von 2½ Prozent entrichten sollen;

darunter befinden sich hauptsächlich Maschinen und Materialien zum Bau von Eisenbahnen, Straßenbahnen und Telegraphen. In dem ausgedehnten Verzeichnis zollfreier Waren sind landwirtschaftliche Geräte, Maschinen usw. enthalten. Von Waren, die im Tarif nicht besonders aufgeführt sind, wird ein zehnprozentiger Zoll erhoben.

Gewerkschaftliches.

Von sozialdemokratischem Terrorismus

Wußte die „Germania“ vor einigen Tagen wieder etwas zu erzählen. Ein christlich organisierter Maurer A. Sch., der bei der Firma Bitterhof arbeitete, soll von seinen Mitarbeitern, die dem Centralverband der Maurer angehören, gedrängt worden sein, diesem Verbands beizutreten, und weil er das nicht that, sollen die Verbandsmitglieder die Entlassung des christlichen Maurers gefordert und auch durchgesetzt haben. Ein Verbandsmitglied Vok soll sogar gesagt haben, Panzer, der Vorsitzende des Berliner Zweigvereins des Maurerverbandes, habe die Weisung erteilt, das mit Sch. an derselben Arbeit beschäftigte Verbandsmitglied solle das Zusammenarbeiten mit Sch. verhindern, und wenn dieser nicht damit einverstanden sei, dann sollten alle Verbandsmitglieder die Arbeit niederlegen, um den Christlichen zu verdrängen.

Wir haben die hiesige Verbandsleitung der Maurer um Auskunft in der vorstehenden Angelegenheit ersucht. Panzer, der von der „Germania“ der Anführung zur Entlassung des christlichen Maurers beschuldigt wird, ist erst jetzt von einer Reise zurückgekehrt. Er sendet uns jedoch eine ausführliche Darstellung des Falles, aus der wir sehen, daß die „Germania“ in ihrem blinden Haß gegen die hiesigen Arbeiterbewegung wieder einmal eine bodenlose Unwahrheit verbreitet hat. Nach Panzers Darstellung verhält sich die Angelegenheit so:

Etwa zehn Wochen haben die Verbandsmitglieder mit dem christlichen Maurer zusammengearbeitet, und es ist ihnen gar nicht in den Sinn gekommen, denselben wegen seiner Religion oder seiner Zugehörigkeit zur christlichen Organisation irgendwie zu belästigen. Allerdings verurteilten die Verbandsmitglieder ihren christlichen Kollegen durch das Mittel der Ueberredung für den Verband zu gewinnen. Sch. gab sich den Anschein, als ob er der Ueberredung zugänglich wäre. Er versprach, dem Verbands beizutreten, wenn er sich erst eines Kaffierpostens, den er in seiner Organisation besaß, entledigt haben würde. Ja, der Sch. beteiligte sich sogar durch Arbeitsruhe an der Kaffierfeier und besuchte die Kaffierversammlung des Verbandes. Bei dieser Gelegenheit hat er sich nun — es kann nur durch eine solche Vorpiegelung geschehen sein — in den Besitz einer Karte gesetzt, die den Verbandsmitgliedern als Ausweis für ihre Beteiligung an der Kaffierfeier dient. Diese Karte ist und geblieben doch auch in der Handlung gab den ersten Anstoß zu Differenzen zwischen Sch. und den mit ihm zusammenarbeitenden Verbandsmitgliedern. Dies Verhältnis wurde noch verschärft, als Sch. sein Versprechen, dem Verbands beizutreten, zurückzog, sich so als Heuchler entpuppte, und gleichzeitig in herausfordernder Weise gegen seine Kollegen vom Verbands auftrat. Nachdem sich das Verhältnis so zugespitzt hatte, glaubten die Verbandsmitglieder, mit Sch. nicht mehr zusammenarbeiten zu können, aber nicht, weil sie an seiner Christlichkeit, sondern weil sie an seinem unlauteren Verhalten Anstoß nahmen. Die Verbandsmitglieder erklärten dem Arbeitgeber, sie würden Feiertag machen, der Polizei aber entließ den Sch.

Gänzlich unwahr ist die Behauptung, Panzer habe zur Verdrängung des Sch. beziehungsweise zur Verweigerung des Zusammenarbeitens mit ihm geraten. Ganz entschieden stellt Vok in Abrede, daß er eine dergleichen Behauptung ausgesprochen habe. — Am Schluß seiner Darstellung schreibt Genosse Panzer:

Bestimmte sei an dieser Stelle, daß die Verbandsleitung diese Angelegenheit erst durch die „Germania“ erfahren hat und in keiner Weise wegen der Sache mit den Kollegen des Vokes vorher in Verbindung getreten ist, noch viel weniger den Betreffenden eine Anweisung in diesem Sinne gegeben hat. Wir sehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es zu verurteilen ist, wenn unsere Mitglieder wegen der Angehörigkeit zu einer anderen Organisation die Entlassung des Betreffenden fordern, meinen aber auch, daß die Leitung der christlichen Organisation schon tief herabgelassen sein muß, wenn sie, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Verbandsleitung über den Vorfall zu informieren, derartige Behauptungen, die jeder Grundlage entbehren, in die Presse bringt, um den verhassten Gewerkschaftsverbänden eins auszuweisen.

Berlin und Umgegend.

Die Lage des Ausstandes bei der Nähmaschinen-Fabrikgesellschaft Singer u. Co., Leipzigerstr. 92, hat sich dadurch verschlechtert, daß es der Firma gelungen ist, früher entlassene Kaffierer und genügend Erfahrungspersonal heranzuziehen. — 28 meist verheiratete Kollegen sind ausgeperrt. — Wir ersuchen die Arbeiterschaft, diese unter den schwierigsten Verhältnissen mutig ausdauernden Kollegen zu unterstützen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. Bezirk Berlin.

Warnung für Pauer. In Nr. 127 des „Vorwärts“ vom Donnerstag, den 4. Juni, werden in einer Rubrik des Arbeitsmarktes Innenpauer nach alberhalb gesucht. Wir machen darauf aufmerksam, daß in Ebing, wo dieselben hingefandt werden sollen, Differenzen bestehen. Die Kollegen würden sich selbst schwer schädigen, wenn sie sich verlocken lassen, dort hinzuzureisen, indem sie das Heisgeld aus eigener Tasche zahlen oder dort als Streikbrecher arbeiten müßten.

Centralverband der Maurer (Sektion Pauer).

Stultateure. Wie aus der Annonce zu ersehen ist, sind alle Kollegen zu ihren zahllosen Zusammenkünften auf Montagabend 8 Uhr eingeladen. Es gilt dortselbst die Kollegen aufzuklären über den Wahlmodus der Proportionalwahl auf Listen.

Es ist das erste Mal, daß innerhalb eines Vertriebs unter verschiedenen Organisationen zur Bezeichnung einer öffentlichen Kommission diese Proportionalwahl vorgenommen wird, und müssen wir nun zeigen, daß jeder Kollege sich seiner Organisationspflicht bewußt ist, daß ein jeder in der Versammlung persönlich zu erscheinen hat, um auf die nächsten zwei Jahre Vertreter zu wählen, welche die Interessen der Allgemeinheit zu wahren haben.

Diese Versammlung findet am Mittwoch, den 10. d. M., abends 8 Uhr pünktlich, im großen Saale des Central-Arbeitsnachweises, Gornmannstr. 13, statt. Annoncen am Dienstag und Mittwoch werden die Stultateure des näheren mit der Tagesordnung bekannt machen, und erwarten wir von jedem Berliner Stultateur, daß er in dieser so hochwichtigen Gewerkschafts-Versammlung erscheint und der Liste seine Stimme gibt, welche von Seiten der Filiale Berlin des Centralverbandes der Stultateure Deutschlands aufgestellt worden ist. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Unternehmer und Polizei gegen die Arbeiterorganisation. Den in den Hiegeleien und Schneidmühlen bei Oberberg in der Mark beschäftigten Arbeitern wird in der unverschämtesten Weise seitens der Unternehmer das Koalitionsrecht geraubt. Man verlangt unter der Drohung mit Entlassung, daß die Arbeiter aus ihrer Organisation austreten, und damit die Unternehmer ihr verwerfliches Ziel umso sicherer erreichen, legen sie den Arbeitern gedruckte Austrittserklärungen vor, die mit unterzeichnet werden brauchen, was auch infolge der Drohung mit der Hungerpeitsche häufig geschieht, worauf dann der betreffende Unternehmer die Austrittserklärung an die zuständige Organisation schickt. Die in solcher Weise erzwungenen Austrittserklärungen sind nun, wie wir der „Einigkeit“ entnehmen, von den Arbeiterorganisationen nicht immer ernst genommen worden. Die Organisationsleiter nahmen vielmehr an, daß die wider Willen

abgegebenen Austrittserklärungen keine Gültigkeit hätten und daß die Betroffenen auch ferner Mitglied bleiben würden. Aus diesem Grunde unterließ auch die Abmeldung der Mitglieder bei der Polizei. Die Polizei waltet ja immer mit großer Gewissenhaftigkeit ihres Amtes, wenn ein so fürchterliches Verbrechen die heilige rechtliche Ordnung stört, wie es das Unterlassen der Mitteilung vom Austritt einiger Mitglieder aus einer Arbeiterorganisation ist. Im Gegensatz zu den Leitern der betreffenden Organisationen nahmen die Polizei die erzwungenen Austrittserklärungen sehr ernst und bedachte die Leiter der Organisation mit Strafmandaten wegen der nicht erfolgten Abmeldung ausgeschiedener Mitglieder. Woher die Polizei wissen mag, daß für bestimmte Arbeiter Austrittserklärungen erfolgt sind? Nun, dem scharfen Auge der Polizei bleibt wohl mancher schwerverbreitete Verdränger, selten aber die geringfügigste Ueberletzung, welche mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt. Wenn nun eine solche Ueberletzung entdeckt wird, muß sie natürlich auch geahndet werden. — Unbillige Leute könnten natürlich glauben, die Polizei leiste den Unternehmern Hilfe bei der Vergewaltigung der Arbeiter und der Unterdrückung des Koalitionsrechts.

Ausland.

Die Oesterreichslofer in Wien haben 15 Wochen gestreikt und jetzt ihren Lohnkampf freigeigelt beendet. In der Hauptsache sind ihre Forderungen bewilligt. Die Arbeiter haben erreicht: Die neunwöchentliche Arbeitszeit, einen Mindestlohn von 18 Kronen wöchentlich, Bezahlung der Feiertage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, und andre.

Wahlversammlungen.

Lüge und Verleumdung als Mittel unserer Gegner im Wahlkampf lautete das Thema einer Wahlerversammlung im fünften Wahlkreis, die am Freitagabend den politisch abgeperrten Wiesenaal der Dreierlei Friedrichshain bis auf den letzten Platz füllte. Wenn man über die Lügen der Gegner sprechen will, so fängt der Referent Dr. K. Liebnicht an, so weit man allerdings nicht, wo man beginnen soll. Immerhin aber ließen sich zwei Arten Wahllügen unterscheiden: freisinnige und konservative bzw. antisemitische; erstere stammen zumeist aus der Feder Eugen Richters, letztere tragen den Stempel Max Pauer. Freisinnige Lüge ist dabei auch vor, daß der eine Gegner den andern totschlage, so namentlich bei der beiden Vagern gemeinsamen Lüge von der angeblichen Mittelstandsfeindschaft der Sozialdemokratie. Aber auch bei der Feilung des Mittelstandes geraten sich die bürgerlichen Gegner in die Haare. Und während der eine beweist, daß es mit dem Mittelstande unrettbar bergab geht, beweist der andre, wie der faulste Bürger-Fränkler in seiner Eigenliebe, daß sich der Mittelstand in einer geradezu glänzenden Aufwärtsbewegung befindet. Der einzige Fehler, den man der Sozialdemokratie gegenüber dem Mittelstande zum Vorwurf machen könnte, sei ihre Ehrlichkeit. Unter wiederholten, fürkühnen Weisfalschungen geht der Redner weiter mit all den andern Wahllügen der bürgerlichen Parteien ins Gericht, so die angebliche Zerstückung der Religion durch die Sozialdemokratie, das angeblich mittelstandsfeindliche Verhalten der Sozialdemokratie bei der Bekämpfung der Waisenhäuser etc. Verschleierung unseres Endzieles, das Teilen mit dem man nach einem Zwischenschritt sogar in Berlin die Wähler noch geistig machen zu können sich einbildet. Allerdings, und das gilt nicht zum wenigsten für die freisinnige Volkspartei, wenn sie nicht lügen könnten, dann hätten die Gegner den Wählern überhaupt nichts zu sagen. Eingehend beleuchtet der Redner dann noch den ganzen freisinnigen Verdrängungs-Zyklus hinsichtlich der Zolltarifverhandlungen und das Märchen von der Bedrohung des Wahlrechts infolge des Verhaltens der Sozialdemokratie. Selbst Eugen Richters Parteigänger glauben nicht an das, was ihr geistiger Führer sagt. Alle Lügen unserer Gegner aber müssen bei energischer Führung des Wahlkampfes bewirken, daß der fünfte Kreis der Sozialdemokratie zurückerobert wird. Minutenlang rauschender Beifall befehdete das Einverständnis der vieltausendköpfigen Menge mit den Ausführungen des Referenten. Sodann ging der Kandidat, Robert Schmidt, ebenfalls mit herzlichem Beifall begrüßt, noch eingehend mit den Lügen der freisinnigen Volkspartei ins Gericht, deren Parole auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sich dahin zusammenfassen lasse: Nur kein Geräusch machen! — In eindringlichen Worten ermahnte Schmidt die Wähler, am 16. Juni die Scharte auszuweichen, die der Kreis in der letzten Wahl erlitten habe. In der Diskussion stellte ein freisinniger Herr Wendelsohn die Geduld der Tausende von Parteigenossen und Genossinnen auf eine harte Probe. Derselbe betrie, daß er den Sozialistenpiegel und sonstige freisinnige Wahllügen gut auswendig gelernt hatte. Die Genossen Piepmann und Liebnicht leuchteten dem Herrn gründlich heim. Erst nach Mitternacht erreichte die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Mariendorf und Umgegend. In der am 3. Juni bei Adel in Tempelhof stattgefundenen Vereinsversammlung, welche sehr stark besucht war, sprach Genosse Jubel. Derselbe legte in zweistündigem Vortrage dar, in welcher Weise die gegnerischen Parteien in der letzten Legislaturperiode gewirtschaftet und was sie alles dem Volke angeduldet haben. Reicher und lebhafter Beifall wurde dem Redner zu teil. Mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie und auf den Genossen Jubel schloß die Versammlung.

Waldmannstr. Am 3. Juni fand im Bergschloß-Restaurant eine gut besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Arthur Stadthagen über: „Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen“ referierte. Mit aufmerksamem Interesse folgten die Versammelten seinem Vortrage. Unter anderem kennzeichnete der Redner ein konservatives Flugblatt, welches, wie immer, von Lügen froh. Nach dem 2 1/2 stündigen Vortrage forderte der Vorsitzende die Gegner auf, sich zum Worte zu melden, sie hatten aber nicht den Mut dazu.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlparole für Männer-Gesangsvereine.

Frankfurt a. M., 6. Juni. (W. Z. B.) Die Ansprache Wilhelm II. an die Dirigenten der Gesangsvereine enthielt nach dem offiziellen Wortlaut folgende Hauptstellen:

Die Absicht, die bei diesem Gesangstreffpunkt vorgelegen hat, war die, daß durch ihr der Volksgesang, die Pflege des Volksliedes gehoben und gestärkt und in weite Kreise verbreitet werden soll. Nun haben die Herren Kompositionen gewählet, die von unsemern alten deutschen, bekannten, guten Volksliedern und Volkstonen wesentlich entfernt lagen. Sie haben Ihren Chören kolossale Aufgaben gestellt; sie sind zum Teil geradezu bewundernswürdig gelöst worden, und ich muß sagen, es hat uns alle in Erstaunen gesetzt und ergriffen, daß hier Hunderte von Männern, die vielleicht am Tage acht bis zwölf Stunden in schwerer Arbeit, in ungemüßiger Temperatur, umgeben von Staub und Rauch gearbeitet haben, in der Lage gewesen sind, durch eifriges Studium und selbstlose Hingabe an die Arbeit so schwere Aufgaben zu übernehmen, wie wir sie hier gehört haben. Ich möchte dringend davor warnen, daß Sie nicht etwa auf den Weg treten, es pöhlhannonijschen Chören gleichzutun. Meine Ansicht ist, der Männer-Gesangsverein ist dazu nicht da, er soll das Volkslied pflegen. Von den Kompositionen, die unsern Herzen nahe stehen, ist merkwürdig wenig gesungen worden, sechs bis siebenmal Hegar, achtmal Brambach. Ich kann Ihnen offen gestehen, wenn man diese Meister öfter hintereinander hört, dann würde man jeden Verein mit Dank und Jubel begrüßen, der nur einmal: „Wer hat Dich, Du schöner Wald“ oder „Ich hatt' einen Kameraden“ oder „Es zogen drei Burschen“ gesungen hätte. Diese Kompositionen sind außerordentlich wertvoll für die Ausbildung der Technik. Es ist

als ob ein besonderes hohes Sprunggefäß aufgestellt würde; aber es mangelt Hegar und Brambach zu sehr an Melodie. Zudem komponieren die Herren Texte, die etwas lang sind. Ich bin im allgemeinen sehr dankbar, daß so patriotische und schöne Texte gewählet wurden, die von alten Kaisersagen und großer Sorgfalt handeln. Ich glaube aber, daß zum Teil die Kompositionen den Texten nicht gerecht werden. Es soll meines Erachtens ein Chor aus schönen Männerstimmen nicht durch Kompositionen dahin gebracht werden, daß er Tommalerei treibt und eine ordnermäßige Instrumentation nachmacht. Tommalerei des Orchesters ist schon nicht immer angenehm, mit Männerstimmen noch bedenklicher. Die Länge ermüdet, weil die Tonlage eines Männerchores immerhin beschränkt ist und auf die Dauer zu gleichmäßig wirkt. Ich warne auch davor, nicht zu lyrisch zu werden, ich glaube, daß auch im Preischor die Lyrik zu sehr obwaltet. Die Herren werden gemerkt haben, daß die Chöre, die etwas mehr Energisches und Männliches zeigten, beim Publikum mehr Beifall gefunden haben. Die Sentimentalität, die in jeder deutschen Seele ruht, soll in poetischen Schöpfungen auch zum Ausdruck kommen, aber da, wo es sich um Balladen und Dramenhandlungen handelt, muß der Männerchor energisch zur Geltung kommen, am besten in einfachen Kompositionen. Es wird vielleicht den Herren interessant sein, daß fast zwei Drittel aller Vereine zu hoch eingesetzt und zum Teil um einen halben, dreiviertel, einer sogar um einen fünfviertel Ton zu hoch gestimmt haben. Deshalb haben ihnen die gewöhnlichen Aufgaben zum Teil selber geschadet. Es war eine Freude, wenn einmal ein Verein so tief eingesetzt, daß man das Gefühl hatte, er hat noch Reserve übrig.

Die Wahl der Chöre werde ich in Zukunft dadurch entsprechender zu gestalten versuchen, daß ich eine Sammlung veranstalten werde sämtlicher (27) Volkslieder, die in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz geschrieben, gesungen und bekannt sind, gleichgültig, ob der Komponist bekannt ist oder nicht. Sie wird katalogisiert werden, und ich werde dafür Sorge tragen, daß sie allen Vereinen billig und einfach zugänglich sein kann, dann werden wir in der Lage sein, aus diesem Kreise wieder zu suchen, die wir brauchen. Wir sind hier am Rhein und nicht ein einziger Verein hat die „Drei Burschen“ gesungen oder „Joachim Hans von Bieten“ und „Friedrichs rex“. Wir sind hier in Frankfurt und kein einziger hat Kallitvoda gewählet. Wir haben Wendelsohn, Veetshoven, Abt, von ihnen ist nichts erlunken. Diermit ist nur wohl der modernen Komposition genug gethan. Sie haben sich Aufgaben gestellt — ich nehme auch das Preislied nicht aus, ich selbst halte es an einzelnen Stellen für viel zu schwer; ich glaube, daß wir sie in vieler Beziehung vereinfachen können. Ich habe Gelegenheit genommen, mit den Preisrichtern darüber zu sprechen. Die Herren haben ihren Gedankenaustausch in einem Promemoria zu Papier gebracht, das den Vereinen zugänglich gemacht werden wird. Mein Kabinetsrat v. Lucanus wird es den Herren vorlesen.

Nach der Verlesung des Promemoria fuhr der Kaiser fort: Meine Herren! Ich erwarte von Ihnen, daß Sie möglichst dieser Ansicht und diesen meinen Ratschlägen entsprechen werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß dann auch die Sänger selber noch mehr Freude an der Einübung haben. Ich glaube, daß da, wo die Noten erst eingelebt werden müßten, eine geradezu physische Anstrengung nötig gewesen ist, um das zu erreichen, was Sie erreicht haben, zumal bei den Mitgliedern, die in Jahren arbeiten. Ich habe die Listen durchgesehen; es ist erfreulich, wie viele vom Hammer und vom Ambos, von der Schmieße hergekommen sind, um hier zu singen, aber es muß schloßlose Nächte gekostet haben. Wenn wir auf einfachen Gesang kommen, dann sind Sie in der Lage, mit den rein künstlerischen Vereinen zu konkurrieren, deren Mitglieder tagüber in einer Atmosphäre leben, die besser und freier ist, was doch auf die Stimmorgane sehr einwirkt. Sonst kann ich nur sagen, daß wir zum Teil geradezu ganz hervorragendes Material gehört haben, auch abgesehen von Vereinen, die auch unter Ihnen als hervorragend anerkannt sind, instrumental glodenartige Effekte! Unzweifelhaft ist, daß ein hoher Grad von musikalischer Begabung in der Bevölkerung liegt, der aber in einfachen, klaren Harmonien sich zu zeigen Gelegenheit haben muß. Wenn Sie diese einfachen schönen Chöre, wie sie das Volkslied und die Komponisten darbieten, die ich genannt habe, singen, so werden Sie selber Freude haben und weniger Schwierigkeiten und gleichzeitig werden Sie das Publikum, das zum Teil aus Fremden besteht, besser mit unfremd Volkslied bekannt machen; Sie werden mit dem Volksliede den Patriotismus stärken und damit das allgemeine Band, das alle umschließen soll. Ich danke Ihnen.

Das „Promemoria“, in dem Herr v. Lucanus den modernen Chorgesang verabschiedete, äußert sich sehr scharf:

Die geübte und geläufigste Art, wie sie in einer Reihe der gehörten Chöre sich zeigte, die Manie, jede noch so unbedeutende Gelegenheit zu Tommalerei auszunutzen, das Fahren nach aussergewöhnlicher Harmonie ersuchen und geradezu als eine krankhafte effekthascherische Art der Komposition, die infolge dieser Anlage an Stelle großzügiger Einheit ein Mosaik von oft interessantem, fast nie aber spätem Detail bildet. Ein solches, die Hauptbedingungen des Kunstwerkes verachtendes Gebahren aber bildet eine ernste Gefahr für die Zukunft dieses so bedeutsamen Kunstzweiges.

Hilfe dagegen ist nur möglich durch Zurückgehen zu natürlicher Einfachheit, zu gesundem Empfinden und Urteilen der wahren Zwecke dieser Kunst, von einem Abweichen von aller Annatur und Künstlichkeit. Es wird notwendig sein, daß in Zukunft vor allem auch als Preischor nur ein solches Stück gewählet werde, welche infolge Beobachtung dieser einfachen ästhetischen Grundregeln als Kunstwerk anerkannt werden kann.

Wir halten es für unsere Pflicht, Seine Majestät zu bitten, diese Bestrebungen durch sein allergnädigstes Wohlwollen zu unterstützen und die Dirigenten der Vereine zu ermahnen, durch Enttönnung und Streben nach künstlerischer Wahrheit vor allem unserer Kunst wirksam zu dienen.

Frankfurt a. M., 6. Juni. In dem Sänger-Wettkampf erhielt den ersten Preis (Kaiserpreis) der Berliner Lehrer-Gesangsverein, zweite Preise erhielten der Kölner Männer-Gesangsverein, der Sängerschor des Offenbacher Turnvereins und die Berliner Liedertafel.

Diplomatische über Risikinos.

London, 6. Juni. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Washington gemeldet, Staatssekretäre Hay werde heute mit dem Präsidenten Roosevelt eine Besprechung über die Fragen betreffend die Räumung der Handelsree und die Granel in Risikinos haben. Die Lage der Regierung wird als schwierig hingestellt wegen der fortgesetzten Volkstanzbedingungen gegen die russische Regierung, welche, wie es heißt, bei letzterer angesichts der von ihr bereits abgegebenen Versicherungen befremdet haben. Der russische Volschafter, Graf Cassini, und der amerikanische Volschafter in Petersburg, Dr. Cornick, würden den Präsidenten Roosevelt in einigen Tagen besuchen und sich bemühen, eine offene Verständigung zwischen den beiden Regierungen herbeizuführen.

Kiel, 6. Juni. (W. Z. B.) Gegen das in Sachen des Matrosen Koller-Smidt gefällte Urteil ist sowohl von dem Gerichtsherrn wie von dem Angeklagten Berufung eingelegt.

Bremen, 6. Juni. (W. Z. B.) Der Zustand der Kleinpergesellen ist heute nachmittag in einer Sitzung der aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehenden Schlichtungskommission endgültig beigelegt worden. Die Kleinpergesellen nehmen am Montag die Arbeit wieder auf.

München, 6. Juni. (W. Z. B.) Reichsrat Graf Konrad Prehsing ist heute nachmittag gestorben.

Christiansia, 6. Juni. (W. Z. B.) Wie die Blätter melden, haben Kriegsminister Slang und Adrehammister Kottow ih. Entlassungsgesuch bereits eingereicht.

Die Handelsverträge und der Zolltarif.

Die Socialdemokratie steht dem neuen Zolltarif mit seinen Minimalzöllen unverzüglich gegenüber. Das verdrängt die liberalen Parteien, die darin eine Gefährdung der zu erwartenden Handelsverträge erblicken. Sie haben daher mit Begeisterung eine Erklärung...

Sie kann um so entschiedener bei der einmal eingenommenen Stellung beharren, als der Gegensatz zwischen der socialdemokratischen und der liberalen Auffassung nicht bloß ein taktischer ist, sondern auch ein prinzipieller. Er beruht in der Verschiedenartigkeit der Interessen, die für das Kapital und das Proletariat bei den Handelsverträgen in Frage kommen.

Die Notwendigkeit von Handelsverträgen beruht auf der Notwendigkeit, dem Export ins Ausland die Bahn frei zu halten. Daraus entspringt aber die Notwendigkeit des Exports? Die bürgerlichen Theoretiker kommen uns gewöhnlich mit malthusianischen Beweisgründen. Deutschlands Bevölkerung wachse zu rasch, seine Lebensmittelproduktion reiche nicht mehr aus, man müsse daher Lebensmittel vom Ausland beziehen, die man aber nur kaufen könne, wenn man Industrieprodukte exportiere. Unsere Kapitalisten gebenden sich so, als exportierten sie nur, um das arme, hungernde Volk ausreichend ernähren zu können.

So steht jedoch die Sache nicht. Wir finden den Drang zur Steigerung des Exports in jedem kapitalistischen Lande, nicht bloß in Deutschland. Wir finden ihn in Frankreich, dessen Bevölkerung still steht; wir finden ihn in Amerika, das Lebensmittel ausführt. Und in Deutschland genügt das Wachstum der Bevölkerung noch nicht den Bedürfnissen der Produktion. Die Einwanderung steigt, die Zahl der Ausländer im Deutschen Reich vermehrte sich 1871 bis 1900 von 207 000 auf 780 000.

Nicht durch das Anwachsen der Bevölkerung wird das stete Wachstum des Exports notwendig, sondern durch das Anwachsen der kapitalistischen Ausbeutung der Bevölkerung. Der Mehrwert, der Ueberschuß, den die arbeitenden Klassen über ihren Konsum hinaus produzieren, wächst rapid; dieser Mehrwert nimmt aber nur zu einem kleinen Teil Formen an, in denen ihn die einheimische Kapitalistenklasse konsumieren vermag. Ueberflüssig muß er den Kapitalisten nichts. Soll er Absatz finden, verkauft werden, so muß er ins Ausland wandern. Wachstum der Profitmasse und Wachstum der Exportmasse gehen Hand in Hand.

Die Zunahme der Einfuhr von Lebensmitteln ist dagegen nicht die Ursache, sondern die Folge der Zunahme des Exports.

Das Kapital wirt sich mit Vorliebe auf die profitabelsten Erwerbszweige; zu denen gehört aber die Landwirtschaft nicht, in der Extraprofite von der Grundrente aufgefressen werden. Die Produktivkraft der Landwirtschaft entwickelt sich daher in der kapitalistischen Gesellschaft nur langsam, so daß sie nicht im Stande ist, mit der wachsenden Bevölkerung Schritt zu halten. Das Zurückbleiben der Landwirtschaft entspringt nicht natürlichen Gründen, nicht einem natürlichen Unvermögen des Bodens, die gewachsene Bevölkerung zu ernähren; die Landwirtschaft Deutschlands wäre sehr wohl in der Lage, Lebensmittel in Fülle für die ganze heutige Volkszahl und noch weit mehr zu erzeugen, wenn sie überall mit den vollkommensten Werkzeugen und Methoden betrieben würde. Es ist ihre in sozialen Verhältnissen, vor allem in der Belastung durch die Grundrente begründete ökonomische Rückständigkeit, die sie unfähig macht, unter der kapitalistischen Produktionsweise in einem kapitalistisch entwickelten Industriestaat die Bevölkerung ausreichend zu ernähren.

Die Notwendigkeit des Exports von Industrieprodukten und des Imports von Lebensmitteln in einem kapitalistischen Industriestaat beruht also in letzter Linie nicht auf einer natürlichen, sondern einer gesellschaftlichen Ursache; nicht auf der Zunahme der Bevölkerung, sondern auf der des Kapitals.

Haben wir es aber nicht mit einer natürlichen, sondern mit einer gesellschaftlichen Notwendigkeit zu thun, so folgt daraus schon, da wir in einer Gesellschaft von Klassengegenständen leben, daß die einzelnen Klassen der Gesellschaft nicht alle diese Notwendigkeit in gleichem Maße und in gleicher Weise empfinden. Das wirkt auch auf ihre Stellung zu den Handelsverträgen zurück.

Ebenso wie die langsame Zunahme der Lebensmittelproduktion entspringt aber auch die rasche Zunahme der Bevölkerung in einem fortschreitenden kapitalistischen Staate ökonomischen Ursachen. Der Proletariat wird früher ökonomisch selbständig als der Handwerker oder Bauer (in einem Lande, wo aller Grund und Boden besetzt ist). Er kann früher heiraten als etwa der Handwerker, der warten mußte, bis er Meister wurde, oder Bauernsohn, der eine Frau erst dann heirathen konnte, wenn der Vater sich aus Alterszeit gesetzt. Schon das bewirkt, daß in einem kapitalistischen Industriestaat die Bevölkerung rascher wächst als in einem auf dem Kleinbetrieb beruhenden Gemeinwesen, in dem kein Boden mehr frei ist. Aber oft genügt nicht einmal diese Zunahme dem Bedürfnis des rasch anwachsenden Kapitals nach Ausdehnung seines Ausbeutungsbereichs. Da die natürliche Volkszunahme nicht genügt, zieht das Kapital daher noch Arbeitskräfte aus dem Ausland heran.

So kommt es, daß in einem kapitalistischen Industriestaat oft die Volkszahl schneller zunimmt, als die Menge der im Lande produzierten Lebensmittel, und das Defizit durch die Einfuhr aus agrarischen Staaten gedeckt werden muß.

Handelsverträge eines Landes haben die Aufgabe, seinen Export unabhängig zu machen von den Schwankungen und Wechselfällen der Verkehrsverhältnisse des Auslandes. Weit vollkommener als durch Handelsverträge würde dieses Ziel erreicht durch den Freihandel. Aber die heute machthabenden Klassen entfernen sich immer mehr von diesem, selbst in England spricht man heute offener und entschiedener von seiner Ueberwindung, als man es je seit 50 Jahren gewagt; Handelsverträge sind unter den bestehenden Machtverhältnissen das einzige Mittel, um in den Zollwahnwitz doch einigen Sinn zu bringen und die Interessenskämpfe der nationalen Ausbeuterverbände wenigstens einigermaßen in zivilisierte Regeln einzuzwängen.

So lange das heutige Regime dauert, haben nicht bloß die Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter ein Interesse an Handelsverträgen. Aber sie haben nicht beide das gleiche Interesse daran.

Für die Kapitalisten ist der Export die Hauptsache; hier kommt ihr stärkstes Interesse, der Profit, direkt in Frage. Bei einem Handelsvertrage handelt es sich für sie daher in erster Linie darum, ihm eine solche Gestalt zu geben, die ihnen günstige Bedingungen für den Export sichert.

Dagegen sind sie nur indirekt dabei interessiert, ob ein Handelsvertrag auch günstige Bedingungen für den Import von Lebensmitteln festsetzt — vom Import von Rohstoffen gehen wir hier ab, um die Unterordnung nicht zu komplizieren; auch handelt es sich im Augenblick ja nicht um die Haltung zu den Rohstoffen, sondern nur zu den Lebensmittelmitteln. Ganz uninteressiert an den Lebensmittelmitteln sind die Kapitalisten freilich nicht. Allzu hohe Zölle dieser Art gefährden einmal den Abschluß

von Handelsverträgen mit Agrarstaaten, welche die besten Abnehmer des industriellen Exports sind; sie bringen aber auch die Möglichkeit von Lohnerhöhungen mit sich, und davon sind die Kapitalisten bekanntlich keine Freunde. Wenn jedoch die Wahrscheinlichkeit besteht, auch bei hohen Lebensmittelpreisen Handelsverträge zu erhalten und die Kosten der durch diese Zölle verteuerten Lebenshaltung den Arbeitern aufzuhalten, das heißt, ihre erhöhten Lohnforderungen zurückzuweisen, dann hat die Kapitalistenklasse keine Bedenken gegen solche Handelsverträge. Der Profit ist gerettet, und das ist die Hauptsache.

Anderes ist die Situation des Proletariats. Sein nächstes Interesse ist nicht der Profit, sondern der Arbeitslohn, und zwar ist für den Arbeiter entscheidend nicht die Höhe des Geldlohnes, sondern die des Reallohnes, das heißt, die Menge von Produkten, die er für den Betrag des Geldlohnes kaufen kann. Die Höhe des Reallohnes wird also nicht bloß durch die Größe des Geldlohnes bestimmt, sondern auch durch den Preis der Waren, die in den Konsum des Arbeiters eingehen. Der Geldlohn wechselt keineswegs in notwendigerweise demselben Verhältnis, wie diese Warenpreise; er ist im allgemeinen stabiler, steigt nicht so leicht, wie sie; ihr Sinken drückt ihn aber auch nicht so leicht herab. Der Arbeiter hat also ein großes Interesse an billigen Preisen seiner Konsumtionsmittel, namentlich der Lebensmittel. Daher seine Abneigung gegen alle indirekten Steuern, auch gegen die Lebensmittelmittelzölle, die den Import seiner Lebensmittel erschweren und sie verteuern.

Nicht als ob er die auswärtigen Lebensmittel den inländischen vorzöge. Die deutschen Arbeiter haben nicht das geringste Verlangen danach, die deutschen Landwirte durch amerikanische oder russische Einfuhren zu bedrängen. Sie würden es lieber sehen, könnten sie die Billigkeit der Lebensmittel durch wachsende Produktivität der deutschen Landwirtschaft erlangen. Aber darauf ist unter dem kapitalistischen Regime nicht zu rechnen. So lange der Grund und Boden nicht gesellschaftliches Eigentum ist, ist seine Benutzung an den Grundeigentümer oder Hypothekengläubiger ein Tribut entrichtet werden muß und so lange die Gesellschaft nicht selbst dafür sorgt, daß dem Landbau die besten Arbeitsmittel und wissenschaftlich geistige Kräfte zugeführt werden, das heißt also, so lange die kapitalistische Wirtschaft herrscht, wird der Boden Deutschlands nicht ausreichen, seine anwachsende Bevölkerung zu ernähren. So lange werden die Arbeiter die nötige Billigkeit ihrer Lebensmittel nicht erlangen oder behaupten können, wenn nicht deren Einfuhr eine ungehinderte ist.

Am freieren oder mindestens wenig besetzten Import von Lebensmitteln haben sie das lebhafteste und direkteste Interesse, dagegen nur ein indirektes am Export. Wenn allgemein die Löhne steigen und die Profite heruntergehen, könnte der Konsum im Inland steigen und der Ueberschuß an zu exportierenden Waren abnehmen, also der Export zurückgehen, ohne daß die Produktion und der gesellschaftliche Wohlstand im geringsten beeinträchtigt würden. Der letztere würde sich sogar heben. Die Haltung der Arbeiterklasse gegenüber dem Export ist eine ähnliche wie gegenüber dem Profit. Sie ist an ihm nur insoweit interessiert, als er ein Mittel bildet, den Produktionsprozess in ununterbrochenem Gange zu halten.

Proletariat und Kapitalisten haben also ein Interesse an ungehindertem Export und Import, das heißt bei der heutigen Situation, an Handelsverträgen. Aber für den Kapitalisten steht das Interesse am Export, für den Proletariat das am Import in erster Linie. Ist der Kapitalist geneigt, etwaige Widerstände gegen Handelsverträge durch Preisgebung des ungehinderten oder wenig gehinderten Imports von Lebensmitteln zu überwinden, so muß das Proletariat sich mit allen Kräften dagegen wehren, daß nicht Gegner der Exportinteressen unter den Nachhabern durch Erleichterung des Imports von Lebensmitteln für Handelsverträge gelauft werden, denn das hieße nichts anderes, als daß alle Klassen der Handelsverträge einzig den arbeitenden Klassen aufgebürdet würden, indes deren Vorteile einzig den ausbeutenden Klasse zu gute kämen.

Gegen eine derartige Handelsvertragspolitik muß sich die Socialdemokratie auf das entschiedenste wenden. Die Erklärung der Faktion war daher theoretisch sehr wohl begründet.

Aber ist sie nicht praktisch gefährlich? Seht sie nicht um eines proletarischen Sonder- und Augenblicksinteresses die Handelsverträge und damit das dauernde Interesse der Industrie, also im Grunde auch das der Arbeiter, selbst aufs Spiel? Darf ein staatsmännischer Politiker sich so entscheiden auf die proletarische Handelspolitik festlegen? Sollen einen Parteigenossen solche Strapazen, dann mag er sich beruhigen. Auch vom Standpunkt des „Praktikers“ und des „Staatsmannes“ darf er nicht nur, sondern muß er zu dem gleichen Ergebnis kommen wie die Theorie.

Wir haben gesehen, daß das Exportinteresse nicht bloß im Interesse der Bevölkerung, sondern auch, und vor allem, im Interesse des Profits ist. Die Interessen des Profits sind aber in jedem kapitalistischen Staat die herrschenden. Sie setzen sich überall durch, auch wo die Bourgeoisie nicht politisch herrscht; nicht bloß in Amerika, England und Frankreich, sondern auch in Oesterreich und Rußland; also nicht minder in Deutschland. Darüber, daß der Profit, also auch der Export, zu seinem Recht kommt, können wir unbesorgt sein.

Nicht herrschend aber sind die Interessen des Arbeitslohnes und die herrschenden Klassen sind nur zu geneigt, auf seine Kosten den Profit zu fördern. Die historische Aufgabe der Socialdemokratie besteht daher nicht darin, ängstlich darüber zu wachen, daß der Profit nicht Schaden leide, sondern darin, energisch dafür einzutreten, daß der Profit nicht den Arbeitslohn beeinträchtigt, das heißt aber bei den Handelsverträgen, ihre Aufgabe besteht nicht darin, den Standpunkt zu vertreten, daß sich Handelsverträge haben müssen um jeden Preis, sondern darin, keinen Zweifel darüber zu lassen, um welchen Preis allein wir für Handelsverträge zu haben sind: um den Preis einer billigen Einfuhr von Lebensmitteln.

Nicht die Arbeiterklasse, nicht die Socialdemokratie sind es, die Handelsverträge um jeden Preis brauchen, sondern die Kapitalistenklasse und die ihr dienenden Parteien und Regierungen. Soweit muß auch die Reichsregierung ihre Aufgabe und die Interessen und den Charakter der kapitalistischen Schichten, deren Vertreter sie ist, kennen, daß sie sich dessen wohl bewußt ist, daß sie Handelsverträge durchsetzen muß um jeden Preis, soll sie nicht das Wirtschaftsleben Deutschlands in die schlimmste Verwirrung stürzen. Aber noch weiß sie offenbar nicht, welches der Preis sein soll, den sie zahlt und wenn sie den Preis bieten soll. Sie fällt sich in Schweigen und wartet den Ausgang der Wahlen ab. Von deren Ausfall und von den Forderungen der Parteien wird es abhängen, welche Konzeptionen sie ihnen bieten wird, um die Handelsverträge durchzusetzen.

Es könnte unmöglich staatsmännische Realpolitik sein, wenn die Socialdemokratie, statt diese Zwangslage der Regierung auszumachen, um ihr Konzeptionen für das Proletariat abzurufen, sich selbst in die Zwangslage der Regierung verlegen und sich zu den weitestgehenden Konzeptionen bereit erklären würde, um nur Handelsverträge zu erlangen. Wir müssen der unklüglichen Regierung den Ratten steif machen gegen das Agrarierthum. Wir erreichen das Gegenteil, wir schwächen ihre Widerstandskraft den Agrariern gegenüber, wenn wir zu verstehen geben, daß auch wir der agrarischen Annäherung gegenüber nicht unbeeidlich sind. Wenn wir fest bleiben, muß alles zu unsern Gunsten wirken, denn was wir verlangen, ist nichts Unmögliches, nichts Unbilliges, vielmehr etwas sehr Billiges. Unsere Forderung liegt nicht bloß im Interesse des Proletariats, sondern auch in dem der gesamten Industrie, deren Produktionskosten dadurch verringert werden, deren Leistungsfähigkeit erhöht wird. Sie liegt im Interesse der Regierung selbst, deren Ansichten, mit dem Ausland über Handelsverträge einig zu werden, dadurch wachsen. Unsere Forderung und das Beharren dabei hat nur ein unangenehmes für die Regierung und die Regierungsparteien: sie

können sie nicht gewähren, ohne in Konflikt mit dem Agrarierthum zu kommen. Diesen Konflikt möchten sie sich ersparen.

Die Angst vor dem Agrarierthum mag für die Regierung und die deutsche Bourgeoisie als ein triftiges Argument erscheinen, die Forderung unserer Partei abzulehnen. Die Socialdemokratie kann sich jedoch nicht dazu degradieren, die Interessen des Proletariats preiszugeben, um dem faulstehenden Fleisch der mittleren Linie einen unangenehmen Konflikt zu ersparen. Mögen alle andern Klassen und Parteien Deutschlands sich vor dem Junkterregiment beugen, wir dürfen überzeugt sein, daß die Socialdemokratie im neuen Reichstag den Kampf dagegen fortsetzen wird, den sie im alten aufgenommen hat. Sie kapituliert nicht vor dem Junkertum. Acceptiert sie die Minimalzölle, so wäre das aber nichts anderes als eine Kapitulation. A. Kautsky.

Der Parteitag der holländischen Socialdemokratie.

Troelstra führte noch aus: Die Bewegung wäre nicht möglich, wenn auf das erste Manifest des Abwehrkomitees hin die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden wäre. Aber (der Anarchist) van Emmenes erklärte: Jetzt fängt's erst an. D. O. M. A. R. i. e. u. w. e. n. h. u. i. s. sagte: Jetzt müssen wir streiken, um zu verhindern, daß die Gelege sich einleben in die bürgerliche Gesellschaft. — Der erste Streik (am 31. Januar) ist nicht mißglückt. Mißglückt ist der zweite Streik erst nach dem Manifest des Abwehrkomitees (zur Wiederaufnahme der Arbeit; Korresp.) durch das feige Zerschlagen vor den Schreibern im „Palais vor Volkshof“. Die Niederlage waren die Nachtveranstaltungen der Hauptvorstände nach Aufhebung des Streiks im Gebäude der Diamantarbeiter und das Fortleben des Schmachgefäßes. Aber wir dürfen nicht sagen: Wenn eine solche Bewegung wiederum kommt, gehen wir wieder mit. Erfahrung lehrt. Redner kann nicht unterschreiben, was Gorter sagt, daß dieser nicht geregelte, wüste Weg der richtige ist um in Holland den Sozialismus zu predigen. (Gorter: „Und andre Mittel.“) Redner meint bei v. d. G. o. e. s. einen Irrtum konstatieren zu müssen. Dieser sagt: Wenn das Proletariat etwas thut, dann müssen wir dabei sein. Das lassenbewußte Proletariat, ja, aber das unaufgeklärte Proletariat darf uns nicht den Weg vordrängen. Dessen müssen wir sagen: Ihr werdet begreifen haben, daß das Geschehene sich nicht wiederholen darf, und wenn Ihr es nicht begreift, werden wir es Euch mit Verweisung auf die Erfahrung lehren.

— Die Entbehrung des allgemeinen Wahlrechts hat die Leute dazu gebracht, den andern Weg zu suchen. Daß uns deshalb trachten, nicht von neuem diesen andern Weg zu beschreiten, aber um so schnell wie möglich das allgemeine Wahlrecht zu erobern. Die Thür unserer Partei steht auch jenen Elementen weit offen, die jetzt D. o. m. e. l. a. R. i. e. u. w. e. n. h. u. i. s. nachlaufen; aber wenn sie zu uns kommen wollen, dann müssen sie Abstand nehmen von ihren bisherigen Idealen. Der Glaube an D. o. m. e. l. a. R. i. e. u. w. e. n. h. u. i. s. ist eher ein Hindernis, Socialdemokrat zu werden, als der Glaube an Gott. (Weißall.) Kritik ist gut, aber keine Kritik, die die eigenen Parteigenossen anfällt und die Gegenpartei verstärkt. Troelstra teil noch mit, daß der Abgeordnete Genosse van Kol die Kammerfraktion von seiner Abreise nach West-Indien nicht unterrichtet habe. Redner überlasse das Urteil über diesen Schritt, in Verband mit der Behandlung der Zwangsgeheke, dem Urteil des Kongresses. Der Kammerklub aber sei der Meinung, daß von Kol nicht abreisen dürfte. (Weißall.) Diese Abreise werde von den Gegnern dahin ausgelegt, als sei van Kol aus Feigheit abgereist. Hiergegen muß Redner sich schärfen wenden. Er teilt eine Episode mit aus dem April 1893. Als damals die Revolution in Brüssel war und alle Manifestanten flüchteten, schritt immer noch eine große Figur vorwärts in der Richtung der bewaffneten Macht. (Weißall.) Diese Figur war van Kol. Es ist unter van Kols Würde, sich gegen anarchisierende Verschwörungen zu verteidigen; aber es ist eine bürgerliche Auffassung desselben, daß er die Kolonialpolitik über den Klassenstreit stellt. Redner wird ihm dies nach seiner Rückkehr als Freund sagen.

Im Laufe der Diskussion bringt Lat-Amsterdam III noch folgende Resolution ein:

Der Parteitag, in Erwägung, daß die jüngste Bewegung gegen die Zwangsgeheke, durch welche die Arbeiterbewegung überfallen wurde, daß die Arbeiter hätten sie das allgemeine Wahlrecht besitzen, darin eine Waffe gehabt hätten, um sich zu wehren und in solchem Falle ihre Zukunft nicht zu einem politischen Streik zur Verteidigung ihrer Rechte genommen hätten; daß sie, bei Ermangelung einer gleichzeitigen Klassenentscheidung und mangels einer Organisation noch nicht im Stande waren, dergleichen große Bewegungen mit Erfolg zu führen und daß diese Gebreden während der Bewegung selbst nicht zu ändern waren; heißt die Haltung des Parteivorstandes gut, welcher sich in diesem Streik mit den Gewerkschafts-Organisationen solidarisch erklärt und dadurch den Arbeitern den Beweis geliefert hat, daß sie auch in den gefährlichsten Augenblicken auf die S. D. A. P. rechnen können;

erinnert die Parteigenossen an ihre Pflicht, unter den Arbeitern die socialdemokratische Erkenntnis zu verbreiten und die Organisation zu stärken und nimmt sich vor, den Streik für das allgemeine Wahlrecht mit verdoppelter Kraft zu führen.

Sechste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Berlin, 6. Juni 1903.

Fünfter Verhandlungstag.

In der Vormittags-Sitzung, die freisinger-München leitete, berichtet Kern-Darmstadt über die weiteren Entscheidungen der Beschwerdelmission. Sie hatte u. a. über die Rechte der zum Centralverein übergetretenen Formier zu beraten und hat sich in den in Betracht kommenden Fällen im Gegensatz zum Vorlande, ebenso wie der Ausschuss auf den Standpunkt gestellt, daß die Rechte, welche sich die übergetretenen Formier in ihrem Verbands erworben haben, auf Grund der seiner Zeit beschlossenen Einigungs-Resolution, vom Metallarbeiter-Verbande in Anrechnung zu bringen sind. Die Generalversammlung schließt sich der Ansicht an und erklärt sich gegen eine große Minorität mit dem Vorschlage der Kommission einverstanden.

Ueber den Fall Litfin, der ebenfalls die Beschwerde-Kommission beschäftigt, berichtet Gothausen-Niel, der namens der Kommission den Antrag unterbreitete: „Der Wiederaufnahme Litfins steht nichts entgegen, wenn die Berliner Verwaltungsstelle die Wiederaufnahme beschließt.“ Nach einer sehr ausgedehnten Diskussion, in der u. a. mitgeteilt wurde, daß die Wiederaufnahme von der Berliner Ortsverwaltung mit 33 gegen 5 Stimmen beim Vorstande beantragt ist, der aber diesen Antrag ablehnte, wird dem ersten Abschlag des Antrages der Kommission zugestimmt und gegen wenige Stimmen beschlossen: Der Wiederaufnahme Litfins steht nichts entgegen. Außerdem wird auf eine Anfrage von Schilde beschlossen, daß der Vorstand nicht verpflichtet ist, die event. Wahl Litfins als Vorstandmitglied zu bestätigen.

In Bezug auf den Fall Pawlowitsch, über den Garbe-Rassel berichtet, ist die Beschwerdelmission zu folgendem Beschluß gekommen: 1. Das Verhalten der Berliner Ortsverwaltung betreffend die Nichtbestätigung des Vorstandsmitgliedes Pawlowitsch und sein Verhalten im Anse der Nichtbestätigung seitens des Hauptvorstandes ist entschieden zu verurteilen, da jede Ortsverwaltung die Pflicht hat, die Statuten zu befolgen. 2. Dergleichen ist die

nachträgliche Bestätigung Pawlowitschs seitens des Vorstandes auf Widerruf ebenfalls zu verurteilen, da auch diese Taktik gegen das Statut verstößt. Der Vorstand hat als erste Instanz erst recht die Pflicht, die Satzungen des Statuts zu befolgen. 3. Die feinerzeitige Nichtbestätigung des Mitgliedes Pawlowitsch ist mit Recht erfolgt wegen der nicht zu unterschätzenden Veröffentlichungen resp. Kritiken in der Zeitschrift „Neues Leben“ bezüglich des Mai-Flugblattes. Diese Kritiken gehörten vor die Verhandlungsinstanz und nur dort konnten dieselben ihre Erledigung finden.

Die Verammlung erklärte sich fast einstimmig mit dem Entschiede der Kommission einverstanden und beschloß dann weiter, daß die Mitglieder nicht berechtigt sind, die Institutionen des Verbandes und Maßnahmen des Vorstandes in anderen Zeitungen zu kritisieren, sondern sich an die Instanzen des Verbandes mit ihren Beschwerden zu wenden haben.

Ueber die Sache des Redakteurs J. Scherm unterbreitet Riisch-Magdeburg nach einer eingehenden Begründung namens der Beschwerdelkommission folgende Erklärung: Das Verhalten Scherm's in der Angelegenheit der Veröffentlichung im „Fränkischen Courrier“ ist nicht einwandfrei; in Berücksichtigung jedoch, daß Scherm nach den der Beschwerdelkommission gemachten Mitteilungen, von den an der Veröffentlichung des betreffenden Artikels beteiligten Personen die geringste Schuld beizumessen ist und in weiterer Erwägung, daß schon eine andre Instanz, die das Vertrauen der Beschwerdelkommission völlig besitzt, hierüber entschieden hat und außerdem der Verband als solcher in dieser Angelegenheit überhaupt direkt nicht beteiligt ist, sieht die Beschwerdelkommission unter Verzicht auf das Urteil dieser Instanz von weiteren Schritten in dieser Sache ab. (Die betreffende Instanz hat entschieden, daß Scherm noch weiter Mitglied der socialdemokratischen Partei sein kann und gegenwärtig noch ist.) — Bezüglich der 10 Mark-Affäre behauptet Scherm Mitinhaber der Firma gewesen zu sein; ein gegenteiliger klarer Beweis ist nicht erbracht worden. Scherm hatte demnach zweifellos privat-rechtliche Forderungen an das Geschäft. Eine Einmischung aber in die Angelegenheiten steht seiner Organisation zu. Trotzdem aber hat die Beschwerdelkommission nach dieser Seite hin Erörterungen angestellt und dabei festgestellt, daß Scherm für außerordentliche Arbeiten — Lesen von Korrekturen — die Entschädigung von 10 M. erhalten hat; Scherm hat aber weiter nachgewiesen, daß er selbst während der Zeit, wo er durch seine Tätigkeit im bayerischen Landtag an dem Lesen der Korrekturen verhindert war, an zwei Setzer während der Legislaturperiode 1898—1899 4,50 M. für zwei Tage Satz entschädigt hat. Weiter ist zugegeben, daß Scherm in Bezug auf den Preis des Papiers sowohl als auch bei Herstellung der Zeitung im Interesse des Verbandes gehandelt hat. Aus diesen Gründen bestand für den Vorstand und besteht für die Generalversammlung keine Veranlassung, den Kollegen Scherm seines Amtes zu entheben. Der Ausschuss aber war nach einstimmigen Urteil der Kommission nicht nur berechtigt, sondern selbst verpflichtet, eine Untersuchung in der Sache Scherm zu verlangen. Die Beschwerdelkommission konnte durch die Entschädigung von 10 M. an Scherm eine Benachteiligung des Verbandes laut des vorgelegten Materials nicht erblicken.

Die Generalversammlung erklärte sich einstimmig mit der Erklärung der Beschwerdelkommission einverstanden.

Nach Erledigung einer großen Zahl weiterer Beschwerde-Angelegenheiten wird in die Beratung der Anträge verschiedener Inhalts eingetreten. Beschlossen wird: die nächste Generalversammlung in Leipzig abzuhalten.

Sodann wird ein Antrag von Hamburg angenommen: „Den Vorstand aufzufordern, über den Weiterbau eines Unterstüßungsweßens, insbesondere der Arbeitslosen-Unterstützung, auf Grund rechnerischer Grundlagen der Jahresrechnungen eine Vorlage auszuarbeiten und zur nächsten Generalversammlung rechtzeitig den Mitgliedern zu unterbreiten.“

Bezüglich der Anstellung und Besoldung der Verbandsbeamten sind mehrere Anträge eingegangen. Nach längerer Diskussion wird eine Kommission gewählt, welche die Anträge prüfen und der Versammlung eine entsprechende Vorlage unterbreiten soll.

Ein Antrag von Ratingen: „Für alle Schäden, die einem aus den Reihen des Verbandes gewählten Mitglied eines Gewerbegerichts oder einer sonst die Interessen der Arbeiter fördernden Institution erwachsen, haftet in vollem Umfang der Verband“, wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Hierauf berichtet die Haushaltskommission, daß die Abrechnung des Ausschusses richtig ist und wird demselben die Decharge erteilt.

Die Nachmittags-Sitzung wird von Cohen-Berlin geleitet. Es werden zunächst die Wahlen zum Verbandsvorstande vorgenommen. Nach dem Vorschlage der Wahlkommission soll außer dem ersten auch ein zweiter Vorsitzender gewählt werden, der aktiv thätig ist. Genehmigt werden entsprechend den Vorschlägen der Wahlkommission: A. Schilde mit 134 Stimmen als 1. Vorsitzender, Gg. Reichel mit 117 Stimmen als 2. Vorsitzender, Th. Werner mit 136 Stimmen als Kassierer, A. Rastbach mit 102 Stimmen als Sekretär. Als Redakteur wird J. Scherm mit 124 Stimmen wiedergewählt. Als Sitz des Ausschusses wird Frankfurt a. M. wieder bestimmt und als Vorsitzender des Ausschusses A. Weichig einstimmig wiedergewählt.

Hierauf erfolgt der Bericht der Statutenberathungskommission, den Junge-Hamburg und Brandes-Magdeburg erstatten. Die wesentlichsten, nach den Vorschlägen der Kommission beschlossenen Änderungen sind folgende: In § 2, der über den Zweck des Verbandes handelt, lautet der 1. Absatz: „möglichste Beschränkung der Arbeitszeit und der Sonntagsarbeit, Verringerung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit.“ — An dessen Stelle ist nachstehende Fassung beschloffen: „Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge.“ — Der wöchentliche Beitrag ist für männliche Mitglieder auf 40, für weibliche auf 20 Pf., das Eintrittsgeld auf 50 bzw. 20 Pf. festgesetzt. Außerdem ist der Vorstand berechtigt, bei außergewöhnlichen Anlässen einen Extrabeitrag zu beschließen. Ein solcher Beschluß ist für alle Mitglieder bindend. — Art und Umfang der Unterstützung ist u. a. dahin geändert worden, daß bei der Reise-Unterstützung, die bisher je nach der Dauer der Mitgliedschaft 42 bis 70 M. betrug, die insgesammt in einem Jahre erhoben werden konnte, die Gesamtsumme auf 90 M. nach einjähriger, 70 M. nach zweijähriger, 80 M. nach dreijähriger, 90 M. nach vierjähriger und 100 M. nach fünfjähriger Mitgliedschaft erhöht worden ist. Das Reisegeld beträgt pro Tag eine Mark.

Die Ortsunterstützung (Arbeitslosen-Unterstützung) wird in 52 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 60 Tage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	für männl. Mitglieder pro Tag pro Woche	für weibl. Mitglieder pro Tag pro Woche
52 Wochen	1.— M. 6.— M.	50 Pf. 3.— M.
104	1,20 „ 7.— „	58 „ 3,50 „
156	1,35 „ 8.— „	67 „ 4.— „
208	1,50 „ 9.— „	75 „ 4,50 „
260	1,70 „ 10.— „	83 „ 5.— „

Die Gesamtsumme der in einem Jahre (52 aufeinanderfolgende Wochen) zu erhebenden Ortsunterstützung darf jedoch nach einer Mitgliedschaft von

	52 Wochen 60 M. für männl.	30 M. für weibl. Mitglieder
104	70	35
156	80	40
208	90	45
260	100	50

nicht übersteigen. Dieser wurde diese Unterstützung nur für höchstens 42 Tage und bis zur Gesamtsumme von 42—70 M. für männliche und 21—35 M. für weibliche gewährt.

Neu ist die statutarische Bestimmung, daß Mitgliedern, welche einen eignen Haushalt führen, bei Veränderung ihres Wohnortes

innerhalb des Deutschen Reiches infolge von Arbeitslosigkeit eine Beihilfe zu den Ueberstüßungslosten gewährt werden kann. Voraussetzung hierbei ist, daß das Mitglied nachweislich auswärts Arbeit erhalten hat und die Entfernung des künftigen vom bisherigen Wohnort mindestens 30 Kilometer beträgt. Der Beitrag zu den Ueberstüßungslosten darf je nach der Dauer der Mitgliedschaft von 20 M. nach einjähriger, steigend um 5 M. pro Jahr bis zu 40 M. nach fünfjähriger Mitgliedschaft nicht übersteigen; für die Verbandsbeamten sind die Ueberstüßungslosten in gleicher Höhe festgesetzt.

Neu sind auch die Bestimmungen bezüglich der Unterstützungen bei Krankheitsfällen. Danach wird während der daraus folgenden Arbeitslosigkeit Gemahregelten-Unterstützung auf die Dauer von längstens 13 Wochen bezahlt. Die Höhe derselben beträgt für das

	männliche verheiratete Mitglied M. 14.— pro Woche	ledige „ „ 12.— „ „
weibliche	7.—	7.—

Außerdem wird für jedes der Fürsorge des Unterstützten unterstehende Kind ein Zuschuß von 1 M., jedoch nicht mehr als 5 M. pro Woche bezahlt.

Die weiteren Abänderungen betreffen die allgemeinen Pflichten und Rechte der Mitglieder, gemeinsame Bestimmungen, Bezirkseinteilung und Konferenzen, sowie die örtliche Verwaltung. In der neuen Fassung des letztgenannten Titels ist der Passus, wonach an ein und demselben Orte mehrere Verwaltungsstellen oder Fachsektionen errichtet werden können, gestrichen.

Bezüglich der Delegation zur Generalversammlung wird beschloffen, daß jede Wahlabteilung für je 1000 zahlende Mitglieder (bisher 750) einen Abgeordneten wählt, und wenn die Zahl der Mitglieder nicht durch 1000 teilbar, für die überschüssige Zahl, wenn dieselbe mindestens 500 (bisher 350) beträgt, ein weiterer Abgeordneter gewählt wird.

Bei dem Titel: „Allgemeine Bestimmungen“ werden genauere Bestimmungen für Arbeitseinstellungen festgesetzt. Wie bisher können außer den Verwaltungsstellen mit über 3000 Mitgliedern, die selbständig entscheiden können, Arbeitseinstellungen und Sperren über Werkstätten nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen. Die Unterstützungssätze sind entsprechend den der Gemahregelten-Unterstützung aufgestellt und betragen für Mitglieder, die dem Verbands mindestens 26 Wochen angehören und ihre Beiträge voll bezahlt haben, für männliche verheiratete Mitglieder 14 M. pro Woche, für männliche ledige Mitglieder 12 M. pro Woche, für weibliche Mitglieder 7 M. pro Woche. Außerdem wird für jedes Kind ein Zuschuß von 1 M., aber höchstens 5 M. pro Woche bezahlt. In außergewöhnlichen Fällen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu gewähren, welche nur 13 Wochen dem Verbands angehören und 13 Wochenbeiträge geleistet haben. Jedoch darf diese Unterstützung nur betragen: für verheiratete 10.— M., für ledige 8.— M., für weibliche 5.— M. Als außergewöhnliche Fälle gelten: unvermeidliche Abwehrkrisen und Auspflanzungen.

Das neue Statut tritt mit dem 1. Juli 1903, die erweiterten Unterstützungen am 1. Juli 1904 in Kraft.

Nach Erledigung der Statutenberathung werden nun noch die Anstellungs- und Besoldungs-Verhältnisse der Ortsbeamten re. geregelt. In dem beschlossenen Antrage heißt es u. a.: Anfangsgehalt und Gehalt für das erste Jahr 140 M. pro Monat. Von da ab mit jedem Jahre der Beschäftigung um 5 M. pro Monat sich steigend bis zum Höchstgehalt von 200 M. pro Monat. Die obigen Gehaltsätze gelten als Mindestsätze. Die Anstellung erfolgt nach § 622 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und wird die Versammlung, nachdem Schulz-Hamburg der Berliner Verwaltungsstelle namens der Delegierten für die Arrangements und Gastfreundschaft gedankt und nachdem Cohen-Berlin auf die erfolgreichen Verhandlungen und die Einigkeit aller Teilnehmer hingewiesen, mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen. Die Delegierten singen hierauf stehend den ersten Vers der Marxlied.

Richtigstellung. In der im gestrigen Bericht enthaltenen Mai-Resolution muß der letzte Absatz lauten: 4. Bei Aussperrung, Rückregelung und Entlassung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die davon Betroffenen, soweit sie vollberechtigte Mitglieder (§ 5 Abs 1) sind, eine Unterstützung auf die Dauer von längstens 13 Wochen in Kraft und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gezahlt, doch gilt dieselbe nicht als Arbeitslosen-Unterstützung.

6. Generalversammlung des Deutschen Töpferverbandes.

Reichen, 5. Juni.
In der Nachmittags-Sitzung des dritten Verhandlungstages wird zunächst eine Kommission zur Vorbereitung der Statuten gewählt.

Es wird dann in der Debatte über die Arbeitslosen-Unterstützung fortgefahren. Böblin (Vertreter der Generalkommission) warnt die Delegierten, allzu schwarz zu sehen. Die Erfahrung habe zweifellos gelehrt, daß die Organisationen, die sie eingeführt, gut dabei gefahren sind. Er empfehle den Delegierten, die Frage gründlich zu prüfen, aber auch nicht allzu vorsichtig zu sein.

Die weitere Debatte, in der sehr viele Delegierte für und wider sprechen, ergibt nichts wesentlich Neues.

In der Vormittags-Sitzung des vierten Verhandlungstages wurde die Debatte über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung geschlossen. Eingetragen waren: H. 19 Redner. Drunsel als Referent sucht in seinem Schlusswort die Ausführungen der Gegner an der Hand von Beispielen aus der Praxis zu widerlegen. Schmidt-Reichen als Korreferent entwickelt noch einmal seinen gegenteiligen Standpunkt und erfaßt im Interesse der blühenden Organisation um Ablehnung des Vorstandsantrages betr. der Arbeitslosen-Unterstützung. — In der namentlichen Abstimmung wird mit 29 gegen 19 Stimmen beschloffen, die Frage der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung einer Abstimmung zu unterbreiten. Als Grundlage dafür wird der Vorstandsantrag: Beiträge 40, 50, 60 und 85 Pf. dienen. Es wird ferner der Antrag angenommen, Zweidrittel-Majorität für die eventuelle Annahme zu verlangen. Ein Antrag, die Krankenunterstützung mit der eventuellen Arbeitslosen-Unterstützung zu verbinden, wird der Statuten-Kommission überwiesen.

Es wird in die Beratung der allgemeinen Anträge eingetreten, da die Statutenberathungs-Kommission ihre Arbeiten noch nicht erledigt hat. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird München bestimmt. Ein Antrag, daß bei jeder neuen Unterstützungseinrichtung die Länge der Mitgliedschaft zu berücksichtigen ist, wird der Kommission überwiesen, ebenfalls ein Antrag, der verlangt, daß von den Filialen dem Vorstand besser über den Stand des Arbeitsmarktes berichtet wird. Ein Antrag, der verlangt, daß jedem organisierten Kollegen von jedem paritätischen Arbeitnachweis Arbeit nachgewiesen werden muß, wird nach energischem Widerspruch, besonders der Berliner Delegierten, abgelehnt. Ein Antrag, die Gau-Einteilung dem Centralvorstande in Verbindung mit den Gauleitern zu überlassen, wird angenommen.

Phrich-Dresden giebt der Generalversammlung einen Situationsbericht über den am Vorabend beschlossenen Streik der Dresdener Ofenseher, der durch einen Bruch der Tarifvereinbarungen veranlaßt worden sei. Er ersucht die Delegierten, Zugang nach Dresden fernzuzulassen. Alle Zuschriften seien an die Adresse: Volkshaus, Rigenbergstr. 2, zu senden. Die Generalversammlung nimmt einstimmig eine Sympathie-Resolution an für die Dresdener Kollegen.

Es wird beschloffen, das Gehalt der drei Vorstandsbeamten gleichzustellen und auf 180 M. pro Monat festzusetzen. Die Grundsätze des Gewerkschaftskongresses über die Gehälter der Beamten werden nicht acceptiert.

Außerdem wird beantragt, die Hälfte der Versicherungsbeiträge für die Beamten zu zahlen. Die Berliner Delegierten sprechen dagegen. Böblin empfiehlt die Uebernahme der Hälfte der Versicherungsbeiträge. — Der Antrag wird mit 28 gegen 21 Stimmen angenommen. Das Amt eines Generalrevisors, das früher der verstorbenen Kollege Gruner-Dresden befehlete, wird von der General-

versammlung laffiert. Die Mitglieder am Sitz des Centralvorstandes haben drei Revisoren zu wählen.

In der Nachmittags-Sitzung des vierten Verhandlungstages beschließt sich die Generalversammlung mit den Befugnissen des Ausschusses. Es wird ein Antrag der Statuten-Kommission angenommen, daß bei Differenzen zwischen Ausschuss und Vorstand gemeinsame Sitzungen stattfinden haben. Als Ort des Ausschusses wird Dresden bestimmt. Die bisherigen befohlenden Beamten Drunsel, Schmidt und Lohar werden per Acclamation einstimmig wiedergewählt und nehmen die Wahl an. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Beyer-Dresden wiedergewählt. Es wird dann in der Statutenberathung fortgefahren. Eine lebhafteste Debatte entspinnt sich über einen Kommissionsantrag, nach dem Kollegen, die austreten, ohne ihre Beiträge zu entrichten oder wegen rückstehender Beiträge ausgeschlossen würden, 5 M. Eintrittsgeld, Streichbrecher usw. 10 M. zahlen sollen.

Döblin wendet sich gegen einen solchen Ablass für begangene Sünden. Lohar-Berlin empfiehlt statt des Kommissionsantrages eine Verdoppelung der Karenzzeit für den Bezug von Unterstützungen. Andre Kollegen treten mit Entschiedenheit für eine möglichst hohe Beitragszahlung der Leute ein, die den Verband als Bienenkorb ansehen. Der Antrag Berlin wird mit Stimmengleichheit abgelehnt, ebenso wird der Kommissionsantrag abgelehnt. Doch sollen Mitglieder, die freiwillig ausgeschieden sind und wieder eintreten wollen, wenn sie nicht inzwischen einer andern modernen Organisation angehört haben, ebenfalls 13 Wochenbeiträge nachzahlen. Es wird ein Antrag angenommen, daß während der Krankheit kein Beitrag zu zahlen ist. Unvalide und über 60 Jahre alte Mitglieder werden nach zehnjähriger Mitgliedsdauer von den Beiträgen befreit, können aber nur einmal die festgesetzten Unterstützungen beziehen.

Es werden einige Änderungen bei der Wanderunterstützung vorgenommen. Es sollen pro Kilometer 2 Pf. und nicht über 2 M. pro Tag ausgezahlt werden. Kollegen, die nach auswärts in Arbeit gehen, erhalten von 75 Kilometer Entfernung an Reisegeld der niedrigsten Bahnklasse bis zur Höhe von 10 M.

Ein Antrag Rinstenwalde, gemahregelten Kollegen beim Umzug sämtliche Umzugslosten zu ersetzen, wird dem Vorstande zur Erwägung überwiesen. Die Beiträge zum Verbands sollen pro Woche 5 Pf., die Leistungen der Krankenunterstützung sollen um 25 Pf. pro Tag und Woche steigen. Die erhöhten Beiträge sollen vom 1. Oktober an eintreten. Die erhöhte Krankenunterstützung tritt vom 1. Januar 1904 in Kraft. Die Krankenunterstützung tritt vom vierten Tag der Erwerbsunfähigkeit ein, wenn die Krankheit länger als eine Woche dauert. — Zu den üblichen Verwaltungsausgaben sollen künftig nur 15 Proz. zurückbehalten werden dürfen, wenn die Arbeitslosen-Unterstützung angenommen wird. Es wird beschloffen, eine Lohnstatistik einzuführen.

Nach Erledigung einiger weiterer unwesentlicher interner Angelegenheiten des Verbandes wurde die Generalversammlung geschlossen.

Partei-Nachrichten.

„Note Wahlen“

Die illustrierte Wahlzeitung, ist vollständig vergriffen, so daß weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können. Dagegen hat unser Parteiverlag auf vielfachen Wunsch den in „Note Wahlen“ enthaltenen Artikel „An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt“, als Broschüre herausgegeben. Ein Brief an den ewigen Philister, den indifferenten Arbeiter, der glaubt, daß es auf ihn, den Einzelnen, nicht ankommt. Ueberzeugend weist der Verfasser nach, daß es gerade auf den Einzelnen ankommt, und daß in dem großen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse niemand bei Seite stehen darf. Man sollte meinen, daß jeder, der diese Broschüre liest, seine Schlafmütze dem Feuerlohe überantworten müsse, um nun an der Arbeiterbewegung teilzunehmen. Es ist eine Broschüre, die niemals in der Fabrik, in der Werkstatt, beim Glase Bier oder wo sonst die Genossen mit Gleichgültigen, Indifferenten zusammentreffen, fehlen dürfte. Nicht nur für die Wahlen bildet die Broschüre ein vorzügliches Agitationsmittel, sondern auch die Gewerkschaften, die nicht minder unter dem Indifferentismus zu leiden haben, sollten sie zur Bekämpfung der Gleichgültigen verwenden. Der Einzelpreis ist 5 Pf.

Partiepreis:	500 Exemplare	3.— M.
	1 000	5.—
	5 000	22,50
	10 000	40.—

Bestellungen sind zu richten an:
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Der Parteitag der norwegischen Socialdemokratie.

Die Sitzungen am Sonnabendnachmittag und am Sonntagvormittag wurden durch die Debatten über die Wahlstatistik der Partei sowie über die Stellung zur Unionsfrage ausgefüllt. Die Resultate wurden bereits in der Freitagnummer des „Vorwärts“ mitgeteilt. Von der Minderheit des Parteivorstandes lag hinsichtlich der Wahlstatistik folgender Antrag vor: 1. Die norwegische Arbeiterpartei geht 1903 zur Wahl ohne Bündnis mit irgend einer andern Partei. 2. Alle Wahlkandidaten, die aufgestellt werden, müssen erklärte Parteigenossen sein und das ganze Programm der Partei anerkennen. 3. Als Störungs-kandidaten werden vorzugsweise Männer nominiert, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind, oder ihr angehören. Dieser Vorschlag wurde hauptsächlich von Jeggensen verteidigt, der unter anderem erklärte, die Linke sei eine Partei, die sich in der Auflösung befindet. Die Arbeiter hätten nichts mehr von ihr zu erwarten; die Alliance würde der Stellung der Socialdemokratie schaden. Es sei ohne Seitenstück in irgend einem Lande, daß eine revolutionär-socialistische Partei sich mit einer Regierungspartei alliiere. „Die Zeit ist nun für uns gekommen, daß wir reinen Tisch machen, und wir müssen jetzt die reine Fahne der Klassenbewußten Arbeiterpolitik aufpflanzen.“ — Dagegen führte Magnus Rissén aus, daß er wohl verstehe, wenn viele gegen die Alliancepolitik seien; aber die norwegische Socialdemokratie sei eine politische Reformpartei, und darum könne sie wohl eine Alliance auf würdiger Grundlage benutzen, um sich Einfluß zu verschaffen. Die Alliance dürfe jedoch nicht das Programm und die Grundsätze der Partei berühren, und sich nur auf die Repräsentation beziehen. Bei der bestehenden unmöglichen Wahlforderung seien die Aussichten auf Repräsentation im Thing bedeutend geringer ohne als mit einer Alliance. In Christiania könne selbstverständlich von Alliance nicht die Rede sein, wohl aber in den großen Landdistrikten. — Buen erklärte, er würde am liebsten für Jeggensens Vorschlag stimmen, halte aber mit Rücksicht auf den vom vorigen Parteitag gefassten (allianzfreundlichen) Beschluß jetzt eine Änderung der Taktik nicht für angebracht. Aus logischen Gründen müsse man sich dem Vorschlage der Mehrheit des Parteivorstandes anschließen. In ähnlicher Weise äußerte sich Chr. S. Knudsen, der im vorigen Jahre wohl vor der Alliancepolitik gewarnt hatte, es aber für schädlich hielt, jetzt von dem Beschluß des vorigen Parteitages abzugehen. — Nachdem sich noch eine Anzahl anderer Delegierter zu der Frage geäußert hatten, wurde der Vorschlag der Mehrheit des Parteivorstandes gegen 10 Stimmen angenommen. Als Zusatz wurde dazu Punkt 2 des oben mitgetheilten Vorschlages der Minderheit des Parteivorstandes gegen 1 Stimme angenommen. — Die Debatte über die Unionsfrage war nur kurz. Dieser Frage wurde keine besonders große Bedeutung beigemessen. Der Vorschlag des Parteivorstandes wurde mit keinen Änderungen in der im „Vorwärts“ bereits mitgetheilten Form gegen 13 Stimmen angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Reichsbank. Morgen, am Montag, wird, wie verlautet, der Centralausschuß der Reichsbank zu einer Sitzung zusammentreten, um über die Frage einer Discontohöherung zu beraten. Geplant ist

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132/135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. — Oranienstr. 52/53

Extra-Preise

Montag, Dienstag, Mittwoch
soweit der Vorrat reicht:

Reiseartikel

Reiserollen Ledertuch, mit versch. Abteil. 40 u. 60 Pf.
Reise-Necessaire braun Rindled. m. vollst. Einr. 8,75
Schirm- u. Stockhülle 90 Pf. bis 2,60
Plaidriemen Rindleder ca. 1 Mtr. lang, mit Griff 40 Pf.
Jap. Luftkissen 75 Pf., bezogen mit Satin 1,10
Koffertaschen braun Rindleder m. vierfach. Verschluss u. Ausserriemen Länge ca. 85 54 60 cm 21 Mk. 23 Mk. 26 Mk.
Handtaschen braun Rindleder Länge ca. 36 39 45 cm lange engl. Form 6 Mk. 6,75 7,50 hobe eckige Form 8,50 9,50 11 Mk.

Schuhwaren

Damen-Knopf- u. Schnürschuhe braun Chagrin 3,60
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel braun Chagrin 6,30, schwarz Chevreau 7,75
Amerikanische Herren-Schnürstiefel 15,25
Box-Calf oder Chevreau Nr. 21-24 25-26
Kinder-Knopf-Stiefel 2,85 3,45
Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel No. 18-22 21-24 25-26 27-30 31-35
Gems- leder 1,60 braun Chagrin 2,95 3,60 4,20 5,10
Herren-Schnürschuhe braun Chagrin 5,50
Herren-Schnürstiefel braun Chagrin 7,25

Spielwaren

Gartencroquette poliert, für 6 Personen 6,50
Sandformen Karton 40, mit Karre und Sieb 80 Pf.
Eimer, Giesskanne, Spaten 45, 80 Pf.
Holzkarre mit Geräten garniert 38,85 Pf.
Federballschläger mit Bällen 40 u. 65 Pf.
Sommerspiele Karton 40 u. 80 Pf.
Tennisschläger mit Darmsaiten 2,50
Sportwagen 4,50 varst. 6,25, weiss 9 Mk.
Hängemattel 35, l. Er. 2,60 u. 3,25
Eisern. Gartentisch mus.-legbar, email. Platte 6,25
Anglerstühle zusammenlegbar 1,90 Mk.

Sportartikel

Tennisschläger 3,60 bis 6 Mk.
Tennisnetze 4,50, 8,75, 11,50
Racketpressen 1,25 u. 2 Mk.
Rackettaschen 90 Pf. 1,45 2 Mk.
Tennisbälle mit farbigem Emaille-Lack 35 Pf.
Tennisbälle mit Filzbezug 60 Pf.
Ballnetze 18 u. 27 Pf.
Damen-Gürtel mit moderner Schnalle 35 Pf.
Reise-Körbe
3 Größen 6 Mk., 7 Mk., 9 Mk.

Bade-Artikel

Bade-Anzüge Länge cm 100 110 120 für Damen, rot Kattun 1,20 1,35 1,50 für Damen, bunt gemustert 1,45 1,55 1,65
Bade-Anzüge Länge cm 60 70 80 90 für Mädchen, rot Kattun 80 90 Pf. 1 Mk. 1,10

Bade-Anzüge Länge cm 70 80 90 für Mädchen, bunt gemustert 1,05 1,15 1,25
Bade-Mäntel weiss Frottiertuch, Größe ca. 150/165 cm 3,30, bunt 4 Mk.
Frottier-Handtücher weiss 36, 45, 70 Pf.
Frottier-Handtücher bunt 75 u. 85 Pf.

Bade-Laken weiss Frottiertuch Größe ca. 80/100 100/130 cm für Kinder 80 Pf. 1,35 Mk.
Größe ca. 130/180 130/200 160/200 125/160 140/200 170/200 cm weiss 1,80 2,75 3,40 bunt 2,50 3,60 4,50 Mk.
Badekappen 12, 18, 30, 43 Pf.
Bade-Pantoffel 60 u. 85 Pf.

Alleinverkauf der Schokoladenfabrikate von Tobler & Co., Bern, zu Originalpreisen.

Anessinierbrunnen
komp. seit 12 Jhr. an Erdböhrer leichweise umföhr. Ertragfelle, Sauger, Druckpumpen, einige gebrauchte Pumpen billig. Geöffnet bis abends 9 Uhr.
W. Wolff, Ackerstr. 113.

71681.
Damenuhren und Goldwaren
zum halben Preise im Ausverkauf
des Uhrmacher Barth'schen Konkurslagers, Chausseestr. 21.

Deutsche erfindungsreiche Fahrrad- u. Motorwagen-Fabrik
auf Wunsch auf Teilzahlung.
Anzahlung 10-20 Mk., Abschlags 5-10 Mk. monatlich. Gross- u. Kleinfahrer.
Barzahlung
Lieferung Fabrikpreis ab 70 Mk. an.
S. Rosenau
In Hauberg Nr. 7

Blutarme, Schwächliche und Genesende trinken
Santa Rosa
feurig süsser Rotwein a Fl. 1,40 u. 1,90 Mk.
oder 1813L*
Afrikanischen Blutwein
kräftiger, herber Rotwein a Fl. 1,25 Mk.
Käuflich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von
Hermann Meyer & Co., Wattstrasse 11/12.

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25-10,95, Rum 1,00-5,60, Nordhäuser 0,45-1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- und Himbeersaft.
Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Carl Schindler, Liqueurfabrik.

Gaskocher,
Berliner Gaskocherhaus
Georgenkirchpl. 14 am Alexanderplatz,
Sparsamstes u. billigst. Fabrikat.

Wer wenig Zeit hat! Wer oft suchen muß und schnell Messing, Kupfer, Blech etc. schon kauf haben will, der kaufe nur das echte
Dr. Landmann's Putz-Wasser.
Es wirkt schnell wie der Blitz.
Nur in Original-Verpackung in allen besseren Geschäften zu haben.
Flasche 10 und 20 Pf., Liter 1 Mark.
Die an Stelle meiner echten Marke vielfach veröffentlicht vorgegebenen, oft warm angepriesenen werthlosen Erzeugnisse weisen nun energisch zurück.
Wo nicht erhältlich, werden bei schriftlicher Anfrage in jedem Einzelteile Detail-Geschäfte mitgeteilt.
Chemiker Dr. B. Landmann, Berlin 55.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger-Strasse 5
empfeilt Einrichtungen in Ruhbaum und Mahagoni von 210 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen
Ehrung reelle und gewissenhafte Bedienung.
10402*

H. Frey's Zahntechnisches Institut
Gegründet 1861. Landsbergerstr. 42, I. Gegründet 1861.
Ohne jede Anzahlung. Ohne jede Anzahlung.
Wöchentlich 1 Mark. Teilzahlung 1 Mark wöchentlich.
Nicht ganz schmerzlos, aber grossmögliche Schmerzmilderung. 10jährige Reelle Garantie.
Um einer Täuschung des geehrten Publikums zuvorkommen, schreiben wir: **Nicht ganz schmerzlos, es wird aber unser Bestreben sein, durch alle modernen und dem ungefährl. Mittel den Schmerz soweit möglich zu mildern, dass er selbst den Schwächsten ertragen kann.**
— Entfernung von kranken Zähnen und Wurzeln zwecks Zahnersatz ohne „Extra-Berechnung“ —
Ich liefere einen natürlich aussehenden und beim Essen brauchbaren künstlichen Zahnersatz auf Teilzahlung ohne Anzahlung, keiner meiner Kunden ist verpflichtet, Nichtkonvenientes abzunehmen, da keine Vorherzahlung, also **Kein Risiko. ♦ Garantie.**
Meine schriftliche Garantie, welche ich jedem meiner geehrten Patienten, welcher einen künstlichen Zahnersatz bei mir anfertigen lässt, mitgebe lautet:
Ich übernehme für jeden von mir gelieferten Zahnersatz eine **Garantie von zehn Jahren**, das heisst: Jede an einem von mir gelieferten Zahnersatz vorkommende Reparatur, gleichwie aus welchem Grunde entstanden, wird während der Dauer von 10 Jahren **kostenlos** ausgeführt.
1000 Mark
in Worten: „Eintausend Mark“, welche ich bei einem hiesigen Notar hinterlegt habe, zahle ich demjenigen, welcher nachweist, dass ich meine in Garantieschein gegebenen Versprechungen nicht Wort für Wort halte.
Das geehrte Publikum wird gebeten, diese Zeilen nicht für „Marktschreierische Reklame“ zu halten, sondern nur für das, was sie wirklich sind, für... **Wahrheit.**
H. Frey's Zahntechnisches Institut, Landsbergerstrasse 42, I.
Gegründet 1861. 8-7. Geöffnet von 8-7. Gegründet 1861.
Fahrverbindung von allen Richtungen. Fahrgeld vergütigt. Fahrverbindung von allen Richtungen.

Jeder Kranke erhält gratis
unter Bezugnahme auf diese Zeitung von der chem. Fabrik Novozon, Berlin 24, Friedrichstrasse 105 c die Broschüre
Die Novozon-Heilmethode.
Dieses Werk giebt genauen Aufschluss über die glänzenden Erfolge der Sauerstoff-Ernährungs-Therapie bei den verschiedensten Krankheiten. 1704L*
Von hervorragenden Aerzten u. Chemik. glänzend begutachtet.

Bestelltes Kinderwagen-Fabrik-Lager Berlin
F. Bergmann & Sohn, nur O. Androssstr. 53 u. 54.
Kinderwagen 850, Gummi 1200, bernid. 1500, Schwinn 4500, u. Gummi 7500.
Witt Weidert u. S. Ein. u. Vier 1200, Rinderbestellen 700, 10-45 20, Schwinnbestell. „Ideal“, verbind. Gerüst, d. Rind. Preis 8500, Berl. u. auch ab. Gabel. Wulker, gr. Nieten- und Stahl. Preis elegante Neuhüllen.
Auf Wunsch in Berlin u. Vororten toller Kassenabk. Preis.
Nurhängefelle Kinder- u. Sportwagen mit 25% Rabatt.
Teleph. Nr. 7228.
Vedde Fabrikat.

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Beförderung an sämtliche Strankekassen. 10002*
Bad Frankfurt Ritter-Bad
136 Gr. Frankfurterstr. 136 18. Ritter-Strasse 18.
Specialität:
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Central-Fahrräder
an Güte und Billigkeit ungleich!
komplett mit 1jähriger Garantie M. 58, 65, 70, 75 etc.; mit Doppel-Glockenlager M. 85, 90, 95, 100 etc.
Neue Motor-Zweiräder von M. 250 an.
Motor-Decken „Harburg-Wien“ Mark 9,50, desgl. Schlauche Mark 3,50.
Sämtliche Fahrrad-Zubehörteile an Billigkeit unübertroffen.
Bitte verlangen Sie meine Preisliste. 1177L*
Paul Daedrich, Berg-Strasse 136-137.

Der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion.

Der unlängst erschienene Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1902 ist der erste, der nicht der Feder Friedrich Wörishoffers entstammt. Der Bericht beginnt mit einem warmen Nachruf an den Mann, der der badischen Fabrikinspektion zu einer vorbildlichen Stellung in Deutschland verholfen hat...

Ein erster Stelle sei hervorgehoben, daß der Bericht sich über die Arbeiterorganisationen und ihre Tätigkeit wohlwollend und anerkennend ausspricht. „Mit den Vertretungen der Arbeiter“, heißt es dort, „widelt sich der Verkehr in leichtster Form ab, da die Anliegen der Arbeiter zumeist schon einer Vorprüfung und Sichtung unterzogen sind, ehe sie der Fabrikinspektion vorgetragen werden.“

Die Krise ist, wie der Bericht konstatiert, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in steigendem Fortschritte begriffen. Abgesehen von der Verschlechterung, welche in der Schmutzwaren-Industrie nimmende ebenfalls eingetreten ist, wurde von mehreren Uhrenindustriellen mitgeteilt, daß sie, wozu eine größere Fabrik dieser Art schon genötigt war, demnächst zu einer Herabminderung der Arbeitszeit und der Löhne schreiten müßten. Mehrere Fabriken der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie haben im Laufe des Jahres weitere Lohnreduktionen einleiten lassen.

männliche und 22 166 (19 118) weibliche. Das Arbeitsangebot wuchs somit im ganzen um 40 285 Gesuche oder 27,17 Proz. Das Wachstum des Arbeitsangebotes — auf 100 verlangte Arbeitskräfte kamen im Vorjahre 186,7, im Berichtsjahre 250,8 Gesuche um Arbeit — war im wesentlichen auf den Zuspruch fremder durchwandernder Personen zurückzuführen. Bei männlichen Arbeitern zeigte sich eine beträchtlich größere Spannweite zwischen Angebot und Nachfrage als bei Arbeiterinnen. Bei letzteren kamen im Jahresdurchschnitt 116,9, bei ersteren dagegen 310,3 Arbeitsgesuche auf 100 verlangte Arbeitskräfte; im Dezember betrug das Verhältnis bei den Männern sogar 635,8 zu 100. Am ungünstigsten stellte sich das Verhältnis der Arbeitsgesuche zu den verlangten Arbeitskräften bei den Gerbern, nämlich 1300 : 100. Auf 100 verlangte Arbeitskräfte kamen an Arbeitsgesuchen: bei den ungelerten Fabrikarbeitern 1076, bei den Buchdruckern 954, bei Eisen- und Metallarbeitern 801, bei Mälzern und Bierbauern 852, bei Schmieden 778, bei Schlossern 620, bei Fleischern 586, bei Steinhauern und Steinbrechern 490, bei Vädem 352, bei Erdarbeitern und Tagelöhnern 339.

Diese fortwährende wirtschaftliche Depression hat andererseits zu Verkürzungen der Arbeitszeit geführt, die, wie sehr sie die Arbeiter-schaft insgesamt durch Lohnausfälle schädigen, an mehreren Orten doch den Beweismaterialien entzogen, daß eine angemessene Verringerung der Arbeitszeit die Produktionsfähigkeit der Arbeiter an sich nur steigern kann. So versuchten es eine Anzahl Cigarrenfabriken mit einer Verminderung der Arbeitszeit, mußten aber bald, wie bereits oben bemerkt, die Produktionsmenge selber auf ein bestimmtes Maß beschränken, weil die Arbeiter trotz der verkürzten Zeit das alte Quantum produzierten. „Die gleiche Erfahrung hat auch eine Fabrik der Metallindustrie gemacht, als sie im Vorjahre die Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden auf 9 1/2 Stunden verkürzte; schon nach wenigen Wochen trat ein Produktionsausfall nicht mehr ein. Die Firma hat sich nimmere zur dauernden Verbeibehaltung der verkürzten Arbeitszeit entschlossen.“

Wie es mit dem gerühmten sozialen Verständnis der Unternehmer manchmal bestellt ist, davon nur ein Beispiel aus dem Bericht: „Witunter zeigen Arbeitgeber in Bezug auf die Verringerung von Unfallgefahren ein nicht zu erklärendes Verhalten. So hatte ein Schreinermeister, in dessen Betrieb ein Vorarbeiter, offenbar beim Nachsehen der Lager, dadurch tödlich verunglückt war, daß er von der Transmission erfaßt und zu Boden geschleudert wurde, sich geweigert, der behördlichen Auflage entsprechend die bewegten Maschinenteile abzuschließen, obgleich dem nichts im Wege stand. Er ließ es zum Refus kommen und stellte bei der Verhandlung über seine Bewehrung die Behauptung auf, daß der Verkehr in der Nähe der Transmission überhaupt nicht gefährlich sei.“

Ueber Streiks weiß der Bericht angeichts der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Berichtsjahres Keineswertes nicht mitzuteilen. Andererseits betont er, daß die gewerkschaftlichen Organisationen durch die ökonomische Gesamtlage nicht in dem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden sind, wie es hätte erwartet werden können. — Die kurzen Mitteilungen über Lehrjüngerschaft, insbesondere im badischen Buchdruckgewerbe, mögen hier übergegangen sein.

Fünfter internationaler Kongreß für angewandte Chemie.

Berlin, 6. Juni 1903.

In der Sektion für organische Präparate sprach Herr Danno Berlin über: „Spiritus-Denaturierung“. Die zur Zeit zur Erlangung der Steuerfreiheit dem Spiritus zuzufügenden Denaturierungsmittel seien wenig beliebt. Auf der einen Seite werde über Gesundheitschädigungen, welche sie hervorrufen, geklagt, auf der andern darauf hingewiesen, daß das Verbot der Wiedergewinnung des zu Reinigungszwecken verwendeten Spiritus dessen Gebrauch in der chemischen Industrie zum Teil unmöglich mache. Alle Vorschläge

auf Einführung solcher Denaturierungsmittel, welche weniger unangenehme Erscheinungen zeitigten, würden abgelehnt aus engherziger fiskalischem Interesse, das nur den einen Gesichtspunkt anerkenne: jeden Tropfen nicht gewerblichen Zwecken dienenden Spiritus zur Versteuerung heranzuziehen. Diesen Zweck — aber nur diesen — erfüllt allerdings die jetzt allgemein übliche Mischung von Holzgeist und Pyridin. Zahlreiche Betriebe mühen sich nach Lage der Dinge deshalb den mit so hoher Verbrauchshöhe belasteten reinen Spiritus zu verwenden und damit sei der eigentliche Zweck der Steuergesetzgebung, die nur den Feinbrandwein treffen sollte, aufgehoben. Die Anwendung milderer Denaturierungsmittel — Vortragender schlägt Acetone und Acetonitrile vor — und vor allem liberalere steueramtliche Vorschriften seien hier durchaus am Platze.

Hierauf sprach Simonson-Christiania über: „Spiritus aus Sägespänen“. Bei dem großen Reichtum nordischer Länder an Holzern biete die Ausfindung weitgehender Verwendung für dieselben ein dankbares Feld auch chemischer Tätigkeit. Bei dem vorliegenden Verfahren würden Sägespäne mit verdünnter Schwefelsäure unter Druck behandelt, auf diese Weise Zucker erhalten, der dann auf Alkohol vergoren wird. Bei einer Verarbeitung von 64 Tonnen Sägespänen pro Tag koste die Anlage 350 000 Mark. Die sehr kohlenstoffreichen Rückstände deckten vollauf den Bedarf an Heizmaterial für den Betrieb. Die Ausbeute betrage für 100 Mio Sägespäne 6—7 Liter Alkohol. Während Kartoffelspirit in Norwegen 25 Mark pro 100 Liter koste, stelle sich Spiritus aus Sägespänen auf nur 15,80 Mark. Dieser Preis werde sich noch erniedrigen lassen, sobald man zur Ausnutzung der bei der Fabrikation auftretenden Nebenprodukte: Holzgeist und Essigsäure, gelangt sein werde.

Wichtige Mitteilungen machte Professor Prossauer-Berlin in der Sektion für Nahrungsmittel-Chemie über: „Sterilisation von Trinkwasser durch Ozon und Ozon-Wasserwerke“. Die Sterilisation bedeuere Vernichtung von Krankheitskeimern. Trinkwasser muß aber sterilisiert werden nicht allein, wenn es solche enthält, sondern auch wenn es in dieser Beziehung verdächtig ist. Das Verfahren darf jedoch weder Geschmack noch Klarheit und die sonstigen Erfordernisse guten Trinkwassers beeinträchtigen. Dies ist z. B. bei der Abkühlung und dem Zusatz von Chemikalien der Fall. Die Filtration durch Sandstichten — also eine Art mechanischer Sterilisation — gibt nur dann günstige und zuverlässige Resultate, wenn das ursprüngliche Wassermaterial schon an sich in Bezug auf Schädlichkeit nicht zu bedenklich ist. Zudem sind Anlage und Betrieb sehr kostspielig. Seit ungefähr 30 Jahren nun sind zahlreiche Versuche ins Werk gesetzt worden, die Sterilisation des Trinkwassers mittels Ozon zu betreiben. (Ozon, auch aktiver Sauerstoff genannt, wird aus Luft gewonnen, welche man mit starken elektrischen Entladungen beschickt. D. Med.) Seitdem es der Firma Siemens u. Halske gelungen ist, Ozon in konzentrierter Lösung zu billigem Preise zu liefern, kommt die Verwendung desselben ernstlich in Frage. Die gleiche Firma hat auch schrittweise die zur Sterilisation großer Wassermengen notwendigen Betriebsanlagen vervollkommen. Das große, für die Stadt Wiesbaden erbaute Ozon-Wasserwerk ist im Stande, stündlich 250 Kubikmeter Wasser zu sterilisieren. Eine kleinere Anlage, die eine Leistung von 25 Kubikmeter pro Stunde besitzt, befindet sich in Martinikenfelde bei Berlin.

Seitens der Herren Ohmüller und Prall vom kaiserlichen Gesundheitsamt sowohl wie vom Vortragenden in Gemeinschaft mit Dr. Schüder wurden in Martinikenfelde eingehende Versuche über die Sterilisationsfähigkeit der Ozon-Wasserwerke vorgenommen. Es wurde dabei Wasser vor Durchscheidung durch den Ozonisierungsturm direkt mit Krankheitskeimern aller Art, u. a. Typhus-, Ruhr- und Cholera-bakterien, gesättigt. Als Ergebnis aller dieser Untersuchungen erklärt nun Vortragender, daß die Abtötung der Krankheitskeime durch das in dieser Weise betriebene Ozonisierungsverfahren eine vollkommene sei. Das Wasser werde außerdem infolge Anreicherung mit Sauerstoff für den Genuß entschieden verbessert. Und da die Anlage- und Betriebskosten verhältnismäßig niedriger seien als die der üblichen Sandfiltration, so sei die Zeit gekommen, die allgemeine Einführung von Ozon-Wasserwerken vorzunehmen. Es wäre aber zu wünschen, daß die Firma Siemens u. Halske auch den Bau nicht zu teurer kleiner Apparate für den Einzelbedarf ausgestalten würde.

In derselben Sektion verbreitete sich Professor Junh-Berlin über: „Die Chemie und Physiologie der Nährmittelpräparate“. Nährmittelpräparate sind Surrogate, sie haben den Zweck, Nahrungsmittel zu ersetzen. Ihre Anwendung soll dort erfolgen, wo diese zu teuer oder dem geschwächten Organismus weniger beikommenlich sind, oder endlich die Ernährung in bestimmter Richtung beeinflusst werden soll. Die Zahl der chemischen Erzeugnisse dieser Art ist in den letzten Jahren ins ungeheure gewachsen. Daneben beigegebenen, zum Teil lediglich auf Grund der chemischen Analyse erteilten ärztlichen Attesten finden sie beim kranken wie gesunden Publikum selbst bei hohem Preise massenhafte Verwendung. Auf Grund theoretischer Vorstellungen wird also selbst von Ärzten eine physiologische Wirkung vorausgesetzt, die zu erkennen man selten in der Lage ist. Vortragender hat es sich bei dem großen Interesse der Allgemeinheit für diese Frage zur Aufgabe gestellt, diese für die Bewertung der Nährmittelpräparate notwendige Prüfung vorzunehmen. Zuerst kommen ja wohl Eiweißpräparate in Betracht. In einem Falle wird tierisches Eiweiß in konzentrierter Form, im andern Falle pflanzliches Eiweiß an Stelle des teuren tierischen geboten. Hierbei steht die Bewertung beider Arten in Frage. An sich ist zwischen ihnen kein Unterschied, nur die größere oder geringere Festigkeit der die einzelnen Eiweißteilchen einschließenden Hülle bedingt die entsprechende Ausnützbareit im Organismus. Diese ist bei verschiedenen Fleischsorten, selbst ein und desselben Tieres, nicht die gleiche, und es gibt pflanzliche Eiweißpräparate, in denen das Eiweiß in der That günstig aufgeschlossen ist. In dem besagten „Treon“ z. B. ist das Pflanzen-Eiweiß besser als das ebenfalls darin enthaltene tierische Eiweiß. Vortragender teilt hierbei mit, daß aus Schweden ein neues, wie es scheint, sehr wertvolles Präparat in Verkehr gebracht werde. Milch fälle tropfenweise auf einen rotierenden heißen Zylinder, trockne darauf in einer halben Sekunde und werde alsobald abgeschabt und in Pulverform gebracht. Diese Herstellungsweise nimmt der so äußerst konzentrierten und haltbar gemachten Milch nichts von ihren wertvollen Bestandteilen und Eigenschaften, selbst nicht ihre Löslichkeit. Betreffs der bald hoch, bald gering geschätzten Fleischextrakte haben die neuesten Untersuchungen ergeben, daß sie allerdings Nährwert besitzen, insofern sie nämlich dem Körper gewisse Energiemengen zuführen, indes steht dieser Nährwert nicht im Verhältnis zu dem hohen Kostenspunkt, weshalb man die Fleischextrakte, wie die Bouillon, mehr zu den Genuss- als den Nahrungsmitteln zählen muß. Vortragender entwickelt die Methoden, nach welchen seine Untersuchungen vorgenommen wurden, um zu verhältnismäßig sicheren Schlüssen zu führen. Im ganzen werde der Eiweißbedarf des Körpers erheblich überschätzt; eine vermehrte Eiweißzufuhr bewirkt höchstens bei dem im Wachstum begriffenen Körper direkte Anlagerung.

Nicht Analyseergebnisse also können einen Anhalt für die Bewertung eines Nährmittelpräparats geben, sondern allein der streng durchgeführte physiologische Versuch wie die Verdaulichkeit alles dessen, was man mit dem Präparat erzielen will. Bei allen Fragen der Ernährung spielen psychische Momente eine Rolle, die auch den Gang der Verdauung, d. i. der ergebnigen Ausnutzung der Nährstoffe, beeinflussen. Deshalb spielen auch Aussehen, Geruch und Geschmack der Präparate eine wichtige Rolle. Daher auch die Befähigung dieser Vegetarier zu Dauerleistungen, nicht wegen der Art ihrer Ernährung, sondern wegen der Fanatikern dieser Art innewohnenden Stärke des Willens und Kraft des Glaubens an ihre Leistungsfähigkeit, der auch hier Verge zu versetzen vermöge.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, spricht der Kandidat, Genosse Dr. Arons, in den Akademischen Bierhallen, Dorotheenstr. 97.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, Flugblatt-Verbreitung. Teilnehmer wollen sich recht zahlreich in folgenden Lokalen einfinden: Kramke, Bülowstr. 59; Homuth, Lühovitzstr. 2; Denburgstr. 2; Preuß. Velleallianzstr. 74a; Borgfeld, Arndtstr. 35; J. Scholz, Jossener- und Paruthstr. 7; Thomson, Gneisenaustr. 30; Seidel, Mittenwälderstr. 16; Dineorge, Markgrafenstr. 102; Augustin, Lindenstr. 69; Lehmann, Friedrichstr. 16; Industrieparkstr. 1; Lindemann, Moritzstr. 9; Fischer, Voedrichstr. 7; Gwald, Schönleinstr. 6; Paffschke, Gräfeinstr. 31. Das Wahlkomitee befindet sich bis 15. Juni im Restaurant von Paul Scholz, Jossenerstr. 1, Ecke Paruthstr. 22.

Dritter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Montag, den 8. Juni, eine Versammlung in der „Victoria-Bränerie“, Lühovitzstr. 107/8, Referent: Genosse Georg Bernhard; am Dienstag, den 9. Juni, in der „Verliner Brauerei“, Tempelhoferberg, Referent: Genosse Wolfgang Heine; ebenfalls am Dienstag, den 9. Juni, im Lokal „Königshof“, Bülowstr. 10, Referent: Genosse Wilhelm Pfanter; am Mittwoch, den 10. Juni, im Lokal von Altem, Ostendstr. 13/15, Referent: Genosse Georg Ledebour; am Mittwoch, den 10. Juni, im Lokal „Wilhelms-Theater“, Friedrichstr. 236, Referent: Genosse Dr. Alfred Bernstein, stattfindet. In allen Versammlungen Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien.“ Recht zahlreicher Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

Vierter Wahlkreis. Achtung, Parteigenossen! Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich rege daran zu beteiligen und an denselben Stellen einzufinden, an denen sie schon bei früheren Verbreitungen geholfen haben. Diejenigen, welche bisher noch nicht geholfen haben, mögen sich an den nachstehend bezeichneten Stellen einfinden: Schmieder, Admiralsstr. 21; Krüger, Naunynstr. 54; Schäfer, Alte Jakobstr. 137; Bacharowitsch, Brandenburgerstr. 49; Stramm, Ritterstr. 123; Wendt, Alexandrinenstr. 39; Schneider, Sebastianstr. 7 (Keller); Ferd. Ahms, Prinzenstr. 59; Lausche, Bräudenstr. 2; Peulert, Melchiorstr. 30; Ledewig, Kommandantenstraße 65. Das Wahlkomitee.

Fünfter Wahlkreis (Südosten). Die Mitteilung in gestriger Nummer unter Berliner Partei-Angelegenheiten (Osten) betreffend die Verbreitung des „Anti-Socialistenpfeils“ hat nur Bezug auf die Mitglieder des Wahlvereins des Südostens.

Sechster Wahlkreis. Bei Keller, Kopenstr. 29, findet am Montag eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Medakteur Ströbel über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Es ist Pflicht, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu sorgen. Auch Gegner, denen vollste Diskussionsfreiheit zugesichert ist, sind willkommen.

Siebter Wahlkreis. Am Sonntag, den 7. Juni, früh 1/3 Uhr: Flugblattverbreitung. 1. Abteilung bei Dimek, Wilschstraße 56; 2. Abteilung bei Vetter, Neue Königstr. 60; 3. Abteilung bei Knösch, Hirtensstraße 10; 4. Abteilung bei Patt, Dragonerstraße 15; 5. Abteilung bei Renfer, Auguststr. 51; 6. Abteilung bei Wittichow, Meine Hamburgerstraße 27, Ecke Chasserstraße; 7. Abteilung bei Schütz, Luisenstr. 26. Unbedingtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, finden sechs öffentliche Wählerversammlungen in folgenden Lokalen statt: Schulz, Velfortstr. 15; Diehner, Landsbergerstr. 37; Grand Hotel Alexanderplatz (Blauer Saal), Eingang Neue Königstraße; Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12; Vereinshaus Stier, Linienstr. 96; Johannisäle, Johannisstr. 20. Für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen ist Sorge zu tragen. Das Wahlkomitee.

Achtung! Den Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg findet am Montag, den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Charlottenburger Volkshaus, Rosinenstr. 3, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Dr. Albert das Thema behandelt: „Welches Interesse haben die Frauen am Ausfall der Reichstagswahl?“. Freie Diskussion. Zahlreicher Besuch wird auch von den Männern erwartet. Die Kreis-Vertrauensperson Frau Thiele.

Achtung! Den Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg zur Kenntnisnahme, daß sich das Central-Wahlbureau vom Montag, den 8. Juni, ab im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, im unteren kleinen Saale befindet. Alle Zuschriften sind dann an Genosse Wilh. Eberhardt, Central-Wahlbureau, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, zu richten.

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Hällisch-Schwabisch-Krossen-Sommerfeld. Dienstag, 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Großer, Dirlsenstraße 39, vorn 1 Treppe (früher an der Stadtbahn). Parteigenossen! Der Tag der Wahlen rückt immer näher. Daß wir es mit den schärfsten Gegnern im Kreise zu thun haben, und diese die schändlichsten Verleumdungen und Lügen gegen die Socialdemokratie schleudern, das beweisen ihre Flugblätter. Es gilt deshalb unversäumt, die eifrigste Agitation namentlich auch am Wahltag im Kreise zu betreiben. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, sowie der übrigen Genossen aus dem Wahlkreise, zu erscheinen, um am 16. Juni dem Genossen Silberstein zum Siege zu verhelfen! Genossen, welche gewillt sind, dem Verein beizutreten, können sich beim Genossen Eimer, Fruchtstr. 69 vorn 4 Tr. rechts, melden.

Achtung, Radfahrer Charlottenburgs! Radfahrer, welche am Tage der Wahl während der Dauer des ganzen Tages im Kreise Beeskow-Storow thätig sein wollen, werden gebeten, ihre Adresse an Genossen Ruff, Luroggenstr. 10, II. Aufgang 4 Tr., abzugeben.

Schmargendorf und Grunewald. Am Montagabend findet im Restaurant „Sanson“ in Schmargendorf, Aufseerstr. 20, eine öffentliche Wählerversammlung statt mit einem Vortrag über: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen.“ Zahlreiche Beteiligung, auch seitens der Frauen, erwartet. Das Wahlkomitee.

Steglitz. Montag, den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Gambrius“ eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent Stadtverordneter Paul Hirsch. Es wird gebeten, für einen recht zahlreichen Besuch zu agitieren. Ferner bitten wir die Genossen, welche am Tage der Wahl sich dem Komitee zur Verfügung stellen wollen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Nowawes-Neuendorf. Montag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Bernhardischen Lokal, Priesterstraße, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher unser Reichstagskandidat Fritsch über: „Die Sünden des vergangenen und die Aufgaben des kommenden Reichstages“ referieren wird. Die Parteigenossen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß diese Versammlung eine recht impoante wird.

Mariendorf und Umgegend. Am Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von H. Reichardt (Bis. Weis), Mariendorf, Feldstraße, Ecke Ring-Gasse, eine Wahlvereins-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten. Gäste, auch Frauen, sind hierzu eingeladen. Der Vorstand.

Rixdorf. Am Montag, 8. Juni, findet in Thieles Festsaal, Bergstr. 51/52, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Litfin über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ spricht. Allgemeine Beteiligung ist Pflicht!

Treptow. Am Montag, den 8. Juni, findet bei Jaroschewsky (Feldschlößchen, Eilenstraße) eine große öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Hildebrandt über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl sprechen wird.

Treptow - Baumshuldenweg. Heute, Sonntag, früh: Flugblatt-Verbreitung. Treffpunkt für Treptow 7 1/2 Uhr bei Ved, Nieholzstraße 6 und Neue Krug-Allee 62; für Baumshuldenweg 8 Uhr bei Steffeldt, Baumshuldenstr. 84/85. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich einzufinden.

Köpenick. Mittwoch, den 10. Juni 1903, abends 8 Uhr: Wählerversammlung im Lokal des Herrn Ringeltaube, Stadt-Theater. Referent Genosse Jubel. Die Gegner sind hierzu besonders eingeladen. Es wird jedem freie und unbeschränkte Redezeit gestattet. Es ist Pflicht aller, zu erscheinen. Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen Genossen, welche sich am Tage der Wahl dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen wollen, sich bei dem Genossen Franz Weber, Kiekerstraße, oder Arthur Wahne, Müggelheimerstr. 19 II, zu melden.

Adlershof. Dienstag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal von Wöllstein eine öffentliche Wählerversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Frau Emma Jhrer einen Vortrag über „die bürgerlichen Parteien und die Socialdemokratie“ hält. Außerdem steht auf der Tagesordnung: Wahl einer weiblichen Vertrauensperson. Die Genossen werden hierdurch aufgefordert, sich dem Wahlkomitee für den Wahltag recht zahlreich zur Verfügung zu stellen und ihre Meldungen möglichst sofort mit Angabe, ob für den ganzen oder halben Tag an die Genossen Hildebrandt, Löwenthal, Stemmwedel oder Tempel gelangen zu lassen. Besonders die Radfahrer werden ersucht, sich am Tage der Wahl in den Dienst der Arbeiterfrage zu stellen und dies ebenfalls den obigen Genossen rechtzeitig zu melden. Das Wahlkomitee.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Morgen Montag, abends 9 Uhr, findet in Pankow im Lokal Koch, Kreuzstr. 3/4, eine öffentliche Versammlung statt, wo Genossin Ida Altman über „Die kommende Reichstagswahl und das Frauenstimmrecht“ sprechen wird. Genossen, erscheint massenhaft in dieser Versammlung, da es wahrscheinlich die letzte ist vor den Wahlen. Genossinnen, beweist durch Euer Erscheinen, daß Ihr das Recht fordert, auch in öffentlichen Dingen mitzureden.

Lokales.

Erpfeher.

Den Berliner Freisinnigen blieb es vorbehalten, Ausbeuterpraktiken verwerflicher Art, die sich im Handel eingemischt haben, auch in den Wahlkampf einzuführen. Die Handlungsgesellen führen seit Jahren Klage über die zunehmende Unsitte, daß die kleinen Kaufleute zu Zeiten besonders starken Geschäftsganges kein Personal engagieren, sondern von ihren Lieferanten die benötigten Hilfskräfte, Verkäufer usw. geliehen bekommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß rechtlich kein Handlungsgeselle gezwungen werden kann, eine andere Arbeit zu verrichten, als die, für die er angestellt wurde; aber ebenso zweifellos ist es, daß der wirtschaftliche Druck stärker ist als das formale Recht, und so müssen Tausende von Handlungsgesellen sich darin fügen, als Ware behandelt zu werden, die der Besitzer nach Belieben veräußern kann.

Diesen Menschenhandel der Wahlagitatorien dienstbar zu machen, um „billiger zu arbeiten“ versucht nun die politische Partei, die in Berlin die Vertretung des Handelskapitals befragt: die Freisinnige Volkspartei. Man ist von den Herren starke Stöße gewöhnt; aber das vertrauliche Mundschreiben, welches der Vorstand des Wahlvereins der „Fortschrittspartei“ im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis an die freisinnigen Kaufleute verschickt, übersteigt alles, was man von dieser Partei ausgespielt und brutaler Arbeiterfeindschaft erwarten durfte. Das vom 20. Mai datierte Mundschreiben lautet:

Sehr geehrter Herr!

Sie waren bei früheren Wahlen so freundlich, uns eine Anzahl junger Leute als Helfer zur Verfügung zu stellen. Wir bitten Sie auch diesmal um dieselbe Vergünstigung, und ersuchen Sie ergebenst, uns auf beifolgender Karte mitzuteilen, wie viele Hilfskräfte Sie uns am 16. Juni schon vormittags von 9 Uhr ab, resp. nachmittags von 1 Uhr ab zuweisen können. Ihrer gest. Nachricht recht bald entgegengehend, zeichnet Hochachtungsvoll Der Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei im II. Berl. Reichstagswahlkreise. J. A.: Perls, stellb. Vorsitzender.

Man bedente, was das heißt: Handlungsgesellen, Arbeiter, die unter dem Joch ausbeuterischer Fronarbeit seufzen, sollen gezwungen werden, am Wahltag für die Befestigung der Herrschaft einer Partei thätig zu sein, die sich als ihr bornierter und gefährlicher Feind erwiesen hat. Kein ehrlicher und vernünftiger Handlungsgeselle kann aus Ueberzeugung für den Freisinn werben, der in der Frage des Rennuhr-Radenlaufes auf der Seite der rückständigsten Unternehmerr kämpfte. Noch ist es unübergehen, wie damals „Freisinnige Zeitung“ und „Vossische Zeitung“ um die Bette Klageslieder anstimmten über den Ruin, mit dem dieser „Eingriff in die persönliche Freiheit“ die Kaufleute bedrohe. Die Herren fragen auch gar nicht nach der Ueberzeugung: sie lassen es sich nicht genug sein, ihren Lohnlaben gegen elende Bezahlung das Marx aus den Knochen zu pressen, sie meinen, daß so ein armer Teufel ihnen für die lumpigen paar Thaler, die er sich schwer genug verdient, auch noch seine politische Ueberzeugung, seine Ehre mitverkaufen! Das Strafgesetz bedroht mit Gefängnis nicht unter einem Monat denjenigen, welcher um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung nötigt; neben der wegen Erpressung erkannten Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Wir bringen den Herren diese Bestimmungen des Strafgesetzes in Erinnerung. Es ist ein „rechtswidriger Vermögensvorteil“, den sie sich durch Erpressung der bezahlten Arbeit der Schleppe am Wahltag zuwenden wollen; und auch die Voraussetzung der Gewaltanwendung ist ohne Zweifel in allen den Fällen gegeben, wo die Furcht vor Entlassung die Hungerpeinliche den Angestellten zwingt sich zu fügen. Daß diese Drohung erst ausgesprochen wird, mag juristisch eine Voraussetzung für das Delikt sein; aber auch unangegprochen wirkt die Drohung bei dem vorhandenen Abhängigkeitsverhältnis. Sollten die Freisinnigen in Berlin bereits so auf den Hund gekommen sein, daß sie nicht einmal mehr gegen Bezahlung Leute für die Wahlagitatorien finden? Das würde das eben gekennzeichnete Vorgehen zwar erklärlich, aber nicht entschuldbar machen.

Besteuerung in Berlin?

Ein Wiener Arzt ist am Freitagnachmittag unter sehr verdächtigen Umständen im städtischen Krankenhaus in Charlottenburg gestorben. Der Verstorbene, Dr. Sachs, kam vor fünf Wochen hierher, um sich im Institut für Infektionskrankheiten weiter auszubilden und dann zu weiteren Forschungen nach Paris zu gehen. Im hiesigen Institut infizierte er sich bei bakteriologischen Arbeiten durch einen Hautriß auf der oberen Handfläche. Die Gefahr der Ansteckung scheint er nicht genügend beachtet zu haben. Er sagte niemand etwas von dem Vorfalle. Am Donnerstagabend verschlummerte sich das Uebel, das er sich zugezogen hatte, so daß er sich veranlaßt sah, das städtische Krankenhaus in Charlottenburg aufzusuchen. Dort erkannte man sofort den Charakter der Ansteckung und ließ Dr. Sachs unverzüglich unter allen Vorichtsmaßnahmen mit einem Sanitätswagen nach der Charité bringen, wo er in einer Isolierbarade behandelt wurde, aber bereits gestern nachmittags 3 1/2 Uhr starb.

Heute mittag fand aus Anlaß dieses Todesfalles in der Charité eine Konferenz statt, an der die Polizeipräsidenten von Berlin und Charlottenburg, v. Borries und Steifensand, der Geheimmedizinalrat Dr. Kirchner vom Kultusministerium, die Direktoren der Charité, Generalarzt Dr. Schaper und Geheimrat Müller, die Geh. Medizinalräte Bugdorf und Kessel vom Reichs-Gesundheitsamt, der Geh. Medizinalrat Dr. Wehmer vom Polizeipräsidentium, Geh. Rat Dr. Dönig vom Institut für Infektionskrankheiten, der Direktor des städtischen Krankenhauses in Charlottenburg Dr. Vessel-Hagen, der Geheimmedizinalrat Kreisarzt Dr. Klein und Geheimrat Strauß, der Dirigent der 2. medizinischen Klinik der Charité teilnahmen. Nach Schluß der Konferenz, die mehrere Stunden dauerte, faßte der Polizeipräsident v. Borries folgenden amtlichen Bericht ab: „In der Isolierbarade des Charité-Krankenhauses starb gestern nachmittags unter sehr verdächtigen Erscheinungen ein junger Arzt aus Wien, Dr. Milan Sachs, der seit einiger Zeit an hiesigen Instituten für Infektionskrankheiten sich mit bakteriologischen Arbeiten beschäftigt hat. Es sind bei den zuständigen Behörden in umfassender Weise die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, so daß eine Verbreitung der Krankheit als ausgeschlossen betrachtet werden kann.“

Zu dem Tode des Arztes Dr. Milan Sachs werden noch einige Einzelheiten mitgeteilt. Der junge Arzt galt als ein hoffnungsvoller, tüchtiger Forscher auf dem Gebiete der Pestkrankheit, der schon in Wien mit großem Eifer seinen Arbeiten oblag. Daß er die Verletzung und Ansteckung nicht von vornherein ernstlich nahm, muß bei einem Spezialforscher um so mehr auffallen. Es ist wohl anzunehmen, daß er geglaubt hat, mit ihr allein fertig werden zu können. Als er das Charlottenburger Krankenhaus aufsuchte, um dort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, war es leider schon zu spät. In der Isolierbarade in der Charité wurde sofort alles gethan, was noch zu thun war, eine Rettung des jungen Lebens aber war nicht mehr möglich. Nachdem der Charakter der Krankheit erkannt war, richteten sich, wie Polizeipräsident v. Borries schon mitteilte, alle Maßregeln unverzüglich auf die Verhütung einer Weiterverbreitung der Seuche. Die Wohnung des Verstorbenen wurde desinfiziert, die Familie, bei der er gewohnt hatte, nach der Charité gebracht und dort in den Paraden isoliert. Bei der Ueberführung nach Berlin war schon dafür gesorgt worden, daß der Kranke mit möglichst wenig Personen in Berührung kam. Diese, der Förster der Charité, der die Aufnahme bewirkte, die behandelnden Ärzte, die Wärter, die Ärzte, mit denen Dr. Sachs im Institut zusammen arbeitete, wurden ebenfalls in den Paraden abgeordnet. Außerdem wurden alle Personen, mit denen der Erkrankte auch nur irgendwie zusammenkam, zum Schutz gegen die Ansteckung geimpft. Die Paraden wurden gegen den übrigen Teil der Charité und die Außenwelt streng abgeperrt. Der Besuch der Angehörigen von Infektionskranken, der sonst jeden Sonntagabend gestattet ist, wurde gestern ausnahmslos untersagt. Ein Anschlag an den Infektionsbaraden teilte den Leuten, die zur gewöhnlichen Besuchszeit erschienen, mit, daß er ausfalle; der Grund wurde nicht angegeben, um unnötige Verunsicherung zu vermeiden. Daß ein Grund zu Befürchtungen nicht vorliegt, sagt schon der amtliche Bericht mit den Worten, daß nach allen den Maßregeln, die ohne Säumen getroffen wurden, eine Verbreitung der Krankheit als ausgeschlossen betrachtet werden kann.

Krankenhaus-Behandlung und Wahlrecht. Eine recht nachlässige Art der Buchführung scheint bei der Armen-Direktion des Berliner Magistrats beliebt zu werden. Wir haben bisher angenommen, daß die mangelhafte Aufstellung der Wählerlisten auf die Schnelligkeit zurückgeführt werden müßte, mit der zunächst die Aufstellung erfolgt ist. Es scheint dies aber nicht die einzige Ursache zu sein. Bei uns kommen jetzt Beschwerden darüber, daß der Magistrat die verlangte nachträgliche Eintragung in die Wählerliste ablehnt, weil der Reklamant oder Familienangehörige von ihm im Krankenhaus behandelt wurden, trotzdem die Kosten innerhalb der vom Magistrat gestellten Frist voll bezahlt sind. Auf unsre von befreundeter Seite beim Wahlbureau erfolgte Reklamation wurde, nach Vorzeigung der Quittung über den gezahlten Betrag, nunmehr die nachträgliche Eintragung bewirkt.

Die Urfahe der Schereereien und Laufereien sind in der mangelhaften Geschäftsführung bei der Armen-Direktion zu suchen, die zwar mit peinlichster Sorgfalt jede Aufnahme in das Krankenhaus bucht, aber nachher die erfolgte Zahlung nicht beachtet. Diejenigen Wähler, die ihre nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste beantragt haben, aber jetzt zurückgewiesen werden, weil sie oder ein Familienangehöriger im Krankenhaus behandelt sind, trotzdem sie die vollen Kosten bezahlt haben, müssen bis spätestens Dienstag, den 9. Juni, nach dem Wahlbureau gehen und dort ihre Quittung über die erfolgte Zahlung vorlegen. Nach dem 9. Juni können keine Aufnahmen mehr erfolgen. Die Armen-Direktion sollte aber doch etwas korrekter ihre Bücher führen.

Der Freisinn in Geldnoten. Vom Vorstand des Freisinnigen Vereins „Noah“ wird gegenwärtig der Vorschlag geschwungen, um die nötigen Wahlmoneten zusammenzusetzen. Diejenigen Wähler, von denen man hofft, daß sie freisinnig wählen werden, erhalten ein gedrucktes Vettelbrieflein folgenden Hauptinhalts:

Sehr geehrter Herr!
Der Wahlkampf schlägt täglich höhere Wellen, und wir haben kein Geld! Wohin soll das führen! Es ist daher dringend nötig, daß jedes Parteimitglied sein Scherflein mit beisteuere. Sie haben uns bisher einen Beitrag nicht gewährt. Daher bitten wir Sie dringend, uns auf anliegender Postkarte gest. umgehend mitteilen zu wollen, welchen Betrag wir bei Ihnen einziehen dürfen. ... Wir hoffen daher zubezwecklich, keine Fehlbilte mehr zu thun, wenn wir Sie wiederholt und dringend ersuchen, uns mit einem, wenn auch noch so geringen Beitrag zu unterstützen.

Hochachtungsvoll
Schriftsteller Schöler, Rector Schöler, Vorsitzender.
Wirlich während! Man sieht also auch hier wieder, wie es mit dem Opfermut der Freisinnigen bestellt ist. Für ihre „Ideale“ rüden sie keinen Pfennig heraus. Trotz aller herbeizubewegenden, wiederholten und dringenden Bitten ihrer Führer halten sie ihre wohlgefüllten Taschen zu. Und dabei hoffen diese Leuten noch immer, die Socialdemokratie erfolgreich bekämpfen und die „große liberale Idee“ verwirklichen zu können. Armer Freisinn, seine Bigigkeit ist seiner Principienlosigkeit würdig. Wie war's mit

einem kleinen Pump bei uns? Vielleicht ist dies noch das einzige Mittel, den freimütigen Parteiführern aufzuhelfen, denn die antisemitischen Verbände der Freimütigen danken jedenfalls ihrem Schöpfer, daß sie selbst nichts haben.

Gast-Kommentar unserer Gegner. Wie die bürgerliche Klasse in ihren Wähler-Versammlungen das Gastrecht achtet, das die als Gäste eingeladenen Socialdemokraten fordern dürfen, das haben wir mehrfach gezeigt. Welchen Gebrauch die Angehörigen bürgerlicher Parteien in fremden Versammlungen, in denen sie als Gäste erscheinen, von dem ihnen selber gewährten Gastrecht machen, das ist nicht minder interessant. Im fünften Wahl-Treife gab am Freitag Herr Bruhn, der Hauptling der Berliner Radikal-Antisemiten, der hier die Rolle eines Durchfalls-Kandidaten übernommen hat, eine Probe antisemitischen Gast-Kommentars zum besten. Er erwähnte eine liberale Wähler-Versammlung, die er in der Provinz mitgemacht habe. „Eine liberale Wähler-Versammlung“, sagte er, „das heißt: die Liberalen hatten sie einberufen, aber besucht war sie von Antisemiten, und“, so fügte er mit breitem Grinsen hinzu, „wir haben die Herren nachher ausgepiffen.“

Herr Bruhn ist Verleger und spiritus rector der „Staatsbürger-Zeitung“, die Tag für Tag um die Wette mit der „Freimütigen Zeitung“ des Herrn Richter darüber jammert und schimpft, daß von unsren Genossen in gegnerischen Versammlungen ruhestörender Lärm verübt und die Veranstalter der Versammlungen terrorisiert würden. Derselbe Bruhn prahlte öffentlich, daß er und seine Kumpane da, wo sie einmal die Mehrheit bildeten, ihren Gegnern eine Antwort erteilt haben, die in seiner „Staatsbürger-Zeitung“ und von ihm selber in seinen Versammlungen sofort als „Aufheisterung“, „Fechtheit“, „Terrorismus“ usw. bezeichnet werden würde, wenn die pfeifenden Gäste eben nicht Antisemiten, sondern Socialdemokraten gewesen wären.

Seidenkarl in der Klausurkammer. Unter eigenartigen Umständen gelang es gestern der Polizei einen Eindringler abzufassen, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen und unter Polizeiaufsicht stand. Der Dieb, der den Beinamen „Seidenkarl“ führt, hatte sich in der gestrigen Nacht mit einem bisher noch nicht ermittelten Komplizen in dem Hause Neue Königsstr. 13 eingeschlichen lassen. Die Verbrecher drangen dann in die Gesellschaft der in dem Hause befindlichen Theatralischen Wäcker, nachdem sie sich den Zugang durch Zerschneiden der Thüröffnung verschafft hatten und stahlen hier die gesamten Bekleidungs- und Wäscheutensilien. Bettten der Gesellen, sowie etwas Bargeld, das sich die Leute geparkt hatten. Aus dem Raube wurde ein großes Bündel gemacht und nun wollten die Diebe den Rückzug antreten. Die mit einem Schloßschloß versehene Haustür war aber abgeschlossen und sie gewaltsam zu öffnen durften die Eindringlinge nicht riskieren, da in der Neuen Königsstr. auch nachts ein ständiger Verkehr herrscht, außerdem auch auf dem Hofe des Grundstücks der Privatwäcker einer Fabrik weilt. So schleppten sie das gestohlene Gut 4 Treppen hinauf und legten es vor die Wodentür. Die beiden Eindringler selbst ließen sich auf den Treppenhöfen der dritten resp. ersten Etage nieder, um dort zu schlafen, bis das Haus geöffnet würde. Gegen 5 Uhr früh wurde der Einbruch entdeckt und fast gleichzeitig der in der ersten Etage liegende „Seidenkarl“ aufgefunden. Man hielt ihn fest, bis von der 18. Postzeitwache, die sofort verständigt worden war, Schutzleute herbeikamen. Durch den Tumult war auch der Komplik nach geworden, der namentlich gemächlich die Treppe herunterkam und an seinen Genossen und den neben ihm stehenden Leuten vorbeiging. Er wurde zwar gefragt, was er in dem Hause zu thun habe, doch ließ man ihn auf seine Antwort hin, daß er vier Treppen hoch als Schlafbürsche wohne, passieren.

Der rätselhafte Erkrankungsfall des Gemeindeführers Fritz Müller hat seine Aufklärung gefunden. Der Kranke, welcher in der schulfreien Zeit einen blauen Handelmann durch die Straßen führte, war, wie gemeldet, in der Bernauerstraße plötzlich zusammengebrochen unter krankheitsartigen Erscheinungen, die die Anstellung polizeilicher Recherchen erforderlich machten. In der Charité, wohin Müller gebracht wurde, ist nunmehr festgestellt, daß der Kranke von einem Giftschlag getroffen worden war. Er hat sich noch mehrjährigem Krankenlager wieder soweit erholt, daß er in den nächsten Tagen aus dem Krankenhaus wieder entlassen werden kann.

Sohn wieder ein Rinderfreund festgenommen worden. Ein junger 23jähriger Mann wurde beobachtet, als er in der Reichstraße ein sechsjähriges Mädchen an sich lockte und mit diesem in das Haus Nr. 23 hineinging. Bevor er noch seine nichtswürdige Absicht zur Ausführung bringen konnte, wurde er von den Zeugen des Vorfalls festgenommen und der Polizei übergeben. Der Verhaftete soll ein Kaufmann, der Sohn einer wohlhabenden Witwe sein.

Aus der Klee gefahret wurde gestern die Leiche des Handelsmannes Neundorf aus der Montanstraße 101, dessen Selbstmord am zweiten Pfingstfeiertag auf einem Sternendampfer große Aufregung verursachte. Der 44 Jahre alte Mann betrieb mit seiner etwas jüngeren Frau einen Straßenhandel mit Obst, geriet aber oft mit ihr in geschäftlichen Zwist. Nach 24jähriger Ehe, aus der drei Kinder hervorgingen, verließ ihn die Frau vor vier Wochen. Seitdem war er misanthrop, klammerte sich nicht mehr um seinen Handel und sprach im Hause mit niemand mehr ein Wort. Als er am 2. Feiertag abends um 1/2 Uhr mit dem Dampfer von der Obersee zurückkehrte, sprang er gegenüber dem holländischen Kohlenplatz an der Holzmarktstraße plötzlich über Bord und ging unter. Rettungsversuche, die vom Dampfer aus sofort unternommen wurden, hatten keinen Erfolg. Gestern wurde die Leiche wenig unterhalb des Kohlenplatzes an der Gasanstalt angeschwemmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Auf der Strafe vom Tode erlöst wurde gestern nachmittag die 58 Jahre alte Frau des Nachtwächters Werlee, Johanna geb. Steine, aus der Wuggenhausenstr. 4 zu Nichtenberg. Die Frau brach gegenüber dem Eingang zum Bahnhof Alexanderplatz auf dem östlichen Bürgersteig plötzlich bewußtlos zusammen und starb in einer Drochke, mit der ein Schuhmann sie nach der nächsten Unfallstation brachte, wahrscheinlich am Herzschlag.

Im Humboldthain erhängt hat sich der 51 Jahre alte Maschinenbauarbeiter Gustav Grunwald aus der Bernauerstr. 8. Grunwald, der in kinderloser Ehe lebte, war acht Jahre lang in der Maschinenfabrik von Hoppe in der Gartenstraße beschäftigt. Als die Fabrik von der Gartenstraße nach Reinickendorf verlegt wurde, nahm man ihn nicht mit, weil er früher einmal ohne Grund die Arbeit niedergelassen hatte und nur auf seine dringenden Bitten wieder angenommen worden war. Seitdem suchte er vergeblich neue Beschäftigung, hatte aber keine Nahrungsvorsorgen, weil seine Frau als Köchin einen guten Verdienst hat. Seit vier bis fünf Wochen schwermütig, stand er am Donnerstagsmorgen um 4 Uhr auf und verließ die Wohnung unter dem Vorwande, daß er einen dringenden Gang zu besorgen habe. Nichts Gutes ahnend, wollte seine Frau ihm folgen, er hatte aber die Thür von außen verschlossen, und bevor sie den zweiten Schlüssel fand, war er schon weit weg und nicht mehr zu sehen. Gestern abend fand ihn ein Knabe, der im Humboldthain spielte, dort in der Nähe des Denkmals als Leiche an einem Baume hängen.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Nacht zum Sonnabend wurde ein größeres Lösungsgebot nach der Dredenerstr. 132 gerufen. Hier war auf nicht ermittelte Weise kurz nach Mitternacht auf dem Boden Feuer ausgebrochen, das an dem in den zahlreichen Bodenkammern aufgestellten Gerümpel und Hausrat reiche Nahrung fand und bei Anbruch des ersten Lösungsgebotes aus der Reichenbergerstraße schon auf den Dachstuhl übergesprungen war. Die Wehr setzte dann auch sofort mehrere Schlauchleitungen in Tätigkeit und griff den Brand von verschiedenen Seiten an. Inzwischen dauerte es doch fast eine Stunde, bevor die Kammern erlosch waren. Die Auf-

räumungsarbeiten nahmen dann noch stundenlang in Anspruch. Ein großer Teil des Dachstuhles ist vernichtet. In der Stallschreiberstraße 58 (Moritzplatz) mußte Sonnabendnachmittag gegen 3 Uhr ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Die übrigen Alarmierungen betrafen nur ganz unbedeutende Brände.

Berliner Arbeitsverein für Obdachlose. Im Mai nächstigen im Männerasyl 21.100 Personen, wovon 10.030 badeten; im Frauenasyl 5033 Personen, wovon 1338 badeten. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer: Wiesenstr. 55/56, für Frauen: Fühlisierstr. 5.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Der Unterricht in Nationalökonomie fällt am 8. und 15. Juni aus. Der Unterricht in Geschichte findet am Dienstag und Donnerstag statt.

25 Pfennig-Sonntag im Zoologischen Garten! Der heutige Sonntag als erster im neuen Monat bringt bekanntlich die von den großen Massen der Bevölkerung Berlins stets freudig begrüßte Ermäßigung des Eintrittspreises auf nur 25 Pf. pro Person, welche Gelegenheit auch diesmal noch Kräfte von Jung und Alt ausgenutzt werden dürfte. Am Nachmittag konzertieren im Garten ab 4 Uhr drei unserer beliebtesten Gardetapellen. Besonders hingewiesen sei auf den verdienten auf das in der „Arena“, am Elefantenhause, ausgestellte Hagenbecksche Nilpferd-Elefantenweibchen mit langem Elefantenschnabel, ein entzückendes kleines Tier, welches einem Spielzeuglasten entnommen zu sein scheint und jedenfalls eine noch nie dagewesene Sehenswürdigkeit ist. Neben dieser Gruppe präsentiert sich ein Thekodonpony mit Zwergfohlen.

Caspar's Panoptikum in der Friedrichstraße 165 erfreute während der Pfingsttage seine zahlreichen Besucher durch ein besonders geschmackvolles Spezialitätenprogramm und erzielte dementsprechend lebhafteste Anerkennung. In der That bieten verschiedene Novitäten Ausgezeichnetes. So beispielsweise der Spiritist, Gedankenleser und Tausendfüßler Hr. Glade mit seinen Enthüllungen über das „Medium Anna Nothe mit den Wundern der vierten Dimension und andern unerklärlichen Sachen“, für die selbst der gewiegteste Spiritist eine Erklärung kaum finden dürfte. Gleich fesselnd sind die Darbietungen des „Gummimenschen“ Spruntelli; derselbe muß als ein wahres anatomisches Unikum bezeichnet werden. Den Löwenanteil des Erfolges darf aber Herr Fortschrittlich, der wunderbare Geiger, der „Paganini redivivus“ für sich in Anspruch nehmen. Er, wie seine Kapelle bilden einen Magnet allerersten Ranges für Caspar's Panoptikum.

Rixdorf. Auf der Baustelle des Rixdorfer Stiglavals geriet gestern der Arbeiter Lehmann aus Berlin mit der linken Hand zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen, wobei ihm der Daumen völlig zerquetscht wurde. Der Verunglückte erhielt in der hiesigen Unfallstation die erste Hilfe. — Beim Abspringen von einem Arbeitsfuhrwerk während der Fahrt kam der Arbeiter Wenzel in der Bergstraße zu Fall. Er geriet hierbei mit dem linken Fuß unter die Räder des schwerbeladenen Fuhrwerks, die ihm den Fuß total zermalmten. Der Unglückliche fand Aufnahme in hiesigen Krankenhaus. — Eine Polizeiverordnung für Rixdorf verbietet bekanntlich den Straßenhandel mittels Fuhrwerks. Viele kleine Händler, die sich vor Erlaß der Verordnung zwar mühselig aber redlich ihr Brot erworben, sind nunmehr existenzlos geworden und zum Teil in bittere Not geraten; andre wiederum, welche trotz des Verbotes den Straßenhandel ausüben, haben schon hohe Strafen zahlen müssen. Insbesondere wundert man sich in der Bürgerschaft, daß „Klingel-Volle“ und die „Milch-Centrale“ ihren Straßenhandel mittels Fuhrwerks nach wie vor ungeniert weiter betreiben, und zwar nicht nur mit Milch, sondern auch mit Butter, Käse, neuerdings auch Spargel etc. Höchst selten kommt ein Richter dieser Großbetriebe zur Anzeige. Am Freitag stand ein Richter von Volle vor dem hiesigen Schöffengericht, welches denselben zu 10 M. Geldstrafe verurteilte. Mitangeklagt war ferner der Vollesche Hof-Inspektor Müller, welcher den Richter zu der Hebertretung angepöbelt haben sollte. Dies konnte jedoch nicht erwiesen werden und so erfolgte die Freisprechung. Wäre es nicht richtiger, an Stelle der schuldlosen Richter die Betriebsunternehmer zu fassen?

Soziale Rechtspflege.

Schadenersatzklage eines Arbeiters wegen Berufserklärung durch die schwarze Liste des Metallindustriellen-Verbandes.

Der Guspinger Steinlund war auf Veranlassung der Berliner Firma Kehlring u. Thomas, die ihn wegen Ermunterung seiner Arbeitskollegen zum Ausschluss an die Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft entlassen hatte, vom Metallindustriellen-Verband auf die schwarze Liste gesetzt worden. Das hatte auch die Verweigerung des Arbeitsnachweises dieses Unternehmerverbandes zur Folge. Infolge der Berufserklärung wurde St. auch von der Firma Kruidt, wo er nach der Entlassung durch Kehlring Arbeit erhalten hatte, wieder entlassen. Erst nach geraumer Zeit erhielt St. außerhalb seines Berufs die Gelegenheit zu einem, wenn auch erheblich geringeren Verdienst, als er ihn in seinem Berufe hatte. Für den erlittenen Schaden machte er die Firma Kehlring u. Thomas verantwortlich, indem er beim Landgericht auf Schadenersatz klagte, zunächst in Höhe von 1600 M. Unter andern berief er sich auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach zu Schadenersatz verpflichtet ist, wer in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise einem andern vorzüglich Schaden zufügt.

Das Landgericht wies die Klage ab und führte unter andern aus: Wenn auch die Beklagten Kehlring und Thomas dem Kläger vorzüglich Schaden zugefügt haben mögen, so liegt ihrerseits doch kein Verstoß gegen die guten Sitten vor. Auf Grund der Verhandlung rechtfertigte sich die Annahme, daß der Kläger nicht wegen Zugehörigkeit zu seiner Organisation, sondern wegen seiner Agitation unter den andern Arbeitern der Beklagten von dieser entlassen und dem Verbands der Industriellen angezeigt worden sei. Diese Agitation sei zwar, da die Beklagte nicht behauptet, daß sie in einer nach § 163 der Gewerbe-Ordnung strafbaren Weise stattgefunden habe, das Recht des Klägers gewesen, aber nicht jede Rechtsausübung sei zu billigen. Der Kläger bestritt, daß seine Agitation zur Verächtlichmachung und zur Beschädigung zweier Mitarbeiter geführt habe. Auf jeden Fall sei aber anzunehmen, daß sie eine Verächtlichmachung seiner Mitarbeiter, mit denen er unangenehm in Verbindung kam, Zweifeltigkeiten unter den Arbeitern der Beklagten und Ausbreitungen aller Art zur Folge haben konnte, ganz abgesehen von der Unruhe und Unzufriedenheit, die sie hervorgerufen müsse und die den Arbeitsleistungen unzulänglich sei. Statt dies jedoch einzuführen und wenigstens auf die Vorkhaltung des Direktors Kehlring anzuweisen, habe Kläger Kehlring gemüht, daß er ja nur von seinem gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht hätte. Damit habe Kläger zu erkennen gegeben, daß er gewillt sei, auch in Zukunft unter seinen Arbeitsgenossen für die Gewerkschaft zu agitieren. Ein solcher Arbeiter eigne sich aber nicht zur Beschäftigung in Fabriken, wo er fortwährend mit einer großen Zahl anderer Arbeiter in Verbindung komme, möge er auch sonst in seinem Fache brauchbar sein. Die Beklagte gehöre nun einem Verbands solcher Fabriken an. Diese suchten sich durch das Einfordern einer Berufserklärung ihres Arbeitsnachweises vor der Einstellung ungewisser Arbeiter zu schützen. Wenn nun die Beklagte gemäß den Satzungen und Beschlüssen ihres Verbandes diesem Verbands den Kläger als ungewillt bezeichnet habe, um die Verbandsgenossen vor Schaden zu bewahren, dann könne ein Verstoß gegen die guten Sitten darin nicht erblickt werden. Uebrigens gehören auch nicht alle Berliner Metallindustriellen dem Verbands an.

Gegen dieses Urteil legte St. beim Kammergericht Berufung ein, welches zunächst noch Beweis erhob. Es wurde unter andern festgestellt, daß die Vertrauenskommission des Unternehmerverbandes, der auch Herr Kehlring angehört, nach einem Berichte Kehlring's beschloffen hat, St. dauernd zu sperren. Vorher war ein Brief der Firma Kehlring u. Thomas an den Verbands Berliner Metallindustrieller gelangt, worin es heißt: „Begünstigend

auf unsre Unterhaltung... teilen wir mit, daß wir den (Name) und den Guspinger St. wegen Agitation in unsren Verbandsstätten entlassen haben; wie sind der Ansicht, daß es zum Nutzen der Allgemeinheit angebracht wäre, sie bis auf weiteres zu sperren. Auch in Versammlungen, wozu unsre Leute eingeladen waren, haben sie sich in agitatorischer Weise hervorgethan.“ — Der Klage-Antrag wurde in der Berufungssitzung noch näher präzisiert und beantragt, die Firma Kehlring u. Thomas zu verurteilen, den durch die Aussperrung entstandenen Schaden bis zur Höhe von 2100 M. zu ersetzen. Zur Begründung der Berufung wurde ausgeführt: Die Sperre sei eine dauernde, denn sie gehe jetzt schon ins dritte Jahr. Eine solche dauernde Sperre sei, abgesehen von allem andern, auf jeden Fall etwas Unrechtmäßiges. Es sei keinem Menschen das Recht gegeben, einem andern dauernd die Erwerbsmöglichkeit in seinem Berufe zu entziehen. Das sei hier geschehen. Werde in Berlin jemand gesperrt, dann ergehe eine Anzeige an den Gesamtverband der Deutschen Metallindustriellen, dem der Berliner Verband angehört, und der Hauptverband benachrichtige wieder die Vorstände der einzelnen Gruppenverbände. So werde in ganz Deutschland die Erwerbslosigkeit beschränkt. Für die Forderung auf Schadenersatz genüge übrigens schon eine erhebliche Verminderung des Arbeitsmarktes für den Arbeiter. Durch verschiedene Zeugenaussagen sei glaubhaft gemacht, daß durch die Sperre dem Kläger das Fortkommen in seinem Berufe unmöglich gemacht, zum mindesten aber fast unmöglich gemacht worden sei. Für den Schaden müsse die besagte Firma haften, da ohne ihre Anzeige die Sperre nicht verhängt worden wäre. Sie sei Mitbaterin und Mitstifterin; sie habe sich mit einer großen Anzahl von Erwerbsgenossen in dem Verbandsverbanden, in dieser Weise gegen nicht genehme Arbeiter vorgegangen. Die Sperre beruhe auf einer gemeinschaftlichen Vereinbarung von Erwerbsgenossen. Selbst wenn, wie Kehlring und Thomas behaupten, St. unmöglich gewesen wäre, so würde das doch nicht als die Sperre, die Verächtlichmachung der Existenzmöglichkeit in seinem Berufe rechtfertigen. Der Schadenersatz-Anspruch auf Grund der Sperre bliebe ohne weiteres bestehen.

Das Kammergericht wies jedoch am 5. Juni die Berufung St. mit der lakonischen Begründung ab, der oben citierte § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs fände hier keine Anwendung.

Die Küche des Sanatoriums. Frau Moore, die Witwe eines amerikanischen Professors, führte einen Entschädigungsprozess gegen den Stabsarzt a. D. Doktor Schulz-Berden beim Berliner Gewerbegericht. Die Klägerin war als „Oberin“ in dem Sanatorium „Haus Burgfried“, das dem Verbands gehört, in Stellung und hatte eine einmonatige Kündigungsfrist. Es kam zu Differenzen, die in den ersten Tagen des April zur Lösung des Vertragsverhältnisses führten. Frau Moore beantragte nun wegen vorzeitiger unentschuldigter Entlassung 172 M. als Entschädigung für entgangenen Gehalt und für Kost. — Der Beklagte wandte ein, daß er Grund gehabt hätte, die Klägerin ohne Jammern die Kündigungsfrist zu entlassen. Sie habe sich nicht so betragen, wie es einer Oberin zufolgt, auch nicht die von ihr erforderlichen ausreichenden Kenntnisse des Russischen gehabt und zu andern gesagt, in der Küche herrsche Schweinerei. Letzteres bestritt er; aus der Küche beziehe auch er sein Essen. Im Lauf der Verhandlung, die wegen des aufgeregten Wesens der Frau Professor sehr schwierig war, beklagte sich die Klägerin sehr über die Verhältnisse in der Küche des Sanatoriums, besonders über Schmutz, und gab zu, einem ebenfalls bei Dr. Schulz-Berden beschäftigten Mädchen gesagt zu haben, es sehe in der Küche aus wie nach Krätze und Fußschlag. Als der Doktor sich über einen Streit, den sie mit einem andern Angestellten hatte, beklagte, habe sie ihm zu gerufen, daß sie einen Kampf gegen Schweinerei in der Küche führe. Den Herrn Doktor habe sie nicht beleidigt und auch nicht beleidigen wollen. — Die Behauptung der mangelnden Sprachkenntnisse beachtete der Gerichtshof nicht mehr, nachdem festgestellt worden war, daß Frau M. russisch versteht und auch sich russisch verständlich machen kann, wemgleich sie dabei nach Worten sucht. Die verhandelnde Kammer VI wies die Klägerin mit ihrem Entschädigungsanspruch schon deshalb ab, weil sie zu dem Mädchen M. gesagt hatte, die Küche sehe aus nach Krätze und Fußschlag. Der Vorsitzende Dr. Böbling führte dazu aus: Als Oberin, die eine leitende Stellung habe, hätte die Klägerin eine solche Kennerung einer Untergebenen gegenüber thun dürfen. Sie haben damit rechnen müssen, daß das Mädchen die Worte weiter erzähle und daß der Chef unsomehr dadurch schon schwer hätte geschädigt werden können, als es sich um ein Sanatorium handele, wo Reinlichkeit vor allem herrschen müsse. Durch die Kennerung einer Untergebenen gegenüber, habe die Klägerin die aus ihrer Stellung als Oberin sich ergebenden Pflichten schwer verletzt, und dieses Vergehen habe der Gerichtshof als einen „wichtigen Grund“ an, der nach der Gewerbe-Ordnung zur sofortigen Entlassung höherer Angestellter, Betriebsbeamten etc. berechtige. Der richtige Weg, Abhilfe zu schaffen, sei das nicht gewesen. Klägerin hätte sich, wenn Mißstände vorlagen, an ihren Chef wenden oder, wenn dies nichts fruchtete, Anzeige bei der Medizinalabteilung des Polizeipräsidiums machen müssen.

Zur Zahlung von rückständigem Gehalt in Höhe von 27 M. wurde Beklagter seinem Anerkenntnis gemäß verurteilt.

Socialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Zentral- und Transur-Rhein. Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Hamlow, Schönhauser Allee 135: Versammlung. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 7. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, Kleine Franzfurterstr. 6: Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Pst. Doa Altmann: „Kut“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Die nächste Liebesstunde in der Hülfskammer findet morgen, Sonntag am 15. Juni statt. — Deute Ausflüge nach Treptow. Treffpunkt 3 Uhr Restaurant Romenberg, Parkstraße, Ecke Alexander-Randstraße.

Berein für Gesundheitspflege des Volkes Berlin-Moabit. Sonntag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal von Carl Höfer, NW, Badhuhe 8: Vortrag des Herrn Dr. Borger über: „Gestirnsreisen und deren Behandlung in der Familie“. Diskussion. Gäste herzlich willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Hug, Fleming. Beiträge zur Handwerkerfrage. 65 Seiten. Preis 25 Pf. Berlin 1903. Verlagsst. u. Schuch, Alexanderstr. 105.

Centralverband der Glaser und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Protokoll des 10. Verhandlungstages 1903 zu Leipzig. 92 Seiten.

Rau, Albrecht. Farnad, Goethe, D. Strauß und L. Feuerbach über das Wesen des Christentums. 49 Seiten. Leipzig 1903. Verlag C. W. Beller.

Erster Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats zu Gotha auf die Zeit vom 1. Januar 1902. 34 Seiten. Gotha 1903.

Delisch. Im Bande des einlitzigen Parabels. 58 Seiten. Preis gelb 2 M., hart 2,50 M. Stuttgart 1903. Deutsche Verlagsanstalt.

Witterungsüberblick vom 6. Juni 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh. man)	Windrichtung	Windstärke	Temp. in 5 u. 10 u. 15 u. 20 u. 25 u. 30 u. 35 u. 40 u. 45 u. 50 u. 55 u. 60 u. 65 u. 70 u. 75 u. 80 u. 85 u. 90 u. 95 u. 100 u. 105 u. 110 u. 115 u. 120 u. 125 u. 130 u. 135 u. 140 u. 145 u. 150 u. 155 u. 160 u. 165 u. 170 u. 175 u. 180 u. 185 u. 190 u. 195 u. 200	Stationen	Barometer (hoh. man)	Windrichtung	Windstärke	Temp. in 5 u. 10 u. 15 u. 20 u. 25 u. 30 u. 35 u. 40 u. 45 u. 50 u. 55 u. 60 u. 65 u. 70 u. 75 u. 80 u. 85 u. 90 u. 95 u. 100 u. 105 u. 110 u. 115 u. 120 u. 125 u. 130 u. 135 u. 140 u. 145 u. 150 u. 155 u. 160 u. 165 u. 170 u. 175 u. 180 u. 185 u. 190 u. 195 u. 200
Swinemünde	761	SW	2	15	Saparanda	754	—	4	11
Hamburg	767	SW	3	12	Selersburg	—	—	—	—
Berlin	765	SW	3	10	Cort	773	D	3	16
Arnau a. M.	767	SW	3	14	Arberben	—	—	—	—
München	767	SW	3	13	Paris	769	NO	4	14
Wien	764	SW	3	15					

Wetter-Prognose für Sonntag, den 7. Juni 1903. Wenig bis mäßig bewölkt, heiter bei mäßigen nordwestlichen Winden; später neue Lebewegung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.



WAARENHAUS HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49.

Montag
Dienstag
Mittwoch

Vorzugs-Preise

soweit der Vorrath
reicht.

Waschstoffe, aussergewöhnlich billige Posten.

Batist-Percal 80 cm breit, waschecht	24 Pf.	Waschseide imitiert neueste Muster	Mtr. 25 Pf.	Bulgarenstoffe 70 cm breit, neueste Muster,	32 Pf.
Weisse Batiste durchbroch. und gemust., Mtr.	40 50 Pf.	Leinenstoffe und Imitat. mit bunten Streifen für Blusen und Kleider	45 55 Pf.	Blusenzephyr moderne Muster,	Mtr. 35 50 Pf.
Kostüm-Piqué	Mtr. 40 65 Pf.			Stoffe für Knaben-Anzüge	Mtr. 65 95 Pf.

Blusencoupons Batist, Percal etc. waschecht 2 1/2 Mtr. 60 Pf. Die vom Ausschnitt übrig gebliebenen Reste u. Coupons kommen bedeutend herabgesetzt zum Verkauf.

Serie I		Serie II		Serie III	
Piquéstoffe	Werth bis 60 Pf. Mtr. 35 Pf.	Organdy	Werth bis 1,00 Mtr. 60 Pf.	Organdy	Werth bis 1,50 Mtr. 75 Pf.
Brocatstoffe		Satins		Leinen-Noppé Imit.	
Japonais		Foulardine		Leinenstoffe	
Percalstoffe etc.		Fantasiestoffe			

Kleiderstoffe

Voile Elfenbein	Mtr. 95 Pf.
Voile Grenadine glatt und gestreift nur in schwarz	statt 2,10 Mtr. 1,25
Voile Grenadine grosses Farbensortiment	Mtr. 1,45

Seidenstoffe

Japanische Waschseide	Mtr. 95 Pf.
Elegante Blusenstoffe Seide mit Leinen durchbrochen	Mtr. 1,45
Bastseide durchbrochen	Mtr. 1,95
Taffetseide durchbrochen	

Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Erweitert bis Prinzessinnenstr.
Höchste Leistungsfähigkeit
durch seine Riesen-Lager
und den Riesen-Umsatz!
Extra billig! Zurückgesetzte Teppiche. Exemplare! N. 3, 7, 5, 6, 10, 20-100 etc. Gardinen, Portièren, Möbelstoffe, Steppdecken etc.
Pracht-Katalog mit etwa 600 Abbildungen in künstlerischer Ausstattung auf Wunsch gratis u. franco.

Raucht **Manoli** Cigaretten
Weltausstellung Paris 1900 Goldene Medaille.
Überall zu haben. Fabrik Berlin S. 14.

Kinderwagen-Bazar Baby.
Grösstes Spezialgeschäft.
Kinderwagen 12.00, 15.00, 18.00 — 100.00
Sportwagen 4.25, 6.00, mit Korbgeläch 7.50 — 75.00
Bettstellen 10.00, 15.00, 21.00 — 90.00
Grosser, moderne Auswahl.
Centrale: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstrasse. 8014

Jubiläums 25 - Lotterie
Ziehung schon 18. Juni.
Marienburger Loose à 1 M.
11 Loose 10 M., Porto und Liste 20 Pf.
Gewinne können nach Ziehung freihändig oder auf Auktion gut verwerthet werden gegen
Baar-Geld.
3384 Gewinne im Gesamtwerte von
88,000 M.
1 M. 9000 | 1 M. 5000
1 M. 3500 | 1 M. 3000
1 M. 2300 | 1 M. 1200
1 M. 1500 | 1 M. 1000
5 mit M. 5500 | 5 mit M. 1000
66 mit M. 37 000 1747L*
3300 mit M. 18 000
(7 Equipagen, 89 Pferde, 5 Fahrräder u. Silbergewinne)
Loose versendet der General-Debit:
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5 [Telegr.-Adr.: Glücksmüller.]

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie speziell 1719L*
Monatsgarderobe
v. Savatieren zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede fig. pass., sind in gr. Stückn. stets zu raumend billigen Preisen zu haben.
J. Wand, 1. Geschäft: Pringestr. 17, an der Dörfelhorststr.
2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Androssstrasse.

Gute, billige Suppen
Man verlange ausdrücklich „Maggi's Suppenwürfel“ (Schuhmarke) und weise andre Marken zurück.
MAGGI'S Suppenwürfel
Her. Mehr als 50 Sorten.
2 Portionen vorzüglicher Suppe für 10 Pfg.

Prozeß gegen die Pommerubank.

In der Freitag-Sitzung wurden während des ganzen Vormittags die Erörterungen über die Grundzüge fortgesetzt, nach denen die Mitglieder der staatlichen Revisionskommission die Prüfung der Hypotheken und deren Sicherheit sowie deren Beleihungsfähigkeit vorgenommen haben.

Hierauf beantragt Justizrat Bronker, die gerichtlichen Bücherrevisoren Kruse und Huschke darüber zu vernehmen, ob und welche Verluste die Pommerubank erlitten habe.

Sachverständiger Bücherrevisor Kruse trägt das Ergebnis der von ihm in Gemeinschaft mit dem Bücherrevisor Huschke getroffenen Feststellungen dahin vor: Ihnen sei die Bilanz der Berliner Hypothekendarlehenbank (Nachfolgerin der Pommerubank) nebst Geschäftsbericht mit dem Auftrage vorgelegt worden, daraus festzustellen, ob sich auf Grund dieser Bilanz ermitteln lasse, daß die Aktionäre und Pfandbriefbesitzer der ehemaligen Pommerubank durch die Maßnahmen der Reorganisationskommission einen Verlust und eventuell in welcher Höhe erlitten haben.

23 344 676 M. vorhanden sind. Zieht man hiervon den vorerwähnten Verlust von 22 905 000 M. ab, so verbleibt immerhin noch ein Ueberschuß von 439 676 M., das heißt mit anderen Worten: die Aktionäre und Pfandbriefbesitzer können wegen ihrer verloren gegangenen Ansprüche aus diesem Fonds jederzeit voll befriedigt werden.

Auch an dieses Gutachten knüpfen sich längere Diskussionen. Bankdirektor Dr. Gerschel macht gegen das Gutachten eine Reihe buchtechnischer und bilanztechnischer Einwände geltend und sucht nachzuweisen, daß die Verluste tatsächlich vorhanden sind.

Gerichts-Zeitung.

Der abgelehnte Schwiegersohn. Der Friseur Schmidt steht vor dem Schöffengericht unter der Anklage der Verleumdung. Er soll dem Restaurateur Neumann, dessen Tochter Schmidt heiraten wollte, durch einen Brief beleidigt haben.

geburtstagskränzchen. Ich zog meinen schwarzen Anzug an und setzte meinen Zylinder auf und dann stieg ich hin. Da mich die Angststöße 'n bisschen groß is, hatte ich zwei Streifen Papier injeckt, ohne mich anzusehen, was er für Papier war.

Briefkasten der Redaktion.

R. Schulte, Weidenweg 1. Besten Dank für die Flugblätter. Wir waren schon im Besitze derselben. — R. R. Und ist solche Fabrik nicht bekannt. — Köln. Rein. — G. 100. Diese Adresse gemitt. W. B. Frankfurt. — G. E. S. Wir können Ihnen keinen dieser Vereine empfehlen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschäft: 7 Uhr. Kretschmar. Die Grundzüge der Wahlprüfungs-Kommission finden Sie in Nr. 286 der Drucksachen des Reichstags, Session 1897/98, § 7 des Wahlgesezes laut dem Inhalt: Jeder darf nur an einem Ort wählen.

BAER SOHN advertisement featuring clothing items like 'Grüne Herren-Joppen', 'Schwarze Lüster-Jackets', and 'Automobil-Jackets' with prices and store addresses.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 7. Juni.
Freie Volkshäuser, Metropol-Theater. Im Hinterhaus, 13. und 14. Abteilung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner Theater. 1. Oper (rote Karten) 7 1/2 Uhr. Der Bildhauer.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Hugenotten.
Königshaus. Tannhäuser.
Schauspielhaus. Die die Alten jungen.
Königshaus. Die Dufkows.
Neues Opernhaus. Was ihr wollt.
Deutsches. Norma.
 Sonntag 2 1/2 Uhr: Hofenmontag.
Königshaus. Norma.
Berliner. Oberon.
 Sonntag: Der Troubadour.
Residenz. Lustige Ehemänner.
 Vorher: Nach dem Balle.
Königshaus. Diefelbe Vorstellung.
Neues. Was ihr wollt.
 Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Residenz. 100 000 Thaler.
 Sonntag: Mi-Heidelberg.
Central. Was und Wodet.
 Nachmittags: Der Hugenottenbaron.
 Sonntag: Was und Wodet.
 Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
 Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
 Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.
 Sonntag: Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)
 Im weißen Rössl.
 Nachmittags 3 Uhr: Kabale und Liebe.
 Sonntag: Der Meister von Palmyra.
Thalia. Ein toller Einfall.
 Sonntag: Hofmann.
Kleines. Nach dem Balle.
 Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Belle-Alliance. Die Fiedermans.
 Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Carl Weiss. Das Geheimnis des roten Hauses.
 Nachmittags 4 Uhr: Der Glöckner von Notre-Dame.
 Sonntag: Das Geheimnis des roten Hauses.
Metropol. Reue! Reue! Reue!
 Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
 Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Krona. Taubenstraße 48/49.
 Von der Zugspitze zum Watzmann.
 Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Central-Theater. Reue! Reue! Reue!
 Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Der Zigeunerbaron. Abends Anfang 8 Uhr:
Pick und Pocket.
 Sonntag und folgende Tage, 8 Uhr:
Was und Wodet.

Residenz-Theater
 Diefelbe Vorstellung.
Lustige Ehemänner.
 Sonntag in 3 Akten von H. Roesch und Albert Barré. Deutsch v. Schönau.
 Vorher:
Nach dem Balle.
 Sonntag in 1 Akt nach d. Spanischen des H. Carrion von H. Roesch.
 Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
 Der größte Erfolg dieser Saison!
 Zum 147. Male:
Neuestes! Allerneuestes!
 Dramatisches Revue in 5 Bildern.
 Glänzendes Ballet. 300 Mitwirkende.
 Anfang 8 Uhr.
 — Rauchen überall gestattet. —
Belle-Alliance-Theater.
Die Fiedermans.
 Operette von Johann Strauß.
 Karelle Reys, Frau Schuster-Wirth, Siegfried Adler. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance-Theater-Garten:
 Spezialitäten-Vorstellung. Künstler I. Ranges. — Sonntag, 7. Juni, mittags 12 Uhr, zum wohlthätigen Zweck: Spezialitäten-Matinee.
Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurter Straße 132.
 Nachmittags 3 Uhr. Parfett 60 Pf.
Der Glöckner von Notre-Dame.
 Abends 8 Uhr:
Das Geheimnis des roten Hauses.
 Im Garten: Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. The-
 lieders, Turnspielhäuser. Anf. 14 Uhr.

Urania.
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
 Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum
 Friedrichstr. 105.
Neu! Ein spiritistisches Rätsel, Enthüllungen über Anna Rothe.
Neu! Der Gummensch!
Neu! Die Illusion „Auferstehung“.
 Neu! Karl Forscheinrichs gen. Paganini redivivus, mit seiner Wiener Elitekapelle, große Promenaden-Konzerte.

Passage-Theater.
 Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen
 in ihrem Repertoire.
Erna Koschel.
Josefine Delchseur.
 Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über **AGA!**
 die schwebende Jungfrau!
 14 erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Heute am ersten Sonntag im Monat
 Entree **25 Pf.**
 a Person
 Nachm. ab 4 Uhr:
Gr. Militär-Konzert
 (3 Musikcorps),
 In der Arena: Elefantemutter mit saugendem Baby, Shetland-Pony mit Zwergfohlen.

Kleines Theater.
 Unter den Linden 44.
 Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Apollo-Theater
 Täglich: Mit kolossalem Beifall:
Die Liebes-Insel.
 Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
 • Grosses Post-Ballett. •
 Ferner: Neue glänzend. Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.

Neues Theater
 Schiffbauerdamm 4a-5.
 Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
 Zum zweitenmal:
Arche Noah.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Brunnenstrasse 16.
Gr. Theater-Vorstellung.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
 Während der Pause und nach der Vorstellung: Großer Ball.

Bernhard Rose-Theater
 Gesundheitsbrunnen. Badstr. 58.
Paul Taglioni. Ballettparade.
 Helen Chacoh, die 11jährige unerreichte Trapesekünstlerin. Richard Wagner, beliebter Konzert- und Liedersänger.
 Clara Antonio, Kostüm-Soubrette mit neuen Schlägern. Schmidt-Hawkins, beliebter Humorist. Eugonia Wermke, Meisterhaftes-Witzlerin vom Wintergarten. Brothers Shadow, moderne Gladiatoren vom Circus Dufay.
Willy Agoston in
!!! Berlin auf Stelzen!!!
 Anfang 4 Uhr.

Reichshallen.
 Stettiner Sänger.
 In der Klemme.
 Dumoreske von Reffel.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
 Montagabend 8 Uhr:
 Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Der grüne Kakadu.
 Dienstagabend 8 Uhr:
 Diefelbe Vorstellung.

Prater-Theater
 Kaffianen-Allee 7-9.
 Direktion: H. Kalbo.
 Täglich: **Das Bild der Mutter.**
 Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.
 Konzert und Ball. Auftritte renommierter Virtuosen. U. a.: Ada Marcell, Schröder u. Dentor, Relampagos Troupe: Overgard.
 • Ein Ideales Gefängnis •
 Große Fantomime, Mokaschly Troupe.
 Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. St. 50 Pf.

Fröhels Allerlei-Theater
 früher Puhlmann.
 Schönhauser Allee 148.
 Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
 Abends: Die große erfolgreiche **• Juni-Spielplan •**
 Konzert, Theater u. Spezialitäten. Erstklassige Kunstkräfte.
 8 Uhr: Das große Volkstümliche: **Zur rechten Stunde.**
 10 Uhr: Die verkehrte Welt **Figliola.**
 10 1/2: Die Fox-Terrier-Moutte.
 10 1/2: Molly Verch.
 10 1/2: Die Katakomben von Paris.
 Täglich: **Großer Ball.**
 Sonntags 4 Uhr.
 Anfang: Bodenl. 5 Uhr.
 Entree 30 Pf.

Dietz' Spezialitäten-Theater
 Landsberger Allee 76-77
 (Schön! Ringstr.) Ob Regent
 Täglich das unerreichte **Juni-Programm!** Robert u. Bertmann. Umm Doll. Feil Brand. Cafe-Ball. Baccaccio-Trio etc.
 Sonnabend, Sonntag u. Montag Tanz

WINTER GARTEN
 Neues Programm.
 Agnes Sæther, norweg. Soubrette.
 Miss Votana, Schullehrerin.
 Ellmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett.
 Jim und Jam, komische Akrobaten.
 Die Siseras, weibl. Trompetercorps.
 Urbani u. Sohn, akrobat. Produktion.
 Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.
 Diana, amerik. Spiegel tänzerin.
 Adels Moraw, Soubrette.
 Charles Baron in seiner Scene: „Im Löwenkäfig“.
 Allison-Truppe, ikarische Spiele.
 „Der Schönheitspreis“ Ballet-Divert. Biograph.

Ostbahn-Park.
 Am Küstrinerplatz. Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
 Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
 Bei gütig. Witterung im Garten.
 Anthropos, der künstliche Mensch.
 Paul Ybbs, Kunst Imitation.
 H. Schanz, Gelehr. Wendi, Marton.
 Witzloch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

Sanssouci.
 Täglich im Garten:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger.
 Anfang: Sonntags
 Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
 Wochentags:
 Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
 Sonntag, Mont. u. Donnerst.
 nach der Sekree: **Tanz.**

Gossmanns Konzert-Garten.
 SW., Kreuzbergstr. 48.
 Jed. Sonntag:
Gr. Frei-Konzert u. Ball.
 Montag: Eröffnungs-
 Soiree der **Hamburger**
 Sänger. Freitag:
 Norddeutsche
 Sänger.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
 Montagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
 Dienstagabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
 Im Garten täglich Konzert.

Neue Welt.
 Hasenheide 100/14, A. Scholz.
 Sonntag, den 7. Juni:
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Militär-Musik.
 Kapellmeister Berth. Bothe.
 Im neuen Festsaal:
Gr. Familien-Ball.
 Anf. 4 Uhr. Entr. 25 Pf.
 Avis: Freitag, 15. Juni:
 Gr. Sommerfest der Intern. Artisten-Logo.

Etablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Jeden Tag:
Konzert
 des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
 Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Gesellschaftshaus
 Zwirnenbenderstr. 12.
 Tägl. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball.
 Saal für Gesellschaften, Vereine, coulant zu vergeben. Noch einige Sonnabende frei. 10452*

Urania.
 Wrangelstrasse 10/11.
 Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
 Anf. 4 Uhr. Jede Anschlagstulen.
 Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
 10462* C. F. Walter.

Johannisthal.
Raus Park-Restaurant.
 Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
 Kaffeeküche. — Kegelbahn. — Ausspannung. — Saal für Vereine und Versammlungen. 10492*

Achtung, Vereine!
 Juni, Juli, August (auch im Herbst) noch Sonnabende zu Theater, Ballen und Sommerfesten frei unter ganz günstigen Bedingungen frei. 17132*
F. Scholz' Festsäle und Garten
 Gr. Frankfurterstr. 74.
 Auch steht mein Saal zu Versammlungen zur Verfügung. Jeden Sonntag **Großer Ball.** Anfang 4 Uhr.

Schützenhaus Köpenick
 direkt am Bahnhof.
 Recht schattiger Garten m. gross. Spielplätzen. Jeden Sonntag:
Tanz-Kränzchen. Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung. Saal f. Vereine u. Versammlung.

Köpenick, Restaurant Braubach.
 Bahnhof, Strasse 44:
 Empfehle mein Lokal mit Saal den geehrten Vereinen und Familien.
 Gute Küche, ff. Weine u. Biere. Solide Preise. 17212*
Alhambra
 Wallnertheater-Str. 15.
 Jeden Sonntag und Dienstag:
Großer Extra-Ball bei doppelt besetztem grossen Orchester. Anfang 5 Uhr. [10442*] A. Zameitat.
Köpenick.
 Wilhelmsthal u. L. Scheer.
 Rudower- u. Berliner Strassen-Ecke.
 Herrlicher Garten, Kaffeeküche.
 Jeden **Großer Ball.**
 Saal für Vereine etc.
 Versäufene Pfänder!
 Goldschmied wie Brillanten jeder Art, gold. u. silb. Damen- u. Herren-uhren, Ketten, Ringe, Souber u. schön, kostbar verfert. Pfandstücke, Pringentstücke 26, Ede-Ritterstr. 16742*

Am Königsthor, **Schweizer-Garten.** Am Friedrichshain.
Täglich Theater-Vorstellung.
 14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
 Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
 Große Besse mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
 Täglich: **Ball.** Volksbelustigungen. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Klien's Sommer-Theater
 Hasenheide 13-15. — Artistiche Leitung: **Paul Milbitz.**
 Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
 2 hochlegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Rondirel, Blumenstand etc.
 In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
 Empfehle meine
 Säle, 150 bis 500 Personen **Vereinszimmer**
 fassend, und
 zu Versammlungen und Festlichkeiten. 16732*
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Starke Orchester.
 Hochachtungsvoll. Anfang 5 Uhr. **Fritz Schulz.**

Tempelhofer Tivoli
 Tempelhof, Berlinerstr. 50 (bei Mariendorf).
 Jeden Sonntag, im prachtvollen Naturgarten:
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
 Direktion: Emil Schwarz.
Militär-Konzert. Dirigent: **H. Pappmehl.**
 Anfang 4 Uhr. — Entree 10 Pf.
 Im Riesen-Spiegel-Saal:
Grosser Ball. Anfang 4 Uhr.
 Jeden Mittwoch: **Kinderfest, Konzert und Ball.**
 Jeden Donnerstag: **Ehlers Quartett-Sänger.**
 Kaffeeküche — Vier Kegelbahnen — Volksbelustigungen.
 Heinrich Stein.

Mente's Volksgarten
 Lichtenberg, Roederstr. 35/36 (Nach Eingang Landsberger Chaussee)
 25 000 Personen fassend. 8900 Sitzplätze.
Sehenswerthes Etablissement u. Promenadenpark.
 Sommer-Programm:
 Jeden Dienstag und Donnerstag: **Frei-Konzert.**
 Herr Musikdirektor **Otto Görner.**

Sonntags grosses Konzert.
Hamburger Sänger. Im Riesensaal: **Ball, Feuerwerk.** Langmeister **W. Bauer junior.**
 Für 4500 Personen verdeckte Hallen und Zelte.
Kaffee-Küche. Drei verdeckte Kegelbahnen.
Volksbelustigungen aller Art.
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr.
 Eintritt Sonntags 10 Pf. Kinder frei. 1451*
 Der Besitzer **H. Mente,** früher im böhmischen Brauhaus.

„Wilhelmsgarten“, Hirschgarten.
 Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meines grossen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, grossen Saal, verdeckte Kegelbahnen und Kaffeeküche. — Außerdem mein neuerbautes Restaurant **„Zur Waldburg“**,
 liegt am Bahnhof, herrlich im Wald gelegen, mit grossem Saal, 500 Personen fassend, schattigen Garten, Kegelbahnen, Kaffeeküche und Ausspannung. Gutgepflegte Biere, reichhaltige Speisekarte. **Wilhelm Keller,** Gastwirt.

W. Warlichs Paradies-Garten
 131. Schönhauser Allee 131.
 Angenehmer Familien-Ausflugsort. — Volksbelustigungen aller Art.
 Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. 16720*
 Jeden Sonntag: **Großes Konzert.**
 Jeden Dienstag und Donnerstag: **Norddeutsche Sänger.**
 Jeden Mittwoch die beliebtesten Kinderfeste.

Riesen-Zelt-Cirkus Royal
 Tegel, vis-a-vis der Post, Bahnhof-Strasse.
Künstler- u. Kunstreiter-Gesellschaft erst. Ranges
 bestehend aus 40 Personen, sowie 28 gut dressierten Pferden.
 den 7. Juni: **Zwei grosse Vorstellungen.**
 Nachmittags 4 und abends 8 Uhr.
Grosse Sonntag u. Dienstag: Parforce-Vorstellung
 18408 Max Reiffarth, Direktor.

Sportpark Friedenau.
 Sonntag, den 7. Juni, nachm. 4 Uhr:
Drei Dauerrennen über 10, 20 und 50 Km.
 Es starten:
Jimmy Michael, Gornemann, Ryser, Käser, Salzmann. 6/2

Köpenick, Schweizergarten.
 Endstation der elektrischen Straßenbahn Nieder-Schöneweide-Köpenick.
 15 Min. vom Bahnhof Sadowa oder Köpenick. — Reizender (schattiger) Garten für 3000 Personen. — Verdeckte Kegelbahnen. — Kaffeeküche. 10891*
 Ausspannung für 40 Pferde.
 Volksbelustigungen aller Art. **Sonntags: Gr. Tanzmusik.**
Max Reichel, Fernsp. Köp. 122. Früher Alexanderstr. 13.

Wilmsdorf, Wilhelmsau 112, Luisenpark.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: **Garten-Konzert.**
Großes Instrumental-Konzert ausgeführt von der berühmten Damenkapelle unter Leitung ihrer Dirigentin **Pauline Hensel.** — Anfang 3 Uhr.
 Dienstag und Donnerstag: **Frei-Konzert.** **Donnerstag: Frei-Tanz.**
 Jeden Montag: **Frankfurter Sänger.**
Grosser Ball. Musik der Hauskapelle mit verstärktem Damen-Orchester. Die Kaffeehalle ist geöffnet.
 Zwei neu renovierte Regalbahnen. [14622]

Köpenick.

Friedrich Augustin
 Grünstrasse 53,
 empfiehlt sein Restaurant für Be-
 dine und Gesellschaften.
 Für gute Speisen und Getränke
 wird bestens Sorge getragen.
 Vorzüglicher Mittagstisch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Parkettleger!
 Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Kommissionierung mit Vertrauensleuten.
 Es ist Pflicht der Kollegen, aus jeder Firma einen Vertrauensmann zu
 senden. Die Kollegen werden ersucht, die Statistik abzuliefern.
 Der Obmann.

Radrennbahn Treptow
 am Ringbahnhof Treptow.
 Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 4 Uhr:
Emile Bouhours-Paris 17896
Dickentmann-Amsterdam.
 3 Rennen mit Motorführung.
 Fliegerrennen — Motorrennen.
 Sattelplatz 1,50 Mark. Kurvenplatz 75 Pfennig.

Berliner Uk-Trio.
 Felix Scheuer Stralauerstr. 1.
Birkenwerder
 an der Nordbahn.
Restaurant Waldkater.
 Inhaber: Wegener.
 Jeden Sonntag: **Tanz.**
 Kaffeehalle. — Regalbahnen. — Gute
 Speisen und Getränke. — Für Vereine
 und Landpartien bestens empfohlen.

Landpartie-
 Vereins-Verlosungs-Gegenstände,
 Lampens, Papiermützen, Radau-
 instrumente in hervorrag. Auswahl.
 Aussergewöhnlich billig s. B.
 transparente Stocklaternen,
 Dutzend 45 Pf. 17496
Bernhard Reilich,
 Größt. Spielwarengeschäft Deutschl.
 Gr. Hamburgerstr. 22/23,
 Ecke Dranienburgerstraße.

Ernst Höflich's
 Konzert-Garten und Ball-Salon.
 Friedrichsberg,
 Frankfurter Chaussee 120.
 Jeden Sonntag: **Grosses Elite-Konzert.**
 Anfang 4 Uhr. Im Saal: **Grosser Ball.** Entree 10 Pf.
 Jeden Mittwoch: **Tanz-Reunion.**
 Den geehrten Vereinen empfehle ich mein Lokal zur Abhaltung
 von Festlichkeiten.
 Ernst Höflich.

29
 Gordinenhof
 Bernhard
 Schmary
 Wallstr. 29
 Plur-Eng.

Musik-
 Werke mit auswechselbaren
 Rotenstücken sowie Zithern.
 Schönste Familienunterhaltung.
 Geringe Teilzahlung.
 Neue Königstr. 47 II, Alexanderpl.

Achtung, Lackierer!
 Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Erhöhung der Beiträge. 2. Vereinsangelegenheiten. 107/7
 Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen u. Mädchen
Schönebergs u. Umgegend.
 Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Cbft, Reimingerstraße 8:
Versammlung
 1. Vortrag des Herrn Gerber über „Die Frau und ihre wirtschaft-
 liche Lage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
 Gäste, Herren und Damen, haben Zutritt.
 Der Vorstand.

Graumann's Festsäle
 Naunynstrasse 27.
Achtung! Vereine!
 Sonnabende und Sonntage für Herbstsaison noch zu vergeben.
 Fernsprecher Amt IV Nr. 7824. **Gustav Graumann.**

Pankow, Schweizerhaus,
 Kaiser Friedrichstrasse 12.
 Jeden Sonntag: **Specialitäten-Theater und Tanz.**
 Jeden Mittwoch: **Frankfurter Sänger.** H. Klingenberg.
 Seit dem 18. Mai hat die Firma
The American Trading Co., Meyers & Co.,
 bzw. **Herr Emil Meyers in Berlin, Spittel-**
markts 8/10,
 die Vertretung unserer Gesellschaft **nicht**
 mehr.
 Wir bitten höflichst, hiervon Kenntnis zu nehmen
 und unsere Fabrikate
 „Meyers Putz-Cream“ (blau Band) in fester
 und flüssiger Form
 „Meyers Küchenputz“ und „Electro-Silicon“
 fortan bei uns direkt oder bei unserem in Berlin
 weilenden Herrn **H. Scharnhorst,**
Charlottenstr. 94, parterre, zu bestellen.
 Wir garantieren prompteste, beste Ausführung aller
 Aufträge in gleichmässiger, unübertroffener Qualität.
The American Supply Co. | Bremen-
Meyers & Co. G. m. b. H. | Hemelingen.

Verband der Tapezierer.
 Mittwoch, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein,
 Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen“. 2. Diskussion.
 3. Stichwahl zwischen den Kollegen Lud und Geler als Delegierte zur
 General-Versammlung.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
 Die Ortsverwaltung. 177/10

Restaurant Wilhelmshafen
 Friedrichshagen
 Seestrasse 45.
 Direkt am Rüggelee gelegen. Dampferstation. Pferdebahn-Gaststätte.
Grosser schattiger Garten mit Sommerbühne
 auch an Vereine Sonntags zu vergeben. 17272
 Anerkannt beste Küche. Familien können Kaffee kochen von 2-5 Uhr.
 Um geneigten Zuspruch bitten **L. Kutscher und H. Rau.**

Metzner's Korbwaren-Fabrik
 Grösstes Specialgeschäft Deutschlands
 Berlin, Andrastrasse 23, gegenüber Andrastr. 23.
 II. Geschäft: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldttham.
 III. Geschäft: Beuelstr. 67, Wobbit, Haus-Nr. acht.
 IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55, unt. d. Kolonnaden.
 Kinderwagen, Kinderbettstellen, Triumphstühle, Kindermöbel etc.
1000 Mark Belohnung
 zahle ich jedem, der mir in Berlin
 ein größeres Special-Geschäft in der
 Branche als das meinige ist, nach-
 weist. Diese Belohnung biete ich
 schon seit vielen Jahren aus, und ist meine Konkurrenz gar nicht in der
 Lage, die 1000 Mark zu verbieten.
 Größte Auswahl. Verkauf im Fabrikgebäude. Billigste Preise.
 Katalog gratis. 17682

Achtung! Kürschner. Achtung!
 Mittwoch, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“,
 Pincusstr. 5:
Oeffentliche Versammlung
 des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Welche Taktik wählen wir, um unsere Forderung des Neunstunden-
 tages durchzuführen? 2. Diskussion. 3. Beschäftenes. 102/6
 Für weitgehende Agitation ersucht
 Der Vorstand.

Restaurant Neuer Krug
 (Bahnhof Neu-Rahnsdorf) Wilhelmshagen
 zwiſchen Rüggelee und Dämmerich-See, herrlich am Wasser gelegen, ist das
 romantischste Lokal an der Ostsee. Halle mein Lokal (bis 2000 Personen
 fassend) für Vereine und Familien bestens empfohlen.
 Fr. Domning,
 Amt IV. 1278.

Ausschneiden!

Butterhandlung J. Maeding
 empfiehlt in feinen
 Filialen:
Andreas Markthalle
 Stand 115-118,
 Krautstrasse 48,
 direkt neben der Halle.
Grüner Weg 85.
 Wiederverkäufer erhalten direkten Engros-Preis,
 da ich mit verschiedenen erstklassigen Molkereien abgeschlossen habe.
 Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
 17692 Hochachtungsvoll die Firma: **J. Maeding.**

Vereinigung d. Maler, Lackierer etc.
 Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15 (großer Saal):
Kombinierte Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Die Einführung eines einheitlichen Beitrags für alle Filialen im
 Lohngebiet Berlin und wie hoch bemessen wir denselben?
 Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltungen.

Treptow, Bade's Volksgarten
 Parkstrasse. Haltestelle d. elektrischen
 Strassenbahn (Simons).
 Jeden Sonntag: **Ball.** — Vereinen bestens empfohlen.

Achtung, Maler!
 Die Tarif-Überwachungskommission hat sich nunmehr konstituiert.
 Alle Verträge gegen den Lohnzins sind unverzüglich an den Vorsitzenden
 der Arbeitnehmer-Vereine J. o. H. Blum im Bureau Engel-Ufer 15,
 Zimmer 36, Telephon Amt VII a 6672, zu richten. 124/11
 Die Heberwachungskommission. J. H. Jos. Blum.

Achtung! Vereine, Radfahrer, Partien
 auf nach Pichon, 8 Min. von Bahnhofstation Rahnsdorf, mitten im Walde
 gelegen, **Braunbachs Gesellschaftshaus**, großer Parksaal mit Lauben
 dekoriert. Jeden Sonntag **Tanz, Speisen u. Getränke** zu einem Preis.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen
 Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig
 regulierten Straßen mit Gas- u. Wasserleitung; nur hochliegendes,
 trockenes Land, **per □-M. von 85 Mk. an.** 7692
 Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Achtung! Lichtenberg. Achtung!
 Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saal des Herrn Götsch, Frankfurter Chaussee Nr. 120:
Oeffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz.
 Referent: Genosse Albrecht Käse.
 2. Freie Aussprache.
 Gegnerische Kandidaten sind brieflich eingeladen. 229/14

Stralau. Alte Taverne.
 Inhaber: **Christian Schröder.**
 Jeden Sonntag: **Großes Gartenkonzert u. Ball.**
 Empfehle meinen großen Saal und Garten für Vereine zur
 Abhaltung von Festlichkeiten. 17542

Achtung! Täschner. Achtung!
 Dienstag, den 9. Juni ex., abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.
 Tages-Ordnung: **Der Vertrag der Täschner.**
 Es ist Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung an-
 wesen zu sein. 157/13 Die Schlichtungskommission.

Ungarwein süß, Ltr. M. 2,—.
Stonsdorfer vorzüglich, Ltr. M. 1,—.
Deutscher Cognac
 angenehm, mild im Geschmack
 • • • • • a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,—.
Eugen Neumann & Co.
 Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676. Genthinerstrasse 29.
 Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstr. 129. Stralauerstr. 56.

Lese- und Diskutierklub „Südost“.
 Mittwoch, den 10. Juni ex., abends 8 1/2 Uhr, bei Volksdorf,
 Görlitzerstr. 52:
Vortrag des Genossen Chan:
 Der Gottesdienst sowie dessen sozialpolitische Bedeutung im Leben der Völker.
 Gäste willkommen. 297/7 Der Vorstand.

Stettin: Hohenzollernstr. 3. **Filialen:** Bellealliancestr. 98.
Berlin: Magasinstr. 2. **Chausseestr. 54.**
Mass-Anzüge
 24 und 30 Mark 1348L*
 unter Garantie der Haltbarkeit und tadelloser Sitzens bei pein-
 lichst gewissenhafter Anprobe und strengster Reellität liefere ich
 von prima Stoffen die elegantesten **Mass-Anzüge** zu
 obigen Preisen.
Ich warne
 vor solchen sogenannten Resterhandlungen, die durch Nach-
 ahmung meiner Anzeigen den Schein erwecken wollen, als
 würden sie auch das liefern, was ich meinen Kunden biete.
Sonnenscheins Engros-Resterhaus,
 Chausseestr. 54, 1 Tr. Bellealliancestr. 98, 1 Tr.

Central-Kranken- u. Sterbe-
kasse der Tischler usw.
 Certifikate Verwaltung Berlin H.
 Montag, den 8. Juni 1903,
 abends präzis 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn Volksdorf,
 Görlitzerstr. 58.
 Tages-Ordnung:
 1. Besprechung der Vorlage zur
 Generalversammlung im Juli 1903 in
 Würzburg, eventuell Stellung von
 Vorschlägen dazu; 2. Wahl des Dele-
 gierten; 3. Wahl der Ortsverwaltung
 und Beitragskammer. 184/8
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen
 notwendig. Die Ortsverwaltung.

Braut - Hochzeit - Seide. Ehe
 Sie Seide kaufen, überzeugen Sie sich, welche bedeutenden Vorteile mein
 Einzelverkauf zu Engrospreisen an Private bietet. Seiden-Damaste schwarz,
 weiß, farbig a. 1,20, Blausen- und Koblen-Seide v. 1,00, Futter-Seiden
 jeder Art v. 75 Pf. Reizseidene schwarze Damaste 15,00, 20,00 u. 25,00
 p. Mode. Unvergleichliche Auswahl sämtlicher Seiden von den einfachsten bis
 elegantesten Genres. Bitte genau auf Engrosfirma und Adresse zu achten.
Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog,
 Jetzt nur Spandauer Strasse 33-35, 1 Treppe,
 Ecke Simons-Apothek.
 Gegründet 1878.
 Telegramm-Adresse: Herzogseiden. Muster franco.

Lucas' Fussboden-Glanzlack
 sofort trocken, Pid.
 blitzblank, 50 Pf.
 unverwundlich. 50 Pf.
 Küchenmöb.-Lackfarbe
 pro Pid. 75 Pf. zu haben in
 den meisten Droguenhandl.
Georg Lucas, Farbenfabrik,
 SW. Bernburgerstr. 8.
 Tel.: 6a, 12079. [17572]

Bei Ankauf einer Nähmaschine lasse man
 sich nicht durch billige Angebote täuschen,
 sondern verlange Katalog von 1765L*
Piaff-Nähmaschinen,
 welche sich durch grosse Dauerhaftigkeit und
 Vielseitigkeit hervorragend auszeichnen, auch
 zum Sticken und Stopfen geeignet. Teilzahlung
 gestattet. Reichhaltiges Lager bei:
Gustav Wendt, Berlin NW. 5
 35 Wilsnackerstr. 35.

Abessinier-Brunnen
 v. 15 M. an.
 in garant. bester Qualität
 und bester Ausführung
Koblanck & Co., Fabrik,
 Berlin N.,
 Reinsendenerstr. 54a
 Erdbohrer-leihweise gratis.
 Multireiche Kataloge gratis
 Bitte, nur erhaltene Pumpen
 spottbillig. 11862

J. Baer
 Ecko
 Badstr. 26, Prinz-Alten
 u. Schliemannstr. 37.
 Herren- und Knaben-
 Moden-Berufsbildung.
 Elegante 10592
 Paletots und Mäntel.
 Grosses Lager in- und ausländischer
 Stoffe zur Anfertigung nach Mass.
 Allerbilligste, streng feste Preise.

!! Von 36 Mark an !!
 Anzug nach Maß, neueste Muster,
 reines Stoffe, feinste Zuschnitten,
 2 Anzügen, für tadelloser Sitz
 goldene Medaille. Ludwig Engel,
 Prenzlauerstr. 23 II, Alexander-
 platz. Komme mit Muster Mah-
 nehmen, auch außerhalb. Post-
 tarife. Gebr. 1892. 91/18
 I. Geschäft: **Prinzenstr. 55.**
 II. Geschäft: **Rosenthalerstr. 571.**

Credit. — 10 Mark —
 Heller Anzüge,
 Paletots
 nach Maß.
 Per Kasse allerbilligste Preise.
 Wer selbst Stoff hat, 20 Pf. an.
 Schneidernstr.,
 Prinzenstr. 53.

Fünfter Kreis.

Montag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

sechs grosse öffentliche Wähler-Versammlungen

bei Schulz, Belforterstraße 15,
bei Dießner, Landsbergerstraße 37,
im Grand Hotel Alexanderplatz, blauer Saal, Eingang Königstraße,

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12,
im Vereinshaus Stier, Linienstraße 96,
in den Johannis-Sälen, Johannisstraße 20.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl.

Referenten: Georg Davidsohn. Franz Hohke. Leopold Kiepman. Hugo Pochsch. Leo Schmidt. Otto Wels. 2. Diskussion.

Der Kandidat des Kreises, Robert Schmidt, wird in den Versammlungen anwesend sein.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

217/9

Das Wahlkomitee.

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Wählerversammlungen:

Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, in der „Victoria-Brauerei“, Rahowstraße 107/108:
Referent Genosse Georg Bernhardt.

Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, in der „Berliner Sudbrauerei“, Tempelhofer Berg:
Referent Genosse Wolfgang Heine.

Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Königshof“, Bülowstraße 37/40:
Referent Genosse Wilhelm Pfannkuch.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr, in Kleins Festsaal, Hofenstraße 13/15:
Referent Genosse Georg Ledebour.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im „Wilhelm-Theater“, Friedrichstraße 236:
Referent Genosse Dr. Alfred Bernstein.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien.“

Recht zahlreichen Besuch erwartet

[210/9*]

Das Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis.

Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr,

212/7*

im großen Saale von Suggenhagen, am Moritzplatz:

Wähler-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen, ihre Bedeutung und unsere Gegner. Ref.: Reichstags-Abg. R. Fischer. 2. Diskussion.

Hohe Beteiligung von Wählern aller Parteien erwartet

Das Wahlkomitee.

VI. Wahlkreis!

Oeffentl. Versammlungen

Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr:

In der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Feldschlösschen, Müllerstr. 112.
Referent: Dr. Curt Freudenberg.

In O. Gramottes Saal, Bergstr. 12 (einberufen vom Soc. Wahlverein. - Gäste freundlichst eingeladen).
Referent: Der Kandidat des Kreises Georg Ledebour.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

In der Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Referent: Stadtschreiber Borgmann.

In der Wernaus Festsaal, Schwedterstr. 23/24.
Referent: Schriftsteller Davidsohn.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Bei E. Daase, Brunnenstr. 154.
Referent: Der Kandidat des 5. Kreises Rob. Schmidt.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr:

Wähler-Versammlung

bei Keller, Koppenstr. 29.

Referent: Schriftsteller Ströbel.

Freie Diskussion.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Wähler-Versammlung

im Lokale „Zur Drachenburg“, Vor dem Schlesijschen Thor 1-2.

Tages-Ordnung:

1. „Die politischen Parteien im verflochtenen Reichstage“.

Referent: Genosse Ströbel.

2. Diskussion.

Der Kandidat der konservativen Partei, Herr Dr. Wegner, ist zu dieser Versammlung brieflich eingeladen. - Zahlreicher Besuch der Genossen und Genossinnen erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Charlottenburg.

Am Montag, den 8. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenthalerstr. 3:

Volksversammlung

der

frauen des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg

Tages-Ordnung:

1. Welches Interesse haben die Frauen am Ausfall der Reichstagswahl? Referent: Dr. Albert.

2. Freie Diskussion.

Zahlreicher Besuch, auch von den Männern, erwartet

Die Kreisvertrauensperson: Frau Thiel, Tempelhof.

Handlungsgehilfen!

Dienstag, den 9. Juni 1903, abends 9 Uhr, im Feen-Palast, Burgstraße:

Oeffentliche Versammlung.

Es spricht Paul Singer über:

Wen wählen wir bei den kommenden Reichstagswahlen.

Nach dem Vortrage freie Ansprache.

Zu dieser Versammlung sind alle Handlungsgehilfen, welcher Parteirichtung sie auch angehören, eingeladen.

Der Einberufer: August Benn, Friedrichsbergstr. 14.

Stukkateure!

Montag, abends 8 Uhr, in sämtlichen Zahlstellen:

Zusammenkünfte der Kollegen

zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen und Zahlung der Beiträge. Die auf Sonntag besprochenen Zahlstellen-Zusammenkünfte fallen daher aus.

Zahlreiche Beteiligung aller Kollegen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Café-Restaurant

F. Heinisch,

Dresdenerstr. 128/29.

Kaffee 10 u. 15 Pf. Gute Küche.

2 Villards, Stunde 40 Pf.,

bestens empfohlen. [10432*]

Verlangen Sie bei Ihrem Cigarrenhändler

Malinda!

Beste Qualitäts-Cigarre in allen Preislagen. Generalvertreter:

S. Kund, Marsilius-Strasse 23 II, Amt VII, 1224. 12912*

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 6. Juni 1903.

Berliner Börse. — Zur wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Amerikanischer Außenhandel in Eisen und Stahl. — Steigerung der Produktionsfähigkeit der amerikanischen Eisenindustrie. — Ertrags.

Die trübe Stimmung, die schon seit Wochen die Börse beherrscht, lastete auch in letzter Woche auf ihrem Verlaufe. Wenn der bewohnte Horizont durch irgend welche besseren Nachrichten von der New Yorker oder Londoner Börse sich zeitweilig etwas erhellt und die Waage zu kleinen Deduktionsläufen greift, kommt zwar einiges Leben in den sich träge hinschleppenden geschäftlichen Verle...

Was mag drüben werden, wie wird sich die Lage des Eisenmarktes weiter gestalten, wie sieht die New Yorker Börse die Situation aus? Das sind die Fragen, die fast jeden beschäftigen. Und dieses Hinüberblicken nach dem Treiben in Wallstreet ist nur allzu begrifflich, hängt doch von der dortigen Marktlage ab, ob die regere Beschäftigung, der sich seit einigen Monaten die deutsche Eisenindustrie erfreut, einem Rückschlag weichen müssen.

Verhärzt wird diese Bestimmung der Börse dadurch, daß sich noch immer kein Ueberblick über die amerikanischen Marktlage gewinnen läßt. Die von drüben einlaufenden Berichte widersprechen, wenn auch als Ganzes sich aus ihnen eine weitere Abflaumung ergibt, doch im einzelnen einander oft in der selbstenstimmigsten Weise. Eine Motivierung hebt die andre auf, und zwischen Ursache und Wirkung findet eine fortwährende Verwirrung statt. Jeder Fachmann benutzt die Befragung des Eisenmarktes eben nach der Situation jener Branche oder jenes Specialfachs, in dem er selbst tätig ist und das er am besten überblickt, und da die Produktions- und Absatzverhältnisse für die verschiedenen Branchen verschiedenartig sind, ergeben sich schon daraus die abweichendsten Urteile. Dazu kommt, daß die großen amerikanischen Blätter größtenteils dem Einfluß der Interessentengruppen noch weit zugänglich sind, daß der innere Absatzmarkt ausgebeutet und schwerer zu übersehen ist und ferner die bloße geschäftliche Routine drüben noch bedeutend höher bewertet wird als bei uns. Und doch hat erst wieder der hereinbruch der letzten Krise in Deutschland und die unrichtige Beurteilung ihrer Folgeerscheinungen durch die erfahrensten Praktiker aufs neue bewiesen, daß zur Erkennung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Tendenzen die Nichts-als-Praxis, so nützlich sie beim einzelnen Geschäftsabfahrlauf sein mag, nicht ausreicht, sondern einer Ergänzung durch die analysierende Theorie bedarf.

Für solche Unzulänglichkeit lassen sich fast aus jedem der sogenannten fach- und sachverständigen Berichte, die in letzter Zeit von den großen amerikanischen Blättern veröffentlicht sind, Beispiele beibringen. Wir finden dort allerlei widersprüchliche Angaben über die Nachfrage, über die Größe der Bestände, die Beweggründe der Preisherabsetzungen, aber ein Eingehen auf die besonderen Existenz- und Prosperitätsbedingungen der verschiedenen Branchen der Eisen- bzw. Stahlindustrie, auf ihre Abhängigkeit von einander, ihren Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Vereinigten Staaten während der letzten Jahre, auf den Ausgangspunkt der jetzigen rückläufigen Bewegung sucht man vergebens. An der Stelle einer derartigen, die wirtschaftlichen Zusammenhänge analysierenden Betrachtung begnügt sich meist die Praxis mit allgemeinen Nebensätzen: Bemerkungen darüber, daß es ja hier unter dem wechselnden Mond nicht immer so bleiben könne, daß auf die Hochkonjunktur naturgemäß eine Reaktion folgen müsse, daß die Preise zu hoch gedrückt worden seien und nun bei einem Rücklassen der Nachfrage wieder sinken usw. Dieses ganze Herumdeuteln an Folge-Erscheinungen, oft sogar nebensächlichster Art, macht den Eindruck einer Theaterkritik, die, da ihr die Zeitgedanken des betreffenden Stücks und die Auffassung der Rollen durch die Spielenden unverständlich geblieben ist, sich an allerlei Kleinigkeiten hält und über einige allgemeine Versäuerungen, daß dieses schön und jenes minder schön gewesen sei, nicht hinauskommt. Und da von hier aus bei der Verschiedenheit deutscher und amerikanischer Verhältnisse und der Unmöglichkeit der Nachprüfung mancher Angaben sich ein eigenes Urteil kaum gewinnen läßt, bleibt vorerst nichts übrig, als abzuwarten, bis drüben die Thatsachen deutlicher sprechen. Ist es doch z. B. noch immer nicht möglich, aus den widerstreitenden Berichten zu entnehmen, wie es zur Zeit um den Weiterausbau des Eisenbahnbauwesens steht, ob in diesem bereits eine beträchtliche Abnahme eingetreten ist, ob eine baldige weitere Einschränkung der Arbeiten in Aussicht steht, wie weit für in Angriff genommenen Strecken schon die Materialien beschafft sind usw. Alles Fragen, die in Anbetracht des enormen Einflusses, den während der letzten Jahre der Eisenbahnbau in den Vereinigten Staaten auf die Gestaltung des amerikanischen Eisenmarktes erlangt hat, äußerst wichtig sind.

Einen gewissen Anhalt zur Beurteilung der Lage des Marktes bietet allerdings die amerikanische Ein- und Ausfuhrstatistik; aber erstens hinkt sie natürlich immer ein bis zwei Monate hinter der Entwicklung her, und zweitens bedarf sie einer Ergänzung nicht nur durch die Produktions-, sondern auch durch eine Bestandsstatistik, wobei die Aufträge genau nach den Lieferungsterminen unterschieden werden müßten. Eine Statistik der letztgenannten Art fehlt aber gänzlich. Immerhin bleibt es interessant, die Entwicklung des amerikanischen Außenhandels in Eisen und Stahl zu verfolgen. Wanzes wird dadurch klarer.

Nach dem „Engineering and Mining Journal“ betrug der Gesamtwert des in die Vereinigten Staaten eingeführten Eisens und Stahls für das erste Vierteljahr 1903 12 888 810 Dollar und übertrifft damit die entsprechende Summe des Vorjahres um 6 501 722 Dollar oder um mehr als 100 Proz. Der erheblich gesteigerte Verbrauch an Halbfabrikaten in den Vereinigten Staaten war der Grund dieser außerordentlichen Einfuhrvermehrung; an derselben waren namentlich beteiligt Hoheisen und Stahlbilletts aus Großbritannien und Deutschland. Die Mengen der Hauptlieferanten zeigten von Januar bis März 1903 gegenüber 1902 nachstehende Veränderungen:

Table with 3 columns: Ware, 1902, 1903. Rows: Hoheisen, Waareisen und Stahl, Ingots, Billets und Blooms, Weichblech.

Die Ausfuhr von Eisen und Stahl einschließlich Maschinen erreichte im ersten Vierteljahr 1903 nur eine Wertsumme von 23 344 060 Dollar gegenüber einer solchen von 23 816 600 Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahres; sie erfuhr also eine Wertverminderung um 1 472 610 Dollar oder reichlich 6 Proz. Ein Rückgang der Ausfuhr war vor allem bei Schienen und Konstruktionsstahl, ferner bei Hoheisen zu bemerken. Die Steigerung, die in dem Exportwert vieler anderer Waren eintrat, findet vielfach nur in der außerordentlich niedrigen Verfertigung derselben im Jahre 1902 ihre Erklärung. Für die Hauptausfuhr-Waren nahm der Export für Januar bis März 1903 im Vergleich mit 1902 nachstehenden Umfang an:

Table with 3 columns: Ware, 1902, 1903. Rows: Hoheisen, Billets und Ingots, Stangen, Bleche und Platten, Schienen, Konstruktionsstahl, Draht, Riegel.

Danach scheint tatsächlich die Erklärung, mit der zu Anfang April die Hochöfenwerke von Alabama, Tennessee und Virginia (nächst Pennsylvania und Ohio liefert Alabama am meisten Hoheisen) ihre Preisherabsetzung für Eisen- und Hoheisen begründeten, nämlich daß diese Herabsetzung nur aus Rücksicht auf die Preisunterbietungen der fremden Konkurrenz erfolge, nicht unbedeutend zu sein. Es kommt jedoch dabei in Betracht, daß im ersten Quartal des Jahres 1902 der Import relativ niedrig war, dann aber im weiteren Laufe des Jahres sich mit geringer Unterbrechung stetig steigerte, so daß am Ende des Jahres die Hoheisen-Einfuhr mit 625 383 Tonnen, der Import von Bruch- und Altsisen mit 109 510 und von Ingots, Stahl-Billetts zc. mit 288 830 abfloß. Es entfällt demnach z. B. im Durchschnitt auf ein Quartal in 1902 ein Import von rund 156 800 Tonnen, während im ersten Vierteljahr 1903 sich die Einfuhr auf beinahe 215 500 gestellt hat — immerhin eine ansehnliche Mehr-einfuhr. Aber dieser Unterschied von 59 200 Tonnen erscheint für amerikanische Verhältnisse doch recht kleinlich, wenn man berücksichtigt, daß von Januar bis Ende März in der Union nicht weniger als 4 552 000 Tonnen Hoheisen erzeugt worden sind; also doch die Mehr-einfuhr an Hoheisen noch nicht 1 1/2 Prozent der einheimischen Erzeugung erreichte. Und das selbe Resultat ergibt sich, wenn man — was hier zu weit führen würde — die amerikanische Produktionssteigerung in den wichtigsten Eisen- und Stahlartikeln mit der Zunahme des Imports vergleicht.

Ist deshalb auch ein gewisser Einfluß des gestiegenen Imports auf die jetzige Lage des amerikanischen Eisenmarktes nicht zu leugnen, so ist es doch geradezu absurd, wenn von amerikanischer Seite behauptet wird, an der jetzigen Kalamität sei nur der forcierte Import schuld. Die Ursache der Ermattung des Marktes ist vielmehr, wie bei uns in den Jahren 1898/1900, in einer überschnellen Vermehrung der Eisen- bzw. Stahlproduktionsbetriebe zu suchen, die noch stetig anhält. So stellte sich beispielsweise am 1. April d. J. die Zahl der Hochöfen auf 315 mit einer wöchentlichen Produktionsleistung von rund 376 570 Tonnen, während am 1. April v. J. die Produktionsfähigkeit pro Woche nur 337 420 Tonnen betrug. Und wenn am Schluß dieses Jahres die jetzt noch im Bau befindlichen Hochöfen mitarbeiten werden, wird voraussichtlich die Produktionsfähigkeit wiederum um circa 25 000 Tonnen pro Woche gestiegen sein.

Dieser Thatsache, daß die Exportzunahme nur von nebensächlicher Bedeutung ist, und die eigentliche Ursache der Markt-abflaumung in der überschnellen Steigerung der Produktionsfähigkeit liegt, beweist aber auch, wie trügerisch die Hoffnung ist, mit einer Ermäßigung der europäischen Zufuhr werde sich wieder der frühere flotte Absatz für einheimische Eisenerzeugnisse auf dem amerikanischen Markt einstellen. Die Folge einer Krise wird vielmehr eine verstärkte Konkurrenz amerikanischer Eisenwaren auf fremden Märkten sein.

Indes ist es nicht nur die weitergreifende Abflaumung des Eisenmarktes, welche die wirtschaftliche Lage der Union in einem minder rosigem Lichte erscheinen läßt, auch die in letzter Zeit fast überall in den verschiedenen Staaten ausgebrochenen Streiks beunruhigen die amerikanischen Geschäftswelt. Es hat lange genug gedauert, bis die amerikanischen Arbeiter zu der Meinung gekommen sind, daß auch ihnen ein Anteil an dem hereinströmenden Goldregen gebührt, und soweit sie Forderungen ausstellten, hoben sie sich, wie die Anthracit-Grubenarbeiter, meist mit recht bescheidenen Broden von der Herren Tische abspiesen lassen. Nun — reichlich spät, vielleicht in manchen Fällen zu spät — verlangen sie Lohnvermehrungen, die der Preissteigerung der Nahrungsmittel und Industriewaren entsprechen, und da die Unternehmer sich darauf nicht einlassen wollen, haben vielfach die Arbeiter zur Einstellung der Arbeit gegriffen, oder sind, wenn sie sich nicht in die Bedingungen der großen Gesellschaften fügen wollten, ausgesperrt worden. Nicht nur die Kohlenarbeiter der Neu-England-Staaten und die New Yorker Bau- und Erdarbeiter streiken, auch aus verschiedenen anderen Ortschaften und Gewerben wird der Ausbruch größerer Streiks gemeldet.

Wahlversammlungen.

Eine Massenversammlung im zweiten Wahlkreis.

Eine wahre Völkerverammlung nach der Vorbereitungen am Zempelhofsee hatte am 5. Juni die Einladung zur Folge, die unsre Genossen aus dem zweiten Wahlkreis sowohl an Gefinnungsfreunde, wie an alle politischen Gegner zu einer Wählerversammlung hatten ergehen lassen, wo Bebel Referent war. Gleich nach 1/7 Uhr wurde bereits der große Saal polizeilich gesperrt. In drangvoll fürchterlicher Enge harrten hier etwa 3000 Personen des Beginns, ebenso viel lechzten um und Taufende hielten den großen Garten besetzt. Von ihnen konnten viele den Redner hören, da die Saalwächter und Fenster nach dem Garten offen gehalten werden durften. Schulleute hatten hier Posto gefaßt, um ein Wortwörterdrängen der Massen in den überfüllten Saal hinein zu verhindern. Genosse Bebel, stürmisch begrüßt, geistliche besonders die Kampfesweise des Freisinnigen und ihres Führers Eugen Richter und seiner Trabanten, wie er sie besonders bei seinen Agitationsreisen im Reich zu beobachten Gelegenheit hatte. Kein Wunder, meinte er, daß es auch auf den Geisteszustand einwirke, wenn man Aussicht habe, mit Hilfe der Nationalliberalen oder des Centrums gewählt zu werden. Ueberall im Lande drunde die bürgerliche Presse aller Richtungen die Ergebnisse Richterschen Geistes ab. Nichts vom Kampfe um Volkswohlfahrt und Freiheit finde man darin, sondern nur die gehässige, eines wahrhaft liberalen unwürdigste Bekämpfung der Socialdemokratie. Redner erinnert daran, daß Richter auch schon vor vielen Jahren, als neben dem Reaktionsär Lucius der Socialdemokrat Capell bei einer Wahl in Frage kam, Richter seinen Gefinnungsfreunden telegraphierte: Nicht Capell, sondern Lucius! Und Lucius wurde gewählt. Genau so verfähre man jetzt nach Richterschem Rezept. Wenn E. Richter einmal nicht mehr sein werde, dann werde man auf seinen Grabstein mit Zug und Meißel die Worte setzen können: „Hier ruht, der den Liberalismus zu Grunde richtete.“ (Stürmische Zustimmung.) Nichts Mäglicheres könne es geben, als daß die Freisinnige Volkspartei sich in verschiedenen Kreisen mit den reaktionären Parteien verbünde und ihnen schon im ersten Wahlgange ihre Stimmen zuführe. Redner entrollte noch weiter das Sündenregister des Freisinnigen, widerlegte in knappen, aber durchschlagenden Worten die bekannnten lächerlichen Angriffe gegen die Socialdemokratie und übte eine verdichtende Kritik an den bestehenden Zuständen. Ein Flugblatt des freisinnigen Rektors Vandi, der in Rottbus-Spremberg kandidiert, gab ihm unter anderem noch Anlaß zu einigen kräftigen kritischen Hieben. Nach diesem Flugblatt hat die socialdemokratische Vertretung des Kreises durch Antritt jedem guten Bürger, Bauern, Handwerker und jedem aufrichtigen Vaterlandsfreunde schmer auf dem Herzen gelegen. Auf dem ganzen Erdtrunde gäbe es niemand, bemerzte Redner, der die Wehrung der Socialdemokratie als Schmach empfindet; nur das deutsche Bürgertum sei so erbärmlich, so etwas zu sagen. Und dann spreche das Flugblatt die Hoffnung aus, daß jeder deutsche Arbeiter, der sein Vaterland liebe und die dem Könige als Soldat geschworene Treue halte, sich mit Verachtung von der Socialdemokratie abwenden möge. Ja, Kreuzdomerwecker, wolle man denn die Leute auch als Staatsbürger aus ewig durch den militärischen Dienstbinden! Inerhört, daß Liberale so reden. (Stürmischer Beifall.) Zum Schluß verwies Redner auf die Gefahren, die dem deutschen Volke drohen, wenn nicht die nächste Wahl so glorios als möglich für die Socialdemokratie ausfalle. Und speciell im zweiten Wahlkreis müsse, um den sofortigen Sieg zu sichern, jeder das menschlichste leisten, und wenn er schier zusammenbreche. Jeder an die Arbeit, auf die Schanzen — vorwärts zum Siegl! (Wrausender, andauernder Beifall.) Gegner meldeten sich trotz der besonderen Aufforderung des Vorsitzenden nicht zum Wort. Nachdem noch der Vorsitzende Scholz die Versammelten an ihre Pflichten erinnerte

hatte, schloß die imposante Versammlung mit brausenden Hochs auf die Partei, den Genossen Bebel und den Kandidaten A. Fischer. Langsam verließen sich die ungeheuren Massen, die dem sich entfernenden Genossen Bebel noch wiederholt aus der Straße vor dem Lokal sowie auf der Belle-Alliancestraße Ovationen darbrachten. Erwähnt sei noch, daß socialdemokratische Frauen dem Genossen Bebel ein herrliches Blumenbouquet gestiftet hatten.

Ueber die Vorgänge nach der Versammlung schreibt uns ein Leser des „Vorwärts“:

Nach Schluß der Versammlung begleiteten den Genossen Bebel viele Hundert Personen. Kurz vor der Oeisenaustraße stellte sich ein Polizeikontingent mit drei Schulleuten dem Menschenstrom entgegen und forderte zum Auseinandergehen auf. Die Antwort war ein dreimaliges, donnerndes Hoch auf Bebel, das schmetternd durch die Belle-Alliancestraße klang. Genosse Bebel bog in die Oeisenaustraße ein und bestieg eine gefüllte Dreifache. Bei der Abfahrt wieder donnernde Hochs. An der Belle-Alliance-Brücke war unter dessen ein Aufgebot von etwa 20 Schulleuten aufgestellt worden. Ein Schuttmann hatte die betreffende Wache alarmiert, indem er mit der Elektrischen vorausgefahren war.

„Wen wählen wir bei den kommenden Reichstagswahlen?“ Dies Thema wurde in einer am Freitag in der Victoria-Brauerei abgehaltenen, gut besuchten öffentlichen Versammlung der Handlungsgesellen erörtert. Referent war Georg Bernhardt. Redner führte aus, daß von der Zeit an, wo die Socialdemokratie sich an die indolente Schicht der Handelsangestellten herangemacht habe, sich unter den bürgerlichen Parteien eine wahre Hölleangst bemerkbar gemacht habe. Man habe versucht unter Anwendung der bekannnten Tadel- und Lügenströme namentlich von freisinniger und antisemitischer Seite, die Klasse der Handelsangestellten der „verrotten Socialdemokratie“ abspenstig zu machen. Allerdings vergebliche Liebesmühen! Gegenwärtig im Wahlkampf werden wieder sämtliche „Ammen- und Nickerchen“, so zum Beispiel daß die Socialdemokratie den Mittelstand mit Gewalt vernichten will, daß sie Teilen und nur alles mögliche Schliche für den Arbeiter und Handlungsgesellen will, aufgetischt. Nach einer eingehenden Schilderung der Sünden der Freisinnigen Volkspartei im Reichstage, in den einzelnen Landtagen und Kommunalvertretungen, speciell unter Berücksichtigung der Wünsche und Forderungen der Handelsangestellten empfahl Redner unter stürmischen Bravorufen, am 10. Juni dem Vertreter der Socialdemokratie in zweiten Kreise, Genossen Richard Fischer, die Stimme zu geben. — Auf die wiederholte Aufforderung des Vorsitzenden trauten sich die anwesenden Gegner nicht zum Wort. — Der Kandidat des Kreises, Richard Fischer, nahm in scharf pointierten Ausführungen eine gründliche Abrechnung vor mit der Freisinnigen Volkspartei, die überall als der Kreisstecher für die Bourgeoisie, für das Junkertum aufträte. Mit einem Appell, für die Wahl des Vertreters der Socialdemokratie einzutreten und zu stimmen, schloß er unter stürmischen Beifallsbezeugungen. Nachdem noch der Vorsitzende August Penn einige beherzigende Worte für fleißige rege Mitarbeit für die Wahlen an die Versammelten gerichtet, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die internationale Socialdemokratie und Richard Fischer geschlossen.

Dritter Wahlkreis. In der Wählerversammlung, die am Freitag im „Dresdener Kasino“ tagte, hielt der Kandidat Wolfgang Heine eine Ansprache an die Wähler und führte unter anderem aus, daß, wenn man sich den Kampf, den die Socialdemokratie geführt hat, vergegenwärtigt, und wenn es nach Recht und Gerechtigkeit ginge, die Socialdemokratie allgemein als die Vertreterin der Rechte des Volkes anerkannt werden müßte. In der That war ja der Kampf gegen die Hölle nichts Socialistisches, und er wurde ja auch nicht für die Arbeiter allein geführt, sondern ebenso sehr im Interesse der Arbeitgeber, der Alleingewerbetreibenden und der Industriellen, abgesehen von einigen Großindustriellen. Aber statt daß das anerkannt würde, sehen wir, wie sich alle Feinde gegen uns vereinen, um uns zu unterdrücken. Rechnend mit der Vergeßlichkeit der Wähler, ersünden sie den größten Schwindel, um ihren eignen Verrat zu verfeinern und die Socialdemokratie zu verleumden. An verschiedenen Thatsachen kennzeichnete der Redner sodann das Verhalten der Gegner und erläuterte die Stellung der Socialdemokratie. — Als nach diesen Ausführungen, die mit starkem Beifall aufgenommen wurden, sich niemand zur Diskussion meldete, nahm der Reichstags-Abgeordnete Südem das Wort zu seinem Vortrage über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Redner, der hauptsächlich den Wucherzins und seine schlimmen Folgen beleuchtete, wies zunächst darauf hin, daß diese Angelegenheit noch keineswegs erledigt ist, daß der Kampf im nächsten Reichstage von neuem beginnt und erst in der Regelung der Handelsverhältnisse seinen Abschluß finden wird. Der Redner beurteilte treffend unsre politischen Zustände, machte darauf aufmerksam, daß ungewissermaßen neue Militär-forderungen bevorstehen und schloß seinen gehaltreichen Vortrag mit dem Hinweis darauf, daß es nun vor allem gilt, immer neue Scharen mit dem Geiste des Socialismus zu durchdringen und an die Wahlurne zu führen. — Der Vortrag fand großen Beifall. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende Hoch forderte zu eifriger Beteiligung an der Wahlarbeit sowie an der am Montag stattfindenden Flugblattverbreitung auf.

In Döberheins Saal tagte am Freitag ebenfalls eine gut besuchte Wählerversammlung für den dritten Kreis. Genosse Dr. Freudenberg charakterisierte die Stellungnahme der hier in Betracht kommenden Parteien zu den stetig anschwellenden Militär- und Marinelasten und übte eine schonungslose Kritik an dem Flugblatt des Director Jäger, des Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei. Besonders beleuchtete er hierbei die knifflische Stichwahlakt der Freisinnigen, wie sie in Berlin und in der Provinz geübt wird. Hier in Berlin hoffen die Freisinnigen mit den Socialdemokraten in Stichwahl zu kommen, destoogener auch deren zarteste Rücksichtnahme auf die Gefühle der Konservativen resp. Antisemiten, um diese nicht vor den Kopf zu stoßen. Dagegen ein wütendes Geschimpfe auf die Socialdemokratie, wonach die Freisinnigen sich die Sympathie der Konservativen und Antisemiten und damit gleichzeitig deren Stichwahlhilfe sichern wollen. In der Provinz, z. B. im Wahlkreis Westpreußen, ist die freisinnige Taktik gerade umgekehrt. Dort sind die Konservativen den Freisinnigen von vornherein überlegen. Um nun zu verhindern, daß die Konservativen mit den Socialdemokraten in Stichwahl kommen, schlagen die Freisinnigen gegen jene etwas kräftigere Töne an, damit sie an die Stelle der Konservativen rücken und in die Stichwahl kommen. Erklärte doch dort der Kandidat der Freisinnigen eine halbjährige Militärdienstzeit für ausreichend, während in Berlin die Erhaltung der Wehrkraft ganz besonders betont wird. Durch solche Klünste suchen die Freisinnigen dann in den Besitz von Mandaten zu gelangen. Es müsse Ehrensache der Arbeiterklasse sein, den Wahlkreis gleich im ersten Ansturm zu erobern. — Hierauf nahm der Kandidat des Kreises, Genosse Wolfgang Heine, zu einer Ansprache das Wort. Scharf geistliche er die Wahlpraktiken unsrer Gegner. Während vor 5 Jahren der Wahlkampf mehr das Gepräge principeller Auseinandersetzungen trug, verlegen sich die Gegner diesmal fast ausschließlich auf niedere Verunglimpfungen. Ihre Flugblätter seien nur noch ein Sammel-schutturium nichts würdiger Verleumdungen gegenüber der Socialdemokratie und deren Führer. Als besungener Wahlwindel muß es bezeichnet werden, was in den Flugblättern der Freisinnigen über die Haltung der Socialdemokraten bei den Wahlwerbungen geschrieben werde. Aus der ganzen Haltung unsrer Gegner gehe hervor, daß zwischen ihnen, den Freisinnigen und Konservativen resp. Antisemiten ein wenn auch ungeschriebener Wahlpakt geschlossen ist, dessen Verwirklichung von der Arbeiterklasse unbedingt gleich im ersten Wahlgange verhindert werden müsse, wenn anders das werthvolle Volk vor dauerndem Schaden bewahrt bleiben wolle. (Lebhafte, wiederholte Beifall.) Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Resterhandlung

1 Treppe, 38 Prinzenstr. 38 am Moritzplatz.

Nach prima Stoffen liefert ich unter Garantie des guten Erfolges mit
guten Zusätzen in sauberer Verarbeitung

Anzüge nach Mass

Serie I: 24 Mk. Serie II: 27 Mk. Serie III: 30 Mk.

Paletots nach Maß 22 Mark an.

August Löther, Prinzenstr. 38 I. am Moritzplatz
(vormals Leiter der Resterhandlung Bellealliancestr. 38 I.)

Köpenick, Müggelheimerstr. 29. „Grüne Trift“

von **Wilh. Zeidler**, letztes Lokal am Badweg nach Rüggefeldeh.
Teufelssee und Wendenschloß, 17248*

Zu Landpartien etc. empfehle mein Lokal zum genügten Besuch.
Speisen und Getränke in bestmöglicher Güte zu soliden Preisen.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restauration, Baugeschäft, billig zu verkaufen Charlottenburg, Bestalossstraße 22. 1133

Neuerbaute Villa und baureife Terrain mit 50 jähriger Laub- und Nadelwaldung, direkt an königlicher Forst, kaufbar, eigenreich, ruhige, gesunde Lage, passend für Sanatorien, Wärnerel, Hühnerzucht, unmittelbar zwischen zwei Vorortstationen, verkauft Eigentümer Bloßfelds Villen-Kolonie, Stolpe (Nordbahn). 177

Sanparzellen bei Bahnhof Grünau, guter Boden, Quadratmeter 20 Mark, verkauft Hof, Reichelstraße 18. *

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Hochvernehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, Bekleidungs, feinsten Stoffen herabreichend, verkauft täglich Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 17325*

Herren-Garderobe nach Maß, feine Stoffe, großes Sortiment, Paletot 20 Mark, Anzug 20 Mark, Doje von 5 Mark an. Kauf bei Handwerker, lässt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gefällig. F. Dörge, Dresdenstraße 109. *

Knabenanzüge, Paletots, Röckchen, Kleider, Jacken, Hoffmann, Veteranenstraße 14.

Stoffe zur Kinder-Konfektion, Sammet, Blüße in großer Auswahl, Hoffmann, Veteranenstraße 14.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Kaufhaus, Compitol Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. *

Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Baum, Dadescher Markt 4, Bahnhof Börje. 90/19*

Stieppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. 1796*

Möbelfabrik verkauft außerordentlich billig reell gearbeitete Möbel, Kuchenschrank 25,00, Säulenschrank 50,00, wunderschöne Garnituren, prachtvolle Sofas, Schlafzimmern, herrlich gefirniste Küchenschränke, sowie vollständige Einrichtungen. Ditschowitz, Mariannenstraße 7a. 16882*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinder-Bekleidungs, neu, umhändehaber billiger wie gebraucht. Pöhl, Rühlhofenstraße 13 II. 4/19*

Bilder kauft man nur billig und preiswert in Löwensteins Kunsthandlung, Franzstraße 1, Ecke Schönhauser Allee. Teilzahlung gefällig. 17805*

Teppiche mit farbenschönen Bildern niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Ullrichstraße 40. 16018*

Fahrräder, neue und gebraucht, sowie Reparaturen bei Karl Niebe, Große Frankfurterstraße 123, Hofparterre. 16892*

Geschäfts- und Handwagen, Kaffee-straße 29, Schmeide. 17696*

Abzahlung • Schwindel, ohne solchen Verkauf ebenfalls auf Teilzahlung Schlagregulator, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontuhr fünfzehn Mark. Gewandregul • Schlagregulator, fünfteiliger Pieper lang, dreißig bis fünfundvierzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße fünfzehn. Begründet 1848.

Strickmaschinen, Nähmaschinen, Schlauchschloß, guter Erwerb, Erlernen leicht, günstige Bedingungen. Hamburger, Spandauerbrücke 2. *

Nähmaschinen! Ringstich, Adler, Central-Bobbin, Orion (Rotations-Bobbin), Beta, Lombourier, Glavic, Säulen- und Vliesen-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Wellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 15938*

Gasthofbesitzer! Einlochgastlocher 1,00, Zweilochgastlocher 3,00, Dreilochgastlocher, Gasbraten 7,00, Gasblaseapparate, Gaspfannen, Gasbrenner, Gasconen, spottbillig! Wob-lauer, Ballnertheaterstraße 32. 13728*

Vorjährige elegante Herren-Paletots und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Gardinenreise, spottbillig, Gardinen-Fabriklager, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 16438*

Kleine Anzeigen.

Möbel wegen Aufgabe des Geschäfts sofort billig. Röhelhahe Kamenstraße 14. 17875*

Abwässererpumpen, Sauger, Rohre, Schrauben, Schläuche, Billig, Schröder, Hochstraße 43. 17595*

Eiserne Kälbläster, Gartenlämpen, Stühle, Pumpen, Sauger, Rohr, Laternen Willenhoffstraße 16 und 19.

Wandbau! Gebrauchte und neue Anstalttücher, Bretter, Latzen, Leisten, Thürnen, Fenster, Dachpappe, Terr, billig Kottbuserdamm 22. 10711

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 15368*

Polierlappen, saubere, Bund 40 Pfennig, verkauft Handtuch-Berlei-Geißler Rosenthal, Spandauerstraße 47/48, Fernsprecher I 3614.

Stieppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Papageien, von Hamburg eingetroffen, sprechend 20,00 an, Kommandantenstraße 52, Restaurant. *

Vierewagen, alle Sorten Räder Pallasstraße 101. 18206

Cigarengeschäft für einzelne Personen, Pensionär etc. passend, mit Schlafraum, 30 Mark Miete, monatlich 500 Mark Umsatz, für 300 Mark, wegen Vergrößerung veräußert. Näheres Holzmarktstraße 48a, Cigarengeschäft.

Lebendes Hühnerhollmanns-straße 23. 18115*

Sanparzelle mit Laube, Brunnen, Anpflanzung, Borori, 29 Hektar-Lot, preiswert zu verkaufen. Näheres Wittner, Reilnerstraße 11. 18085

Laube zu verkaufen, bezugsfertig sofort, mit 10 Quadratmetern bepflanztem Land und Pumpe, bei Kolonie Sängereichen, Ecke Widenstraße und Dargersstraße, Rixdorf. 18106

Kofal sofort zu verkaufen, Camp-hausenstraße 18, II. B. 18185

Eichhörnchen 2 Mark, himmelhohe Röhlgallen 2 Mark, junge zahme Fische 6 Mark, frische Kameleier, Liter 80 Pfennig, Tierhandlung Pöhl, Invalidenstraße 87. 18078

Restauration, 25 Jahre Konzeption, 1200 Miete, ander Unter-nehmen, sofort veräußert. Land-berger Allee 4. 141*

Frankfurter Allee 10, am Ring-badhof, Schnellmäder, Adler, vor-rückwärts fahrend, Ringstich, Bobbin, vorzügliche Fabrikate, für alle ge-werbliche Maschinen, ohne An-zahlung, Woche 1,00. Postkarte genügt. 18465*

Sanparzelle, Borori, zukunfts-reich, ringsum alte Baudungen, An-zahlung Quadratmeter 10 Mark. Kofal, Weidenburgerstraße 59. 184

Kanarienvogel, Borstschläger, 8,00, Reanderstraße 7. 6/4

Arbeiterhemden, gute Ware, 1,00, Maceobenden und -Hosen 0,90, Ser-vietens 0,30, Sonnen- und Regen-schirme, Korsetts, Strümpfe, zum Ausverkauf gestellt. O. Blüch, Span-dauer Brücke 1b, 1 Treppe. Kein Laden. Nähe Bahnhof Börje. 16928*

Herrenanzüge, Sommerpaletots, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verläufe Hälfte Kostenpreis. Engel, Prenzlauerstraße 23, II.

Verkauf sofort Kleiderkasten, Betteln, Bettfedern, Tischschloß, Ausziehstisch, Stühle, Säulentrumeau, Spiegelständer, Spiegel, Bilder, Re-gulator, Betten, Nähmaschine, Was-trone, Küchenschrank spottbillig. Baldemarstraße 27, vorn I. 6/3

Fahrräder, verfallene! Einzlg günstigste, billigste und älteste Nader-bezugsquelle Berlins, nur Leibhous, Neue Schönhauserstraße 11. Die höchst vorteilhaften Preise bei reifen-hafter Auswahl prima Markenräder ergeben von Tag zu Tag eine sich wachsende Kundsch. Brennador-räder, Dürstpräder, Bankheräder, Opel, Wanderer, Adieräder, auch in feinsten Preislagen vertreten. Ladelose erstklassige Marken, neu, einzig dastehendes billiges Angebot. Leib-haus, Neue Schönhauserstraße 11.

Zwei Mark vierteljährig Damen-hemden, Herrenhemden 3,00, Vorjah-renden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie elegante Reklamier spott-billig. Nähfabrik Salomonstich, Dickenstraße 21, Nähe Polizeiprä-sidium. 123/10

Anzüge, Sommerpaletots, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch neue vorjährige, kauft man am billigsten direkt nur bei Schneidermeister Rüstentell. Kein Laden, daher kaumend billig. Rosen-thalerstraße 15, III. 18355

Cognac mit französ. Geschmack und Aroma

kann nur aus französischen Grundstoffen — niemals mit künstlichen Essenzen — nach altbewährter Grundlage des streng französischen Verfahrens erzeugt werden. **Reichel's Cognac-Extract Marke „Lichterz“.** Neu verbessert und bedeutend verfeinert. Niemals lose, nur in Originalfl. à 75 Pf., fine Champagne *** Fl. 1,25 Mk. zur Selbstbereitung von feinstem Cognac, ist ein Destillat edler französischer Weine (Eau de Vie de Charente). In Deutschland unerreicht. Man überzeuge sich selbst durch einen Versuch! Glänzend begutachtet von Autoritäten der Wissenschaft — Mehr als doppelte und dreifache Ersparnis. — Die Destillierung im Haushalte völlig kostenfrei! **Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Grösste Spezialfabrik Deutschlands. Niederlagen in ganz Deutschland. Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik. Man nehme aber nur Reichel's Cognac-Extract mit dem Lichterz und nichts Anderes.**  **Cognac-Extract mit dem Es giebt keinen Ersatz!**

Lochmann's weltberühmte, bei einfachem Zurücklegen des Kopfes intensiv spülende **Nasen-Douche** „Frisch und Frei“ aus Porzellan. D. R. G. M. 134776. Pat. in allen Staat. Grossartigste Wirkung. Tausend-empfohlen. à M. 1.— i. Apotheken, Gummi- u. Parfümerie-Geschäft



Wer Stoff hat, fertige unter Garantie tadelloser Eiges guter Zufaten **Anzug 18 Mk.**

Alexander Schmidt, Wienstr. 1-6, vorn 1 Treppe, 1. Ausgang, Eingang Eckherze.

Mit Stoff Anzug von 27 Mk. an.